

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 27. Mai 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1981.

Die Insertions-Gebühr

Befragt für die festgesetzte Anzeigen-
gebühren oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Berichterstattungen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das festgesetzte
Raum 20 Pfg. 10 Pfg. 20 Pfg. 30 Pfg.
jedes weitere Wort 10 Pfg.
Erstveröffentlichung und Schlußver-
öffentlichung das erste Wort 10 Pfg., jedes
weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen am
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: 1,10 Mark pro Monat;
vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark.
Inhaltlich 28 bis 32 Seiten und 4 bis 5
Einzelblätter. Nummer 5 bis Sonntag-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Son-
ntagsnummer: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zustellungs-
Verzeichnisse. Unter dem Namen für
Deutschland und Österreich: 1,10 Mark
2,50 Mark für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Schweden, Italien, Kurland, Litauen,
Lithanien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

Die Pflicht des Reichstags.

Heute tritt der Reichstag in den wenigen
Wochen, die der Reichstag bis zum
Sommer noch für seine Beratungen hat, kann er
außer den Angelegenheiten und Deckungsvorlagen im besten Falle
nur einige weitere Gesetzesentwürfe erledigen. Die bürger-
lichen Parteien finden das ganz in Ordnung. Für sie hat der
Reichstag seine Pflicht und Schuldigkeit in vollem Maße
getan, wenn er sich möglichst leicht mit diesen „patriotischen“
Aufgaben abfindet.

Demgegenüber ist es gerade jetzt unsere Pflicht, darauf
hinzuweisen, daß der jetzige Reichstag noch gar nichts für die
Arbeiter geleistet hat, daß er in dieser Beziehung ein Ver-
sprechen aus dem Jahre 1908 zu erfüllen hat, und daß daher
unsere Genossen im Reichstage beizeiten für die Erfüllung
dieser Pflicht im nächsten Winter eintreten müssen.

Im Jahre 1907 haben die Regierungen dem Reichstage
einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Arbeiterschutz-
bestimmungen der Gewerbeordnung in einigen Punkten
verbessern sollte. Der damalige Staatssekretär im Reichsamt des
Innern, der jetzige Reichstanzler v. Bethmann Hollweg,
gab am 28. Februar 1908 in seiner Rede, mit der er die erste
Lesung des Entwurfs eröffnete, zu, daß die Regierungen mit
ihrer Vorlage nur einige weitere Schritte auf den immer mehr
zerbrechenden, ganz und gar nicht mehr passenden Rost unseres
gesetzlichen Arbeiterschutzes legen und versprachen,

daß wenn wir erst einmal zu Atem kommen können, wir uns nach
einem neuen Anzug umsehen wollen.

Das ist aber bis auf den heutigen Tag eine unerfüllte
Zusage geblieben. Ja, selbst die schon damals auch von den
Regierungen beabsichtigten Änderungen hat der Reichstag nur
zu einem Teil durchgeführt, obgleich die Mehrheit in der Kom-
mission den Entwurf in mehreren Punkten verbessert und damit
ebenfalls anerkannt hatte, daß unser gesetzlicher Arbeiterschutz
ausgebaut werden muß.

Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse
weiter entwickelt. Die Uebermacht des Großkapitals ist ge-
waltig gewachsen, die Arbeit ist immer aufreibender für die
körperliche und geistige Gesundheit der Arbeiter geworden.
Am so notwendiger ist eine gründliche Ver-
besserung unseres gesetzlichen Arbeiterschutzes.
Ganz besonders müssen die Arbeiter dafür eintreten, daß
das Reich endlich dem Beispiel anderer Staaten wie der
Schweiz folgend die Dauer der täglichen Arbeitszeit für die
männlichen Arbeiter über 16 Jahre begrenzt. Allerdings haben
die bürgerlichen Arbeiter sich in dieser wichtigen Frage wohl-
weislich nicht auf die Hilfe der Gesetzgebung verlassen. Sie
haben sich selbst eingegriffen, haben ihre Gewerkschaften
möglichst gewirkt und durch sie auch die Arbeitszeit geregelt,
soweit sie es erreichen konnten. Auf diese Weise haben
sie sich und ihre Gesamtheit einen großen Dienst erwiesen,
haben sie ein gutes Stück Arbeit für Befriedung und Bildung
geleistet.

Jedoch konnten sie nur dort vollen Erfolg haben, wo die
Voraussetzungen für einen festen Verband gegeben sind.
Daher haben wir nur zu viele Betriebe und Gewerbebezirke,
in denen es mit den Gewerkschaften nicht bestellt ist, und
infolge dessen außer anderen Mängeln ein übermäßig lange
Arbeitszeit vorhanden ist.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten müssen immer wieder
auch in ihren letzten Berichten — in den verschiedenen Jahren
des Reiches darauf hinweisen. So heißt es in der jüngste
Beilage der letzten Berichte anzuführen — aus dem Regierungs-
bezirk Bromberg: Beobachtungen über allzu ausgedehnte
Arbeitszeiten erwachsener Arbeiter konnten jetzt weniger
gemacht werden; allerdings bestehen namentlich
in weit abgelegenen Betrieben der
Holzindustrie noch Ausnahmefälle. — In
dem Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg (Bayern)
ist eine tägliche Arbeitszeit von 11 Stunden in allen
Strohhutfabriken des Altaus und in Daugehütten der
dortigen Gegend üblich. Dieselbe und in einzelnen Fällen
sogar eine noch längere regelmäßige tägliche Arbeitszeit findet
sich hier ferner in kleinen Sägewerken, Brauereien, Mälzereien,
Getreidemüllern, Elektrizitätswerken und in Handwerks-
betrieben, besonders aber auch in Ziegeleien auf dem
Lande. — In dem Aufsichtsbezirk München ist über eine
schädliche Ausdehnung der Ueberstunden namentlich in Saison-
betrieben zu klagen, insbesondere in Kürschnereten und Gold-
schmiedewerkstätten; in den letzten wird z. B. vor Weihnachten
monatelang bis 11 Uhr nachts gearbeitet. — Usw. — Ja, in
Einzelfällen haben die Gewerbeaufsichtsbeamten verschiedener
Bezirke Arbeitszeiten bis zu 36 Stunden festgesetzt.

Nach § 1301 der Gewerbeordnung haben Bundesrat, die
Landeszentralbehörden und die Polizei das Recht, dort einzu-
greifen, wo durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeits-
zeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird. Sie können
hier Dauer, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit
regeln und die zur Durchführung erforderlichen Anordnungen
erlassen.
Von solchen Maßnahmen hören wir aber nur in ver-
schwindend seltenen Fällen. Hier ist eben eine allgemeine
Regelung unerlässlich. Die Gesetzgebung muß die Grenze
ziehen, über die hinaus kein Unternehmer die Arbeitszeit

erstrecken darf. Daran haben sich die weiteren Bestimmungen
zum Schutze der körperlichen und geistigen Gesundheit unserer
Arbeiter anzuschließen.

Die Reichsverwaltung hat zu ihrer Entschuldigung darauf
hingewiesen lassen, daß der Reichstag bisher keine Zeit für
wichtigere sozialpolitische Vorlagen gehabt habe, und daß es
deshalb zwecklos wäre, wenn die Regierungen ihm solche
Gesetzesentwürfe zugehen ließen. Deshalb sollten sich unsere
Genossen im Reichstage schon jetzt dafür bemühen, daß im
nächsten Winter die Zeit für die Beratung der Arbeiterschutz-
forderungen gesichert werde und daß die Regierungen ver-
anlaßt werden, die sozialpolitischen Vorlagen fröhe genug
dem Reichstage zuzustellen. Der Reichstag darf nicht länger
gegenüber den Arbeitern versagen; er muß endlich alles tun,
um den Arbeiterforderungen gerecht zu werden. Das ist jetzt
seine Pflicht.

Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

In der Montags-Sitzung der Kommission wurde zunächst über
die Vermehrung des Sanitätspersonals debattiert, wobei
Genosse Koste den erheblichen Mangel an Ärzten beim Heer be-
anspruchte und den militärischen Geist der Sanitätsoffiziere kriti-
sierte. Wenn ein kranker, bettlägeriger Soldat nach seiner Genesung
deshalb mit Arrest bestraft wurde, weil er beim Besuch des Arztes
nicht die Hände stramm auf die Bettdecke gelegt hat, so sind das doch
unhaltbare Zustände. — Auch die bürgerlichen Redner übten an den
Militärbedürfnissen Kritik, während der Kriegsminister behauptete,
die Verhältnisse würden sich in nächster Zeit wesentlich bessern.

Von der Forderung von 13 Regimentskommandeuren
für Bezirkskommandos wurden 10 gestrichen.

Nach einer Zentrumsresolution sollen Familien, von
denen drei und mehr Söhne bei den Kriegsdienstpflichtigen
sind, für weitere Soldaten vom Reich eine Aufwandsentschädigung
von 240 M. jährlich erhalten. Das Schicksal hatte keine Bedenken
gegen die Forderung, es müßte aber zum Ausdruck gebracht werden,
ob auch an Familien, deren Söhne Offiziere werden, die Ent-
schädigung gezahlt werden soll. — Der Kriegsminister
wünschte, daß diese Bestimmung in einen anderen als den Militär-
etat aufgenommen wird, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob
es in Deutschland für den Militärdienst, der eine Pflicht ist, eine
Bezahlung gibt. — Genosse Koste erklärte sich für die Gewährung
einer Entschädigung, aber es sei dabei zu beachten, daß es sich hier um
eine Gelegenheitsgesetzmacherei handelt. Die ganze Frage be-
dürfe einer gründlichen Behandlung. Es sei doch nicht angängig,
für Offiziere oder für die Söhne von reichen Leuten eine solche
Entschädigung zu zahlen, sondern doch nur, wenn die Familie in
wirtschaftliche Bedrängnis gerät durch die Dienstpflicht der Söhne.
— Genosse Stücken hob eine Reihe weiterer Bedenken hervor,
ebenso auch bürgerliche Redner. — Der inzwischen abgeänderte
Zentrumsantrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen ange-
nommen, die deshalb dagegen stimmten, weil die Fassung des
Antrages eine völlig ungenügende ist.

Die Nationalliberalen forderten, daß während ihrer
Dienstzeit verkorben Soldaten auf Wunsch ihrer Ange-
hörigen kostenlos in die Heimat befördert werden
sollen, ebenso sollten Angehörige bei Erkrankungen von Sol-
daten kostenlose Fahrt zum Besuche erhalten. — Der
Kriegsminister ist mit der Forderung einverstanden, doch
müsse erst der Bundesrat Stellung nehmen. Ob auch vermögenden
Angehörigen diese Vergünstigungen gewährt werden sollen, sei doch
fraglich. Der Schatzsekretär stimmte im Prinzip dem Gedanken zu.
— Genosse Koste bezeichnete diese Anträge als eine ungenü-
gende Leichtfertige Gesetzmacherei. Dem Zentrum und
den Nationalliberalen schlage jetzt das Gewissen wegen der großen
Volksbelastung, die sie durch die Militärvorlage dem Volke auf-
erlegen, es soll nun durch solche Mittelchen noch außen ein guter
Eindruck erweckt werden. Man könne gegen den Antrag deshalb
stimmten, weil sonst die verlagene nationalliberale und Zen-
trumspreche eine wüste Hege inszenieren würde. — Die Abge-
ordneten Schiffer und Erzberger protestierten gegen die
Kritik Koste's, worauf die Resolution einstimmig angenom-
men wurde.

Das Zentrum forderte die Einstellung von 1,6 Millionen in
den Etat für den Soldaten jährlich einmal freie Hin- und
Rückfahrt für einen Urlaub zu gewähren. Genosse Koste
wünschte vom Kriegsminister eine Erklärung, daß Urlaub nicht in
Rücklicht auf die dabei verweigert wird. — Der Kriegs-
minister erklärte, daß es nicht eintreffen werde. Die Zentrums-
forderung wurde einstimmig angenommen.

Die Kommission trat nunmehr in die Beratung der einma-
ligen Zulagen für die Unteroffiziere
in Elbaf. Es wurde ein Antrag der Regierung 870 000 M. Ge-
nosse Schapfke sprach sich lebhaft dagegen. Wenn die Re-
gierung die Zulagen nicht begründe, daß es immer noch nicht ge-
lungen sei, einen Zusammenhang zwischen Besoldung und Unter-
offizieren zu schaffen, so sei davon die törichte und brutale
Politik, die vom Reich in den Reichslanden ge-
trieben worden ist, hauptsächlich schuld. — Der Kriegs-
minister bat dringend, die Forderung zu bewilligen. Die Unter-
offiziere seien in den Reichslanden sehr isoliert und leiden unter
den teuren Verhältnissen. — Abg. b. Püttlich trat für die Re-
derung ein, die Abg. Gröber belämpfte. — General Wandel
und die Militärbehörden von Bayern, Sachsen und Württem-
berg sekundierten dem Minister. — Genosse Koste warnte vor der

Bewilligung, die recht bald auch für die Truppenteile in anderen
Grenzgebieten Konsequenzen haben werde. — Der Kriegs-
minister teilte mit, daß 25 Prozent der reichsländischen Rekruten
in den Reichslanden selbst dienen dürfen, 75 Prozent werden in
preussische Regimenter gesteckt. Früher mußten alle Rekruten außer
Landes geschickt werden. — Abg. Haegy (Elb.) betonte, es war
ein großer Fehler, ständig die Reichsländer außer Landes dienen
zu lassen. Wenn es sich um Staatsarbeiter handelte, bestreite die
Regierung, das Vorhandensein teurer Verhältnisse in Elbaf-Ver-
hältnissen. — Genosse Beil wies auf die großen Widersprüche der
einzelnen Ressorts der Regierung hin. Daß den Unteroffizieren
von der Besoldung Hindernisse in den Weg gelegt oder das Dazwischen
erschwert werde, ist nicht der Fall. In den Reichslanden wurde
man die Zulage als den Ausfluß von Besoldungen betrachtet, die
der Besoldung mit der Bevölkerung nicht dienen können oder
sollen. — Abg. Graf Kielbaso wünschte, daß auch die polni-
schen Rekruten in den polnischen Bezirken dienen können. — Ge-
nosse Lenz sagte der Verwaltung, daß sie nicht aus militärischen,
sondern aus politischen Gründen die Rekruten außer Landes schickte.
— Die Zulagen wurden gegen die konservativen und liberalen
Stimmen abgelehnt.

Genosse Koste forderte, daß in Zukunft von der großen Trup-
penansammlung in Berlin Abstand genommen werde. In
Berlin kann doch nur unter ungeheuren Kosten Gelände für
Militärbauten erworben werden. Wenn die Truppen nach außer-
halb verlegt werden, kann bei Verkauf der wertvollen militärischen
Grundstücke immer noch ein gutes Geschäft gemacht werden.

In weiteren Beratungen wurden die einmaligen Ausgaben in
zum Teil verteilbaren Verhandlungen erledigt. Damit ist auch die
erste Lesung der Militärvorlage erledigt.

Wie wird es mit der Deckungsvorlage?

Zu einer sehr lebhaften einstündigen Geschäftsordnungsdebatte
führte am Schluß der Montags-Sitzung der Budgetkommission die
Frage, wie nun geschäftlich verfahren werden soll. Der Vorsitzende
wollte am Dienstag die Petitionen und die zweite Lesung der Militär-
vorlage auf die Tagesordnung setzen. — Abg. Spies forderte, daß
vor der zweiten Lesung der Militärvorlage die erste Lesung des
Wehrbeitrages, eventuell der gesamten Deckungsvorlage erledigt
würde, denn ohne Deckung werde er nicht für die Militärvorlage
stimmen. — Für die Konservativen sprach sich Abg. Graf Westarp
im gleichen Sinne aus. — Der Kriegsminister wünschte,
daß spätestens bis Ende Juni die Militärvorlage erledigt wird. —
Abg. Basseffmann wollte unter allen Umständen erst die Wehr-
vorlage erledigt sehen, ganz gleich, wie die Deckungsfrage sich dann
gestaltet. — Unsere Genossen forderten, daß man vor Entscheidung
dieser Frage erst den Fraktionen die Gelegenheit geben müsse, sich
schlüssig zu machen. So lange soll die Entscheidung vertagt werden.
— Die Abg. Gröber und Erzberger bestanden darauf, daß
ohne Deckung die Militärvorlage nicht zu beschließen ist. Es sei
ganz auffallend, daß die Liberalen ohne jede Deckungsgarantie die
Militärvorlage bewilligen wollten. Man könne ja gar nicht wissen,
welche parlamentarischen Kombinationen in der Deckungsvorlage
zustande kämen. — Dem sozialdemokratischen Antrag, erst die Fra-
ktionen sprechen zu lassen, stimmten sowohl die Konservativen wie
auch das Zentrum zu. — Abg. Basseffmann glaubte, es sei
besser, wenn in einem Zuge Militär- und Deckungsvorlage erledigt
würden, als wenn etwa der Reichstag wegen der Deckungsvorlage
den Sommer über vertagt würde und dann erst im Herbst wieder
die Beratungen aufnehme. Seine Freunde würden als beste Lösung
die betrachten, die eine Reichsbeschlusse bringen würde. — Der
Kriegsminister wünschte, daß ihm neben den 25 Millionen,
die ihm sofort für Bauten zur Verfügung gestellt werden, noch eine
Summe zur Materialbeschaffung bewilligt wird. — Abg. Graf
Westarp erklärte namens der Konservativen, daß ihnen an einer
Beschleunigung der Deckungsvorlage bis zum Herbst nichts liege. Ohne
dem Reichstag einen Vorschlag zu bieten, wie die Deckung sich ge-
stalten solle, könne man ihn die Beschleunigung der Militärvorlage
gar nicht zumuten, weil sie doch zum Teil in den Etat hineinge-
arbeitet werden müsse. Vorgelegt von den übrigen Steuern könne
auch der Wehrbeitrag nicht verabschiedet werden. Auch politische
Gründe sprächen dagegen, die Vorlagen getrennt von einander zu
beschließen.

Nach langer Debatte einigte man sich dahin, am Dienstag nur
die Petitionen zu verhandeln, um den Fraktionen Gelegenheit zu
geben, über die Frage der geschäftlichen Weiterbehandlung der Vor-
lagen sich beraten zu können.

Rüstungsfieber und Rüstungs- interessenten.

London, 24. Mai 1913.

Unser Bruderorgan, der „Labour Leader“, veröffentlicht
in seiner letzten Nummer drei höchst wertvolle Artikel über
die Rüstungsfrage. Was diese Aufsätze besonders bemerkens-
wert macht, ist der ins einzelne gehende Nachweis, daß die
englischen Rüstungsfirmen nicht allein auf engste miteinander
verbunden sind und einander in die Hände arbeiten müssen,
sondern auch die engsten Beziehungen mit dem Ausland
haben, und daß in allen Schichten der herrschenden Klasse
Englands eine Unmenge einflussreicher Personen zu finden
sind, die an den Rüstungen und der zu den Rüstungen
führenden Politik ein direktes materielles Interesse haben.
Vor einigen Monaten beauftragte unser englisches Part-

organ den Genossen **Wilson** über die Geschäftsmethoden des englischen Rüstungsstrufts und die dahinter stehenden Personen einen Bericht abzufassen. **Wilson** hat eine von großem Reize zeugende Arbeit geliefert. Er hat die Geschichte der fünf Firmen, die den Trufts bilden (**Wickers**; **Armstrong**, **Whitworth** und **Co.**; **John Brown** und **Co.**; **Cammell**, **Laird** und **Co.**; der **Nobelsche Dynamitruft**) erforscht. Das Rätsel der Fäden entwirrt, die diese Truftsfirmen miteinander und mit dem Ausland verbinden, und die Personen ans Licht der Öffentlichkeit gezogen, die das Band zwischen den Rüstungsfabrikanten und den Regierenden bilden. In der Hand eines überaus reichhaltigen Materials, das er aus den verschiedensten Jahrbüchern, Zeitschriften und Zeitungen geschöpft, beweist er mit erhellender Bucht, daß der Rüstungsstrufts die Herstellung von Kriegsmaterial in England vollständig beherrscht; daß deutsche und britische Rüstungsfirmen in dem Trufts vereinigt sind; daß sich der Trufts auf irgendeine Weise auf Kosten der Staatskassen Bestellungen von der Regierung verschaffen kann; daß einflussreiche Liberale und konservative Politiker wie auch frühere Angehörige des Heeres und der Flotte direkt an dem Trufts interessiert sind.

Es ist schier unmöglich, in einem Resümee ein Bild von dem komplizierten Netzwerk zu geben, das die Truftsfirmen verbindet. Kanonen- und Panzerplattenfabriken, Eisenwerke, Pulverfabriken, Schiffswerften, Munitionsfabriken: alle sind sie dem Trufts untertan, der sie durch den Besitz von Aktien beherrscht, dessen Direktoren in den Aufsichtsräten der verschiedenen Unternehmungen sitzen. Ränge die **Firma Wickers**, die so ziemlich alle Werkzeuge produziert, die der Kriegsmaschine braucht — auch die neuesten Luftschiffe —, als Beispiel dienen. Sie hat schon verschiedene Unternehmen ganz aufgekauft und ist an neun englischen Rüstungsfirmen (Pulver-, Panzerplatten-, Torpedofabriken) interessiert, deren Beherrschung sie mit ihren Truftsgeoffen teilt. Letztlich hat sich die Firma auch eine kanadische Werft einverleibt. Mit den Firmen **Armstrong** und **John Brown** betätigt sich die Firma in Spanien als **El Hispana Construcción Naval**. In Italien ist sie an den Firmen **Wickers-Terni** (Panzerplattenwerke), **Obero** (Genoa, Schiffswerft) und **Orlando** (Schiffswerft) beteiligt und hilft dort dem italienischen Imperialismus dem englischen die Herrschaft im Mittelmeer streitig zu machen. In Rußland hat sie am Schwarzen Meere zu **Nikolaiew** eine Werft gepachtet, wo sie mit der Firma **John Brown** zusammen drei russische Dreadnoughts baut. Sie baut Kriegsschiffe für Großbritannien, Italien, Spanien, Japan, China, Chile, die Türkei, Brasilien und Rußland. Könnte man noch internationaler sein? Wie muß der Weizen dieser Firma blühen, wenn sich die Wälder dieser Länder in die Haare geraten!

Ähnlich ausgedehnt sind die Beziehungen, die die anderen Truftsfirmen haben. Mit dem deutschen Rüstungskapital verbindet den englischen Rüstungsstrufts hauptsächlich der **Nobelsche Dynamitruft**. Hier von den Direktoren dieser Firma wohnen in Deutschland und sind jedenfalls Deutsche. Es sind nach den Angaben des **Directory of Directors** die Herren **H. Auffhäuser** (Hamburg), **R. Schindell** (Hamburg), **L. Hagen** (Köln) und **J. R. Heidemann** (Köln). Der englische Rüstungsstrufts, wie ihn **Wilson** nennt, wird über ein Gesamtkapital von 70 Millionen Pfund (1400 Millionen Mark) verfügen.

Ziffernmäßig wird weiter nachgewiesen, wie der „Kriegsstrufts“ sich immer mehr auf Kosten der Staatsbetriebe ausgedehnt, wie ihn die Liberale Regierung dabei die Stange gehalten hat. Im Jahre 1900 unternahm die staatlichen Werften noch 30,5 Proz. der Neubauten für die Kriegsmarine Englands, heute führen sie nur noch 11,5 Proz. dieser Arbeiten aus.

Ein wahrer Augenöffner ist die Liste der Namen der Personen, die als Direktoren von Rüstungsgesellschaften an dem Geschäft des Völkermordens interessiert sind. Hier findet man Namen von Liberalen und konservativen Politikern, früheren Ministern, Staatsbeamten, Admiralen und Generalen a. D., die an der Spitze ihres Berufs stehen. Wie muß zum Beispiel ein guter englischer Patriot, der nicht ganz auf den Kopf gefallen ist, die Augen aufreißen, wenn er erfährt, daß der große Feuerfresser **Admiral Lord Charles Buerford** Vorsteher der Firma **Henry Andrew and Comp.** ist, die aus der Herstellung von Stahl für Gewehre, Säbel und Granaten eine Spezialität macht! **Wilson** führt nur einige Duzend der bekanntesten Namen an: „Man kommt gar nicht zu Ende“, so schreibt er, „mit den Namen der Personen in beiden bürgerlichen politischen Lagern und in jedem Zweige des Handels, der Industrie und der Finanz, die ein materielles Interesse an der Rüstungsindustrie haben.“

Mit Recht schreibt der **„Labour Leader“**: „Wir hoffen, unsere Leser werden die in diesem Artikel angegebenen Tatsachen so viel als möglich verbreiten und damit einen wichtigen Schlag gegen die führen, die mit der Zerstörung und dem Tode Handel treiben.“

Politische Uebersicht.

„Kreuz-Zeitungs“-Ahnungen.

Die Bemerkungen über die französischen Militärdemonstrationen in unserer Montagsausgabe machen die „Kreuz-Ztg.“ nachdenklich. Sie schreibt:

„Man sagt im sozialdemokratischen Lager seine Hoffnung auf die Revolutionierung der Köpfe“. In bürgerlichen Kreisen wird die sozialdemokratische Gefahr vielfach deshalb zu gering eingeschätzt, weil man sich ausrechnet, daß die Sozialdemokratie im Parlament doch nie die Mehrheit bekommen und sich die nationalen Notwendigkeiten dort noch immer gegen sie durchsetzen lassen würden. Daß aber die sozialdemokratische Gefahr in Wirklichkeit wo anders liegt, zeigen allerdings auch die Vorgänge in Frankreich. Die Zermürbung des Staatswillens von innen heraus — das ist die Gefahr. Der feste monarchische Zuschnitt unseres Staatswesens mag sie bei uns länger hinhaltend, doch er allein sie noch nicht abseitigen kann, wird jeder zugestehen, der ein offenes Auge dafür hat, welche Fortschritte die Sozialdemokratie bereits in der Revolutionierung der Köpfe gemacht hat. Sie zeigt und jetzt offen genug ihr Ziel. Das ist ein Zeichen von selbstbewusster Kraft. Denn es heißt dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft den Selbstbehaltshut hinterwerfen. Welches Antwort werden diese darauf zu geben wissen?

Ja, wenn sie eine Antwort wüßten, hätten sie sie doch längst schon gegeben.

Junkerpöbe.

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ erklärt erneut, daß nach der freisinnigen Stichwahlparole „nationale Parteien mit einer

bürgerlichen Partei, die grundsätzlich zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie neigt, gar nicht partieren können“. Das Junkerorgan deliriert zwar die Nationalliberalen dafür, daß sie sich durch ihre bedingungslos gegen die Sozialdemokratie gerichtete Stichwahlparole in so wohlthuenden Gegensatz zum Freisinn gesetzt haben, erhebt aber gleichwohl schwere Anklage gegen sie, weil sie bei den Urwahlen vielfach mit den Fortschrittler zusammengegangen seien, ohne sich überall die feste Zusicherung geben zu lassen, daß die Freisinnigen unter keinen Umständen mit der Sozialdemokratie zusammengehen würden. So hätten die Nationalliberalen den sträflichen Leichtsin begangen, „sich der dringendsten Gefahr auszuliefern, an der Unterstützung der Sozialdemokratie praktisch teilzunehmen und mitschuldig zu werden.“

Deshalb möge der Nationalliberalismus, so redet ihm das Oertelblatt ins Gewissen, aus dem Verhalten des Freisinn die Konsequenz ziehen und sich jederzeit gewärtigen,

daß der Freisinn, seitdem er grundsätzlich zum Bundesgenossen und Zutreiber der Sozialdemokratie geworden ist, für eine nationale Partei ebensowenig mehr als händlingsfähig gelten kann, wie die Sozialdemokratie selber. Ziehen die Nationalliberalen diese Folgerung nicht, dann würde eben ihre Stichwahlparole ganz erheblich an tatsächlichen und moralischen Werte verlieren.“

Also zu lesen in der Nr. 260 der „Deutschen Tages-Ztg.“ auf der 1. Seite des Hauptblattes.

Schlägt man aber das Blatt um, so findet man auf der 2. Seite derselben Nr. 260 eine Kotig über die Wahl in Ober- und Niederrhein, in der es heißt:

Nach endgültiger Feststellung sind gewählt: 724 Konservative, 329 Liberale, 1084 sozialdemokratische und 9 demokratische Wahlmänner. Es muß also Stichwahl zwischen den Konservativen und den Sozialdemokraten stattfinden. Der Ausschlag liegt bei den Liberalen. Der konservative Wahlausgang hat den Liberalen ein Kompromiß angeboten, nach dem 1 konservativer, 1 freikonservativer und 1 liberaler Kandidat gewählt werden soll. In diesem Falle würden die Bürgerlichen eine glatte Mehrheit aufbringen. Die Stimmung im Wahlkreise ist ebenfalls dieser Mandatsverteilung, da sie dem Stärkeverhältnis durchaus Rechnung trägt, zugeeignet. Es darf erwartet werden, daß die Liberalen in die dargebotene Hand einschlagen.“

Seltam: den Nationalliberalen droht das Junkerorgan mit politischer Achtung, wenn sie sich noch einmal einfallen lassen, mit dem Freisinn ein Stichwahlabkommen zu treffen, bieweil der Freisinn nicht besser sei als die Sozialdemokratie. Und in derselben Nummer betitelt das Junkerorgan den Freisinn an, sich doch auf ein Kompromiß einzulassen, das ihm ein Mandat anbietet! Junkerpöbe!

Wir fürchten nur, daß sowohl das Drohen wie das Bettein diebald seine Wirkung verfehlen wird.

Kürzere Dienstzeit her!

Vor einigen Tagen ist in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ein alter Feldzugsoffizier für die Einführung der einjährigen Dienstzeit eingetreten. Dabei schrieb er u. a.:

Schreiber dieser Zeilen hat selbst als Kriegsfreiwilliger bei einem der Münchener Artillerie-Regimenter den Feldzug 1870/71 mitgemacht und alle 16 Schlachten und Gefechte an der Loire mitgemacht. Niemand wird unserm I. bayerischen Korps den Ruhm vorzüglicher Leistungsfähigkeit gerade in dieser schweren Epoche des Krieges in Abrede stellen können; die siegreichen Erfolge gehören ja längst der Weltgeschichte an. Und wie verhielt es sich damals mit dem Mannschafstand? Die bayerische Infanterie besaß nur noch schwach ein Drittel der alten Besatzung, im Juli ausmarchierten Soldaten; in den Batterien waren 25—30 Proz. sogen. Nachschubler kriegsmäßig eingesetzt. Jedes Artillerieregiment hatte in München zwei Ersatzbatterien, in welchen die frisch vom Lande kommenden Rekruten in tunlicher Eile mit der Waffe vertraut gemacht und dann in verhältnismäßig kurzer Zeit (nach dreimonatiger Ausbildung) als Ersatzleute nach Orleans nachgeschickt wurden. Wie jauchzten wir auf, wenn ab und zu neue zehn Mann in diesem oder jenem Quartier zu uns stießen, um unsere gelächerten Reihen zu ergänzen, und wie gut verwendbar und pflichterfüllt erwiesen sich diese Nachschubler nicht nur im Lagerdienst, sondern auch in der Schlacht.

Freilich war für sie wenig Zeit für den Paradebeschritt — damals Godelschritt genannt —, für die große und die kleine Kniebeuge und dergleichen in der Ersatzbatterie zur Verfügung gestanden.

Die Behauptung, daß die überwiegende Mehrzahl aus unserer jungen Arbeiterschaft vom Lande und sicherlich auch aus den Städten den mit dem Abgangszug eines Mittelalters austaffierten und deshalb für den einjährigen Militärdienst qualifizierten jungen Leuten in Bezug auf die körperliche Anfertigkeit, Marschfähigkeit und Vaterlandsliebe nicht nachsteht, wird billigerweise von keinem Eingeweihten verneint werden können; es muß im Gegenteil, wie auch von anderer Seite schon wiederholt betont worden ist, darauf hingewiesen werden, daß speziell die Söhne der Provinz in dieser Beziehung den mit dem Kriegsergebnis versehenen mindestens nichts schenken!

Selbstverständlich wird auch diese Stimme von unseren Militärmandarinen mit Verachtung gestraft werden.

Ein unhaltbarer Zustand.

Zu dem Unrecht der indirekten Wahl, der Einteilung der Wähler in drei Steuerklassen und der öffentlichen Stimmabgabe kommt bei unserem elendesten aller Wahlsysteme noch die ungleiche Wahlkreiseinteilung. Die 50jährige Entwicklung Preußens, seit 1860, die doch die maßgebenden Kreise prägnanter als ihr Werk bezeichnen, wird hier vollständig ignoriert. Muß das deutsche Volk schon beim Reichstagswahlrecht, das doch die direkte, geheime und gleiche Wahl einschließt, dieselbe Ungleichheit der entwickelten Wahlkreise bekämpfen, so hat dieser Zustand beim preussischen Wahlrecht schon gar keinen Sinn mehr, auch nach der allpreussischen Eradition nicht. Darum ist noch ein drittes Verbesserungsmittel nötig?

Die Wahlkreiseinteilung von 1860 setzte 111 Abgeordneten auf 50 000 Einwohner fest. Analog der Volkszählung 1910 und der seitherigen Zunahme zählt 1911 Preußen circa 41 1/2 Millionen Einwohner, demnach kommen auf einen Abgeordneten 96 000 Einwohner. In die folgende Legislaturperiode des preussischen Landtags fällt die Volkszählung 1915. Der preussische Staat wird zu dieser Zeit rund 43 Millionen Einwohner zählen. Es verdoppelt sich also in 55 Jahren die Bevölkerungszahl auf einen Abgeordneten und es ergibt sich von selbst eine Norm, die die Abgeordnetenzahl des preussischen Landtags auf gleicher Höhe (= 443) läßt.

Wenn jetzt der neue Landtag daran geht, das so lange uneingelöst gebliebene Königswort von der Wahlreform zu verwirklichen, sollte er als eine der ersten Aufgaben der Wahlreform auch die gleichmäßige Neueinteilung der Wahlkreise in Angriff nehmen. Denn ein unsummierbares Wahlrecht als das den Wahlen durch die absurde Wahlkreisgeometrie zugefügte läßt sich gar nicht denken!

Aber freilich: den Junkern paßt die Begünstigung des platten Landes ganz vorzüglich. Sie bildet ja eine der Säulen der Junkermacht. Und auch das Zentrum hat ja jede Neueinteilung der Wahlkreise bisher abgelehnt, weil ja auch seine Macht auf dem Lande wurzelt. Selbst die Nationalliberalen wollen ja von einer durchgreifenden, die Bevölkerungszahl zugrunde legenden Neueinteilung der Wahlkreise nichts wissen!

Die Kunzinger des schändlichsten Unrechts klammern sich so lange an alle Ungeheuerlichkeiten des herrschenden Wahlunrechts, bis das Volk durch die Tat zu erkennen gibt, daß die Zustände wirklich unhaltbar geworden!

St. Bureaukratie und die Landtagswahlen.

In Königsberg i. Pr. hatte auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat ersucht, sich mit dem Polizeipräsidenten zwecks einer Eingabe an den Minister des Innern wegen Anordnung der Freiwahl an Stelle der Terminwahl zu den Abgeordnetenwahlen in Verbindung zu setzen. Der Magistrat hat auch deswegen mit dem Polizeipräsidenten verhandelt, doch dieser hat das Ersuchen der städtischen Körperschaften abgelehnt. Und zwar hat er in dem Bescheide mitgeteilt, die Freiwahl wäre für diese Wahl nicht mehr in Betracht gekommen, weil schon die Einladungen für die Wahlmänner gedruckt gewesen wären!

Wenn sich die in Frage kommenden drei Parteien an den Abgeordnetenwahlen beteiligen, müssen über 1800 Wahlmänner anfragen, die in dem vorgesehenen Lokal gar nicht einmal Platz haben. Sie haben das Vergnügen, alle Annehmlichkeiten einer Terminwahl zu genießen; das heißt, sie müssen von vormittags bis in den späten Abend hinein bei Stichwahlen bis zum nächsten Morgen an dem Wahllokal lauern, und das alles nur, weil der Polizeipräsident die Kosten für eine nochmalige Herstellung der gedruckten Formulare scheute. Sie werden — wenn es hoch kommt — 20 Mark betragen, und diese Summe bewertet ein preussischer Polizeipräsident höher als die Interessen von 1800 Wahlmännern. Das ist preussische Sparsamkeit. Ja, es handelt sich nicht um feudale Vergnügungen, wie Festerennen, für die der Staat allein in Ostpreußen jährlich 50 000 Mark ausgibt.

Die Verfassung Trufts!

Belanntlich ist in Deutschland Grundsatz, jede Erziehung nach der Religion getrennt vorzunehmen, so daß man das natürlich auch in dem Fürsorgeerziehungsgezet zum Ausdruck gebracht hat. Man hat daher Erziehungsanstalten für verwaiste Kinder katholischer und evangelischer Religion errichtet. Man glaubt damit gut zu fahren, beschweigt aber, daß aus den religiösen Anstalten sehr viel Ungeheueres entspringen werden oder vor lauter Angst vor der dort herrschenden „großen Liebe“ täglich entspringen und dann doch bald die Gefängnisse füllen, vor denen sie belanntlich bewahrt werden sollten!

Der Kommunalparlament des Regierungsbezirks Wiesbaden hatte im Vorjahre einen sehr interessanten Antrag gemacht, Anstalten simultanen Charakters zu errichten. Der Landeshauptmann brachte als Vorlage die Errichtung einer Landeserziehungsanstalt für den Bezirk, weil es unmöglich geworden sei, weiter fürsorgezöglinge in fremden Anstalten unterzubringen. Speziell katholische Zöglinge seien nicht mehr unterzubringen, weil alle Anstalten auch des Reichsbezirks, des Rheinlandes, zurzeit überfüllt seien. Mit großer Mehrheit erklärte der Kommunalparlament, daß für den Bau einer religiösen Anstalt keine Notwendigkeit vorliege. Im Bezirk sei die Simultanerziehung vorherrschend, und deshalb könne es auch die Bevölkerung nicht vertragen, wenn jetzt Schulentlassene in religiöse Anstalten untergebracht würden. Auch aus rein finanziellen Gründen müsse man für eine Anstalt simultanen Charakters einstreten.

Die Ruder im Landtage wagten es ja nicht, öffentlich gegen diese Ansichten aufzutreten, waren aber um so eifriger im geheimen tätig. Der Landeshauptmann begründete dann den Beschluß des Landtages, wie folgt:

„In ehemaligen Herzogtum Nassau, wie in dem Gebiet der ehemaligen freien Reichsstadt Frankfurt a. M., hat von jeher sowohl im öffentlichen Schulwesen, als bei den öffentlichen Erziehungsanstalten der Grundgedanke der einheitlichen Gemeindegemeinschaft für alle religiösen Bekenntnisse (Simultanerziehung) Geltung gehabt. Bei der Beratung des Simultanerziehungsgezetes vom 28. Juli 1906 hat sich erneut gezeigt, wie sehr die partielle Behandlung von Erziehungsfragen in der Bevölkerung des Regierungsbezirks Wurzel gefaßt hat, und wie sehr die simultanen Einrichtungen auf dem Gebiet der Erziehung als Segen empfunden werden. Bei der starken Mischung der verschiedenen Konfessionen innerhalb des Bezirks würde auch die Hervorhebung konfessioneller Gegensätze schon bei der Erziehung der Jugend sich ganz besonders fühlbar machen. Es ist daher von dem weitaus größten Teile der Bevölkerung des Bezirks feinstensinnig mit Freuden begrüßt worden, als die Simultanerziehung auch bei der neuen gesetzlichen Regelung zum erhalten blieb. Ganz besonders hat der Grundgedanke der religiösen Parität aber bisher bei allen kommunalen Einrichtungen im Bezirk gegolten und ist in der Tat zu beklagen, daß, wenn er bei der Einrichtung der neuen Landeserziehungsanstalt verlassen wird, dies bei einem erheblichen Teile der Bevölkerung nicht verstanden werden wird. Hat er sich doch auch im Anstaltswesen bisher im Bezirk durchaus bewährt. Denn nicht nur die Armenanstalten und die bedeutendste Arbeiterbildungsanstalt des Bezirks, sondern auch seine Bildungsanstalten für blinde und taubstumme Kinder sind simultane. Dazu handelt es sich bei der neuen Anstalt um eine solche für schulentlassene Knaben. Bei diesen dürfte aber einmal die Erziehung zur gegenseitigen Duldsamkeit in religiösen Fragen besonders notwendig sein, andererseits ist bei ihnen die religiöse Belehrung, der schulgärtliche Unterricht in den Lehren der Kirche, ja in der Hauptsache bereits abgeschlossen.“

Herr v. Dallwitz jedoch ging über alle wichtigen Ausführungen der Regierung zu Wiesbaden zur Tagesordnung über, indem er den Rüdern wie folgt Unterstützung ließ:

Der § 9, Absatz 1, F.-E.-G. verpflichtet die Kommunalverbände, im Falle der Anstaltserziehung die Zöglinge, soweit möglich, in einer Anstalt ihres Bekenntnisses unterzubringen. Die Worte „soweit möglich“ haben nicht etwa den Kommunalverbänden zur Wahl gestellt, ob sie den Zögling in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterbringen wollen oder nicht; sie treffen vielmehr nur für den Fall Vorfrage, daß ein Zögling einem Bekenntnis angehört, für welches Anstalten nicht vorhanden sind und für das auch wegen der geringen Zahl der Anhänger die Errichtung besonderer Anstalten nicht gefordert werden kann. Hiernach geht die Absicht des Gesetzgebers dahin, das konfessionelle System bei der Erziehung zur Durchführung zu bringen. Die Ausführungsbestimmungen zum F.-E.-G. schreiben deshalb in Nr. 2b auch vor, daß der Zögling, soweit irgend möglich, in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen, und daß, wenn eine solche Anstalt im Bezirk des verpflichteten Kommunalverbandes nicht vorhanden ist, die Unterbringung in einer geeigneten Anstalt im Bezirk eines anderen

Kommunalverbandes anzustreben ist. Was hier bei der Unterbringung in bestehenden Anstalten gefordert wird, gilt naturgemäß in erhöhtem Maße für die Errichtung eigener Anstalten. Zunächst haben auch alle Kommunalverbände, die an die Errichtung eigener Anstalten herangetreten sind, dieser Forderung Rechnung getragen.

Ich vermag auch den Ausführungen Euerer Hochwohlgeboren, daß es bei den schulentlassenen Knaben auf die religiöse Belehrung deshalb nicht so wesentlich ankomme, weil bei ihnen der schulmäßige Unterricht in den Lehren der Kirche in der Hauptsache bereits abgeschlossen sei, nicht beizufügen. Gerade in der Fürsorgeerziehung muß die religiöse Beeinflussung der Jünglinge für einen der wichtigsten Bestandteile der ganzen Erziehung angesehen werden, und zwar ohne Rücksicht auf das Alter der Jünglinge. Die Ausführungsbestimmungen empfehlen deshalb auch den Kommunalverbänden, die ihnen gehörenden Anstalten konfessionell einzurichten.

Damit war auch dem Landeshauptmann der Wink gegeben, eine Vorlage für eine rein religiöse Anstalt zu machen und richtig prangte auf der diesjährigen Tagesordnung die Errichtung einer katholischen Anstalt für 300 Jünglinge. Die frühere Weisheit „tapferer Männer“ verwandelte sich auch schnell in eine Kinderheit. Dalkwig mit seinen Pupern siegte!

Internationale Vereinheitlichung des Wechselrechts.

Im internationalen Warenverkehr und Zahlungsverkehr bedeutet die verschiedene rechtliche Behandlung des Wechsels in den einzelnen Staaten ein großes Hemmnis. Zwei internationale Konferenzen, die im Haag 1910 und 1912 stattfanden, suchten eine Vereinheitlichung des Wechselrechts zu erreichen. Während die erste Konferenz nur unverbindliche Kommen aufstellte, verpflichtete das Haager Abkommen vom Juli 1913 die teilnehmenden Staaten zur Einführung einheitlicher, materiell rechtlicher Vorschriften. Sechszwanzig Staaten haben das Abkommen bereits unterzeichnet; von den modernen kapitalistischen Staaten fehlen nur England und Nordamerika. In einer Vorlage an den Reichstag ersucht der Bundesrat um Zustimmung zu dem Haager Abkommen. Sobald das geschehen, wird den gesetzgebenden Körperschaften der Entwurf einer neuen Wechselordnung zugehen, die abgesehen von einigen im Haager Abkommen der freien Regelung überlassenen Punkten eine wortgetreue Uebersetzung dieses Abkommens darstellt. Die Uebersetzung soll in gleichem Wortlaut in Desterreich und in der Schweiz Gesetz werden. Uebrigens ist auf der Haager Konferenz der Beschluß gefaßt worden, die Regierungen möchten der Frage näher treten, eine gemeinsame Gerichtsbarkeit für das gemeinsame Wechselrecht einzurichten. Eine solche internationale höchste Instanz würde den ersten Schritt auf dem Wege internationaler Rechtsprechung darstellen.

Noch mehr Schutz den Arbeitswilligen?

Erst vor ganz kurzer Zeit vertrat in einer öffentlichen Sitzungsversammlung ein Breslauer Landgerichtsdirektor den Standpunkt, daß der von den Konservativen geforderte erhöhte Schutz der Arbeitswilligen nicht notwendig ist. Die bestehenden Gesetze genügen voll und ganz, wenn sie der Richter immer nur richtig anwendet. Wie recht dieser Landgerichtsdirektor hatte, beweist wieder einmal ein neuer Terroristenprozeß vor der Breslauer Strafkammer gegen zwei streikende Schiffer, die einen Arbeitswilligen körperlich mißhandelt haben sollen. Beide Angeklagte hatten einen Arbeitswilligen in höflicher Weise zur Niederlegung der Arbeit bewegen wollen und wurden dabei von diesem in schwerer Weise provoziert. Es verspann sich daraus ein Wortwechsel, der schließlich in tätlichen Auseinandersetzungen mündete, wobei der Arbeitswillige mit einer dünnen Weidenrute einige Schläge über den Rücken erhielt.

Diese gewiß nicht entschuldbare, aber mit Rücksicht auf die Begleitumstände begreifliche Tat ohndeten die Breslauer Richter mit sechs und vier Monaten Gefängnis. Von der reichlich sechs Wochen dauernden Untersuchungshaft wurde auch nicht eine Sekunde in Anrechnung gebracht. Viel härter werden gemeingefährliche Raufbolde oder Reserverhater auch nicht bestraft.

Das Ende des Balkankrieges.

Die Völkervereinigung.

London, 26. Mai. Wie das Reutersche Bureau erfährt, dauerte die heutige Sitzung der Völkervereinigung 2 1/2 Stunden. Die verabschiedete, ist der Wunsch allgemein, daß die Friedenspräliminarien schnelligt und ohne Änderungen unterzeichnet werden. Außer mit der Frage des Friedens hat sich die Völkervereinigung mit dem albanesischen Statut beschäftigt.

Serbien und Bulgarien.

Sofia, 26. Mai. Der serbische Gesandte Spalajewitsch gab gestern die amtliche Erklärung ab, daß Serbien die Revision des serbisch-bulgarischen Vertrages wünsche. Die von kompetenter Stelle verlautet, wird die bulgarische Regierung darauf antworten, daß Bulgarien unbedingt auf Einhaltung des Vertrages besteht und eine Revision des Vertrages ablehne.

Griechisch-bulgarische Gesichte.

Saloniki, 26. Mai. Nach hierher gelangten Meldungen sollen die Bulgaren die griechischen Stellungen vor Sokhos angegriffen und die Griechen zurückgedrängt haben. Die Verluste der Griechen sollen gering sein.

Die österreichische Balkanpolitik und die Arbeiter.

In seiner großen Rede über die auswärtige Politik, die Genosse Dr. Adler im Abgeordnetenhaus hielt, teilte er einige bezeichnende Zahlen über den Einfluß der Völkervereinigung auf die Situation des Arbeitsmarktes mit. Im März 1913 haben von 100 Arbeitern, die Arbeit suchten, in der Metallindustrie nur 29 Arbeit gefunden gegen 47 im März 1912, in der Maschinenindustrie 37 gegen 38, in der Holzindustrie 28 gegen 52. Das sind alles Industrien, die doch an den Rüstungen einigermassen interessiert sind. In der Textilindustrie ist die Zahl der Arbeitsvermittlungen von 57,8 auf 29,3 zurückgegangen, und dabei ist zu bedenken, daß diejenigen, die Arbeit haben, noch zu einem Drittel bis zur Hälfte arbeitslos sind, weil fast an sechs Tagen nur an drei oder vier Tagen gearbeitet wird. Die Lage im Baugewerbe wird immer schlimmer, weil die früheren hypothekarischen Kredite aufgebraucht sind und neue nicht zu erhalten sind. Als ein weiteres Beispiel für die Folgen der völkervereinigung führte Genosse Dr. Adler die kolossale Steigerung der von den Gewerkschaften gezahlten Arbeitslosenunterstützung an. Sie beträgt bei den Holzarbeitern im letzten Vierteljahr 1912: 82 000 Kronen gegen 24 600 Kronen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei den Buchdruckern wurde in den ersten drei Monaten dieses Jahres für Unterstützungsbedürfnisse dreimal so viel ausgegeben, wie sonst, und außerdem noch 86 000 Kronen an Krankenunterstützung mehr als sonst, und ebenso ist es bei allen Gewerkschaften.

Die Kundgebungen in der französischen Armee.

Paris, 26. Mai. In der Umgebung von Paris wurde vor den Toren eines Forts die Frau eines Postbeamten verhaftet, die versuchte antimilitaristische Flugblätter unter die Soldaten zu verteilen.

Einer Blättermeldung zufolge beträgt die Zahl der wegen Weiterer im 122. Infanterie-Regiment in Rodez verhafteten Soldaten 94. In Charleville wurden sechs Artilleristen, bei denen antimilitaristische Briefe gefunden wurden, in Arrest abgeführt.

Aus Marbonne wird gemeldet: Eine Anzahl Soldaten und Korporale des 80. Infanterie-Regiments versammelten sich in einem Wirtshaus und beschloßen, eine Kundgebung gegen die dreijährige Dienstzeit zu veranstalten. Der Oberst des Regiments traf alle Vorkehrungen, um diese Kundgebung zu vereiteln. Gleichwohl kam es gestern in der Kaserne zu lärmenden Demonstrationen.

In Bribe (Dep. Corrèze) versammelten sich über 1200 Soldaten des 126. Infanterie-Regiments im Kasernenhofe und demonstrierten lärmend gegen die Zurückbehaltung der Jahresklasse.

Hausfuchungen.

Paris, 26. Mai. Infolge der bereits eröffneten Untersuchung wegen Aufregung von Militärpersonen zum Ungehorsam sind heute beim Allgemeinen Arbeitsverbande und bei verschiedenen Syndikaten der Arbeitsbörse Hausfuchungen vorgenommen worden. Sie führten zur Entdeckung von antimilitaristischen Druckschriften und Briefen, die von Militärpersonen herrühren. Bei 80 in Paris und Umgebung wohnenden Anarchisten wurden ebenfalls Hausfuchungen durchgeführt, ferner bei 24 Anarchisten in der Provinz. Es wurden in Paris viele zahlreiche Dokumente beschlagnahmt; Verhaftungen sollen bis jetzt noch nicht vorgenommen worden sein.

Paris, 26. Mai. Der Untersuchungsrichter hat die Prüfung der bei den Hausfuchungen heute vormittag gefundenen Dokumente begonnen. Dem Staatsanwalt liegen zahlreiche Ansichtskarten (1), Rundschreiben und Propagandabroschüren vor, welche die Mitschuld verschiedener revolutionärer Syndikate an den Vorfällen in den Kasernen dargetun. Beschlagnahmte Soldatenbriefe beweisen, daß eine Anzahl teils zum aktiven Dienst, teils zu Übungen eingezogener Syndikatsmitglieder die antimilitaristische Propaganda in der Kaserne fortgesetzt hat.

An mehreren Stellen in Paris und in der Provinz haben die Nachforschungen zur Entdeckung von Listen von Soldaten geführt, die dem „Sou du Soldat“ angehören. Ferner wurden Abschnitte von Postanweisungen gefunden, die an Militärpersonen gerichtet waren.

Paris, 26. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute wurden seitens der Polizei in 88 Provinzorten sowie auf der Arbeiterbörse und im Gewerkschaftshaus sämtliche Gewerkschaftsbüros durchsucht. Es besteht offenbar die Absicht, ein Komplott gegen die dreijährige Dienstzeit festzustellen. Die Polizei richtete ihr Augenmerk hauptsächlich auf Soldatenbriefe, aber auch belanglose Dokumente, wie beispielsweise antimilitaristische Ansichtskarten sowie die feinerzeit bei den Behörden eingereichten Statuten der Soldatenkassen wurden beschlagnahmt und fortgeschleppt.

Jaurès gegen die Komplottschnefellei.

Paris, 26. Mai. Jaurès kritisiert in einer Extravergabe der „Humanité“ die heute vorgenommenen Durchsuchungen unter den heftigsten Angriffen gegen die Regierung insbesondere gegen den Kriegsminister Etienne, die Polizei habe lediglich Listen von Soldaten gefunden, welche Verbindungen von dem Syndikat erhalten haben, das seit einer öffentlich bekannte und gesetzmäßige Tatsache. Die Polizei habe ferner Briefe von Soldaten gefunden, welche sich darüber beklagen, daß sie infolge des künstlich herbeigerufenen Zustandes von Freiwilligen jetzt schlechtere Lagersstätten haben, aber auch das sei kein Vergehen.

Frankreich.

Die neuen Steuerentwürfe.

Paris, 26. Mai. Eine Note des Finanzministeriums betont die Notwendigkeit, daß die Kammer sich unverzüglich über die neuen Abgaben äußere, die durch das Defizit des Staatsjahres 1913 bedingt sind, um so mehr, als das Staatsjahr 1914 durch die Ausgaben für das neue Militärgesetz belastet sein wird. In der Note wird ausgedrückt, es sei ungerath, den Landbesitz zu stark mit Steuern zu beladen und neue direkte Steuern zu verlangen, während bereits die Einkommensteuern von dem Senate beraten werde. Die durch die Teuerung der Lebensmittel hervorgerufene Krise verhindere es, daran zu denken, die Lebensmittel mit neuen Abgaben zu belasten. Der Finanzminister hält es für das Wichtigste, an die Steuerobjekte heranzugehen, die augenblicklich am meisten einbringen, und von den 200 Millionen Mehreinnahmen, die er zu erzielen wünscht, gebente er, 170 Millionen durch eine Verdrückung der Steuern aufzubringen. In der Note werden die verschiedenen Quellen der im ganzen auf 198 000 000 Francs anzufehenden Mehreinnahmen erdett. Eine Erhöhung der Alkohol- und Tabaksteuer soll zusammen 35 Millionen Francs einbringen. Eine Erhöhung verschiedener Gebühren, darunter der auf Handeffekten soll 22 Millionen, der Versteigerungsteuern 4,8 Millionen, der Ertragssteuer auf Wertpapiere, Loggewinne und Rückzahlungsprämien 25 Millionen, der Lebertragungsgebühren auf Inhaber Wertpapiere 17 Millionen, der Stempelsteuer bei der Ausgabe ausländischer Wertpapiere 15 Millionen, der Gebühren bei Immobilienbesitzwechsel 51,3 Millionen tragen. Ferner wird eine 20prozentige Lage vom Reingewinn — 1,50 Francs pro Tonne — auf Kohlenruben vorgesehn, falls der Reingewinn 1,50 Francs pro Tonne übersteigt. Das Ertragnis wird auf 9 Millionen veranschlagt. Eine Fabrikationssteuer auf elektrische Lampen soll 1,5 Millionen und eine Lage von 10 Centimes auf jedes Meter kinematographischen Films 3,5 Millionen einbringen. Diese Ertragnisse sollen dadurch erzielt werden, daß die Steuern für Einkommen aus beweglichem Vermögen für Afrika und Obligationen von 4 auf 5 Prozent, für Loggewinne und Rückzahlungsprämien von 8 auf 10 Prozent, die Lebertragungsgebühr auf Inhabermertpapiere von 0,20 auf 0,35 Prozent, und die Stempelsteuer bei der Ausgabe ausländischer Wertpapiere von 2 auf 3 Prozent erhöht wird.

Italien.

Der Krieg nach Friedensschluss.

Rom, den 23. Mai. (Sig. Ver.) Die unglückliche Resignation von Stangi, bei der 288 italienische Soldaten und Offiziere vermundet oder getödtet wurden, läßt die Zeitungen aller Richtungen die Frage erörtern, wen die Verantwortung für diesen schweren Verlust trifft. Der Verlust nach rangiert dieses Geschehnis an dritter Stelle unter allen Vorfällen des Italo-

Krieges; nur der Ueberfall von Scharaschat und die Schlacht von Janzur brachten schwerere Verluste, aber hier standen mehr als 10 000 Mann den gesamten türkisch-arabischen Truppen gegenüber, während an dem Geschehnis vom 18. Mai nur 5000 Italiener beteiligt waren.

Der „Avanti“ stellt das Geschehnis von Stangi in Parallele zur unglücklichen Schlacht von Abba Dazima im Jahre 1886 und erinnert an die damalige Haltung der sozialistischen Parliamentsfraktion.

Belgien.

Die Wahlrechtskommission.

Brüssel, 25. Mai. Der „Staatsanzeiger“ wird morgen vormittag die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Wahlrechtsfrage bekanntgeben. Die Kommission besteht aus 31 Mitgliedern und setzt sich aus Parlamentariern aller drei Parteien, der katholischen, liberalen und sozialistischen Partei sowie aus Gelehrten zusammen.

Portugal.

ArbeitslosenDemonstrationen.

Lissabon, 26. Mai. Arbeitslose demonstrierten auf der Praça do commercio unter Rufen nach Arbeit. Da sie auf Aufforderung nicht auseinandergingen, schritt die Polizei und die republikanische Garde ein. Ein Arbeiter wurde leicht verletzt.

Aus der Partei.

Hugo Hillmann — Karl Hillmann.

(Eine berechtigte Berichtigung.)

Beim Lesen der Notiz des Genossen Friedrich über Hillmann in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ kam mir eine alte Anekdote ins Gedächtnis. Jemand liest in einer Zeitung: In Hamburg lebte ein sehr starker Mann; er war Schreiner von Beruf und hatte den Namen Heinrich Reier. Darüber kommt der Leser sehr in Aufregung und sagt: Wie kann man so etwas schreiben? Denn Reier lebte nicht in Hamburg, sondern in Berlin; er war nicht stark, sondern schwach, und kein Mann, sondern eine Frau; war auch nicht Schreiner, sondern Hebamme, und hieß nicht Heinrich, sondern Marie. Ungefähr dieselben Unähnlichkeiten wie bei diesen beiden Reier, sind auch bei den beiden Hillmann, nämlich der Hillmann, über den Genosse Blas schrieb und den der Genosse Friedrich meint. Beide führten denselben Familiennamen. Ich hätte keine Zeile darüber geschrieben, wenn ich es nicht für die schlimmste Beleidigung des treuen verstorbenen Genossen Hugo Hillmann halten würde, daß er nur einen Augenblick mit Karl Hillmann verwechselt wird.

Hugo Hillmann war schon 1848 in der Bewegung und hatte nach 1848 eine Reihe von Jahren im Exil gelebt. 1883 trat er in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ein und wurde dessen Vollmitglied in Varmen. Noch einmal ging er nach Amerika und kehrte dann wieder nach dem Wuppertal zurück. Seine wohlhabenden Verwandten wären bereit gewesen, ihn zu unterstützen, wenn er nicht öffentlich für die Partei wirken wollte. Diese Zustimmung wies Hugo Hillmann entschieden zurück. Leichter konnte er hungern und in Lumpen gehüllt obdachlos sein, als sich entschließen, nur das öffentliche Witzeln für die Partei einzustellen. Bis zu seinem letzten Atemzuge blieb er ein treuer Anhänger der Partei.

Ein ganz anderer Mensch war der Buchdrucker Karl Hillmann. Karl Hillmann hatte im „Volkswacht“ einige sehr lehrreiche Artikel über den Nutzen der Gewerkschaftsbewegung geschrieben, die später als Broschüre gedruckt wurden. Ende der sechziger Jahre wurde Karl Hillmann Redakteur am „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, und nach dessen Verbot auf Grund des Sozialistengesetzes Redakteur an der „Berichts-Zeitung“. Bei Verhängung des Belagerungszustandes über Hamburg wurde Hillmann aus Hamburg ausgewiesen. Er ging nach Hamburg und arbeitete von dort mit für die „Berichts-Zeitung“. Als diese auch auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurde, konnte Karl Hillmann in der Partei keine Stellung als Journalist finden. Lieber aber, als sich zu entschließen, wieder zu seinem alten Beruf zurückzukehren, entschloß er sich, alle Grundstücke aufzugeben. Er trat in den Dienst der Gegner und belämpfte erst in einer Zeitung in Lauenburg, später im Lübecker „General-Anzeiger“ die Sozialdemokraten. Hugo Hillmann war ein fester Charakter wie eine Inorrigte Eiche, Karl Hillmann war eine politische Quasse. Darum kann es für Hugo Hillmann keine schlimmere Beleidigung geben, als mit Karl Hillmann verwechselt zu werden. H. Rollensbuh.

Aus den Organisationen.

In Pommern macht die sozialdemokratische Organisationsarbeit zwar langsame aber stetige Fortschritte, das erweist der Jahresbericht des Parteiverbands Uckermark — Ujedom — Bolkow, der eben erschienen ist. Der Verein zählt jetzt 961 männliche und 107 weibliche, zusammen 1068 Mitglieder. Davon wohnen 664 in dem industriell stark durchfestigten Kreis Uckermark, 324 auf der Insel Ujedom, deren Bevölkerung durch den regen Ackerbau gewendet wird, während auf der rein landwirtschaftlichen Insel Bolkow die Parteiorganisation keinen festen Fuß fassen konnte. Die Mitglieder verteilen sich auf 18 Verwaltungskreise, deren Anzahl sich um zwei vermehrt hat. Die Mitgliederzahl steigt um 146; 77 Genossinnen und 69 Genossen schlossen sich unserer Bewegung neu an. Das Parteiblatt wird leider nur von etwa 60 Prozent der Mitglieder gelesen, von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern des Kreises sind nur etwa 45 Prozent auch Parteimitglieder. Der Etat des Vereins schließt für die neun Monate dieses Geschäftsjahres mit 323,21 M. Einnahme und Ausgabe ab. Eintrittsgelder und Mitgliederbeiträge beliefen sich auf 2416,15 M., die Beiträge an den Parteivorstand 473,04 M., die an den Bezirksvorstand 354,75 M. Für Agitationschriften und Flugblätter wurden 368,75 M. verausgabt.

Personalen. Als Bibliothekar für die neu errichtete Zentralbibliothek in Breslau wurde Genosse Hugo Günther, Holzarbeiter aus Leipzig, gewählt.

Polkzeitliches, Gerichtliches usw.

Die Bezeichnung „Frügelpädagogik“ ist noch immer strafbar.

Vor der Strafkammer zu Bielefeld wurden am Sonntag drei Beleidigungsprozesse gegen den Verantwortlichen der „Volkswacht“, Genossen Schädlich, verhandelt. Die „Volkswacht“ hatte im Oktober und November vorigen Jahres in verschiedener Weise gegen die Frügelpädagogik in den Volksschulen Front gemacht und unter Anführung von Tatsachen das Verhalten einiger Lehrer in Bielefelder Schulen kritisiert. Der Staatsanwalt hatte Strafantrag gestellt. Im ersten Falle billigte die Strafkammer dem Genossen Schädlich den Schutz des § 188 des Strafgesetzbuches zu. Er sei als Familienvater berechtigt gewesen, die Bielefelder Schulverhältnisse in der Zeitung zu kritisieren, und eine Absicht, zu beleidigen, könne aus dem Artikel nicht herausgelesen werden. — Im zweiten Artikel wurde das Wort „Frügelpädagogik“ als objektiv beleidigend angesehen. Das Gericht setzte dafür eine Geldstrafe von 100 M. fest. — Im dritten Falle stellte die Strafkammer nach eingehender Verhandlung das Verfahren auf Kosten der Staatskasse ein, da der Beleidigungsbeweis für die Behauptungen erbracht wurde und das Gericht keine beleidigenden Ausdrücke außer der bereits gewürdigten Bezeichnung „Frügelpädagogik“ finden konnte.

Gewerkschaftliches.

Wo bleibt der Staatsanwalt?

Die Tatsache, daß beim Bäderstreik in Breslau eine Anzahl von Bäder-Zunungsmitgliedern die Forderungen der Gehilfen anerkannte und einen Tarif mit dem freien Bäderverband abschloß, hat die Innungsscharfmacher veranlaßt, jeden von den sozial denkenden Meistern in eine Geldstrafe von 20 M. zu nehmen, was ihnen durch folgenden Ukas mitgeteilt wurde:

An das Innungsmitglied

Herrn Bädermeister

In der Versammlung vom 17. März 1913 ist beschlossen worden, die Innungsmitglieder zu bestrafen, welche den Lohn-tarif des Verbandes der Bäder und Konditoren annehmen und dadurch den mit dem Gesellenausschuß und der Innung abgeschlossenen Lohnvertrag verletzen.

Da Sie das getan haben, nehmen wir Sie daher in eine Ordnungstrafe von 20 M. auf Grund des § 2 Satz 1 und 2 unseres Innungsstatuts.

Wir ersuchen Sie, diese Strafe innerhalb acht Tagen nach Erhalt in unserem Innungsbureau, Oberstraße Nr. 24, Mittelhaus 2 Treppen, in der Zeit von früh 11 bis 1 Uhr, einzuzahlen.

Der Vorstand der Bäderinnung (Zwangsinnung) Breslau,

E. Fiebich, Th. Loffe, A. Raabe, S. Weder, S. Hilbig, C. Weischelt.

Das ist natürlich kein Terror, den die Scharfmacher in der Breslauer Bäderinnung ausüben. Und kein Staatsanwalt, am allerwenigsten in Breslau, wird sich finden, der gegen diesen gemeingefährlichen Terror einschreitet. Demgegenüber vergleiche man die harten Urteile aus Breslau gegen angebliche Terroristen aus Arbeiterkreisen.

Mehr Arbeitswilligenschau!

Das Geschrei der reaktionären Presse und ihrer Hintermänner, die stehenden Strafgesetze zum Schutze der Arbeitswilligen seien nicht ausreichend, wird trefflich illustriert durch eine Statistik der allein von der Breslauer Strafkammer in der letzten Woche gefällten Urteile. Die Breslauer Justiz verhängte während dieser Zeit zehn Monate, fünf Wochen Gefängnis und eine Woche Haft über Streikende, die sich der Verletzung und Belästigung von Arbeitswilligen schuldig gemacht haben sollen.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Töpfer.

In einer am 25. d. M. im großen Saal des Gewerkschaftshauses abgehaltenen allgemeinen Mitgliederversammlung gab Genosse Segawe im Auftrage der Lohnkommission den Bericht von den Verhandlungen mit den Unternehmern. Von seiten des Innungsbüroaus wurde der Vorwurf erhoben, der Verband habe die Verhandlungen abgebrochen. Dieser Vorwurf ist ungerechtfertigt. Man verlangt auf der Arbeitgeberseite immer von uns Vorschläge. Es ist aber diesmal Sache der Arbeitgeber, Vorschläge zu unterbreiten, denn der Tarif ist von diesen gekündigt worden, da, wie die Arbeitgeber meinen, einige Änderungen nötig seien. Trotzdem haben wir Vorschläge gemacht. Die Vorlage der Unternehmer ist nach Meinung der Lohnkommission einfach unannehmbar, was Redner den Arbeitgebern auch gesagt hat. Der Obermeister wollte uns durchaus glauben machen, bei der neuen Vorlage läme, nicht wie wir behaupten, ein Minus sondern ein Plus heraus. Bei unserem Einwand, daß bei diesen Positionen wesentliche Abzüge vorgesehen sind, tat der Herr Obermeister folgende interessante Ausweisung: Das sind keine Abzüge. Es handelt sich einfach um eine mindere Bezahlung. (Stürmischer Gelächter.) Die Unternehmer erklären, dem Tarif auf alle Fälle Geltung verschaffen zu wollen. Bis zum 1. Juli soll der alte Tarif in Geltung bleiben.

Der Redner macht des weiteren bekannt, daß die Firma Bruck schon jetzt nach dem neuen Tarif bezahlt. (Rach einer uns überbrachten Mitteilung des Vorstandes sind die Differenzen bei dieser Firma inzwischen zugunsten der Arbeiterschaft beigelegt worden. Die Red.)

In der an den Bericht anschließenden Diskussion werden alle für und Wider besprochen. Einige Redner verlangen, daß am 1. Juli in den Streik getreten werden soll, wobei wieder andere — infolge der schlechten Konjunktur — warnen. Schließlich einigte man sich auf folgende Resolution, welche fast einstimmig angenommen wurde:

„Da das angebliche Entgegenkommen der Unternehmer sehr wenig dazu angetan ist, die in der Meistertarifvorlage enthaltenen Abzüge zu verringern, sondern vielmehr als Brückensystem der Gesellschaft angesehen werden muß, können die im Kontrollverband organisierten Töpfer auch jetzt noch nicht die Meistertarifvorlage annehmen; jedoch ist die Gesellschaft im Interesse des Gewerbes weiter bereit, um einen Tarifabschluß auf friedlichem Wege zustande zu bringen, mit den Meistern zu verhandeln.“

Außerdem fand folgende Resolution fast einstimmige Annahme: Die Vertrauensleute der Bauten werden verpflichtet, auf den einzelnen Bauten sofort Verhandlungen anzustellen auf Grund der neuen Vorlage mit gleichzeitiger Gegenüberstellung des alten Tarifs für sämtliche auf dem Bau vorkommenden Ofensepkerarbeiten. Das gewonnene Material ist dann sofort dem Vorstand zu übermitteln.

Segawe gab noch bekannt, daß auf alle Fälle noch vor dem 1. Juli eine Versammlung stattfinden wird, die dann endgültig Stellung zu nehmen hat.

Achtung! Töpfer! Die Stichwahl zur Generalversammlung in Leipzig findet nicht am 1. Juni, sondern erst am 8. Juni statt. Der Vorstand.

Lohnbewegung der Bau- und Arbeitskutscher.

Zur Einleitung einer Lohnbewegung dieser Branche der Transportarbeiter fand am Sonnabend eine Versammlung statt. Wie der Branchenleiter Franke ausführte, muß nach Tarif, der zwischen den Unternehmern und dem Transportarbeiterverband abgeschlossen, am 1. Juli der Wochenlohn um 1 M. erhöht werden. Es ist aber anzunehmen, daß nicht alle Unternehmer die tarifmäßige Lohnhöhung zahlen werden. Die Organisation hat deshalb alle Vorbereitungen getroffen, um die Unternehmer, welche die Lohnhöhung nicht zahlen, durch Arbeitsniederlegung dazu zu zwingen. Durch Fragebogen hat der Verband die Arbeits- und Organisationsverhältnisse in den einzelnen Betrieben festgestellt, um eine sichere Unterlage für die Lohnbewegung zu haben. Auch gegen diejenigen Unternehmer soll vorgegangen werden, welche die sonstigen Vertragsbestimmungen über Arbeitszeit, Sonntagsruhe usw. nicht innehalten. Am 28. Juni wird wieder eine Branchenversammlung abgehalten, wo festgestellt werden soll, welche Unternehmer dem Vertrag nicht nachkommen und nötigenfalls durch Arbeitsniederlegung zur Erfüllung ihrer Verpflichtung angehalten sind.

Vor der Erledigung dieses Punktes hatte sich die Versammlung mit dem von der Führer-Innungs-Frankensasse gestellten Antrag auf Zulassung dieser Klasse nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung beschäftigt und durch Annahme einer Resolution die Behörden ersucht, dem Antrage der Innungs-Frankensasse nicht zuzustimmen, weil diese nicht finanziell leistungsfähig genug sei.

Lohnkampf der Berliner Mühlenarbeiter.

Am Sonntag beschäftigte sich eine Versammlung der Arbeiter dieses Berufes mit dem bevorstehenden Lohnkampf. Der Berichterstatter Schmidt gab der Meinung Ausdruck, daß der Kampf jetzt in der Hauptsache beendet sei, wennschon der Erfolg der gestellten Forderungen nicht entspricht. Sind auch Lohnhöhen im Betrage von 1 1/2—4 Pf. pro Stunde, Urlaubserweiterungen usw. erreicht, so ist doch die Organisation von den Unternehmern nicht anerkannt. Da es in der Schlichtung der Direktion gelang, durch Vermittelung des früheren Mühlenarbeiters, jetzigen Grünkrämhändlers Hohmann, Altkoabit 2, sich Streikbrecher zu verschaffen, schien es geraten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dierzehn Mühlenarbeiter wurden nicht mehr eingestellt. In der Berheimmühle wurde nach wiederholter Verhandlung die Arbeit wieder aufgenommen. Ortsbeamter Sodapp kritisierte das untaktische Verhalten der Kollegen in der Bittermühle, wodurch der Streit beinahe in Frage gestellt wurde. In der regen Diskussion wurde besonders betont, daß die Kollegen der Berheimmühle einen besseren Erfolg erzielt hätten, wenn die Arbeit nicht so bald wieder aufgenommen worden wäre. Einig war man sich, daß ein Tarifvertrag nicht abgeschlossen ist, zu gegebener Zeit einen neuen Vorstoß zu unternehmen.

Deutsches Reich.

Achtung! Zieglerstreik! In den Ziegelleien in der Umgegend von Kolberg haben circa 100 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Die Ziegelleiher versuchen durch die Stellenvermittler Badenburg u. Rühle in der Eisenborfstraße und Niebußstraße in der W. Hamburger Straße 19a, Arbeitswillige nach hier zu locken. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind in den hiesigen Ziegelleien und insbesondere in der Umgegend von Kolberg ganz besonders traurig. Wir bitten Jugug fern zu halten. Die Streikleitung.

Große Beschäftigungslosigkeit in der Stickereiindustrie.

Im Vogellande und im Erzgebirge stehen ganze Betriebe still aus Mangel an Arbeit. Auch auf einen Teil der Webereien, die die Musselne für die Stickereien herstellen, hat sich die Krise übertragen. Die Arbeitslosigkeit der Stickereiarbeiter ist infolgedessen ungeheuer groß. Rat und Klend ist in die Familien der Stickereiarbeiter eingezogen. Die einzige Hilfe, die die Arbeiterfamilien in diesen Zeiten der Not haben, ist die Organisation, die Deutsche Textilarbeiterverband. Durch Faltung der Arbeitslosenunterstützung sucht er seine Mitglieder vor dem größten Elend zu schützen. Die Filiale Plauen des Verbandes hat seit dem 1. März bis 17. Mai d. J. auf Kosten der Hauptkasse 5688 M. und auf Kosten der Lokalkasse 1845,30 M., zusammen 7533,30 M. als Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gebracht. Wie stark die Krise noch fortschreitet, erhellt daraus, daß die ausgezahlte Unterstützungssumme ständig steigt. In der Woche zum 1. März wurden 229,70 M., in der Woche zum 17. Mai 854,50 M. Unterstützung gezahlt.

Bauarbeiterstreik in Marburg.

Etwa 200 Mauer- und Bauhilfsarbeiter haben am 23. Mai die Arbeit eingestellt, nachdem die Unternehmer die geforderte Erhöhung des Stundenlohnes um 7 Pf. nicht zugestanden haben. Der bisherige Stundenlohn betrug für Mauer 48 Pf., für Bauhilfsarbeiter 38 Pf. Auch die christliche Organisation hat sich dem Streik angeschlossen. Das Anerbieten einiger Unternehmer, den Stundenlohn um 3 Pf. zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Malerstreik im Wuppertal.

Die Malerorganisation des Wuppertales erklärte die Fortsetzung des Streiks, weil die Wuppertaler Meister die Anerkennung der Schiedssprüche ablehnen.

Ausland.

Die Streiks in den Automobilfabriken Tunis und Mailands.

Nam, den 23. Mai. (Eig. Ber.) Der mit großer Ruhe und Solidarität durchgeführte Streik in der Tuniser Automobilindustrie hat jetzt die Unternehmer in der ganzen Metallindustrie der Stadt bezogen, ihre Arbeiterschaft auszusperren. Gleichzeitig mit dieser Nachricht, die von der Solidarität des Unternehmertums Zeugnis ablegt, erhielten die streikenden Arbeiter die Kunde, daß auch die proletarische Solidarität dem Zusammenhalten der Kapitalisten die Kraft großer Opferfähigkeit entgegenzustellen vermag: aus Stuttgart kam telegraphisch die Nachricht, daß der deutsche Metallarbeiterverband, der den Streikenden bereits eine Summe von 10 000 M. überwiesen hatte, ihnen jetzt die Summe von 100 000 M. zur Verfügung stellte. Diese internationale Hilfsbereitschaft hat auch in bürgerlichen Kreisen Achtung und Bewunderung erweckt.

Weniger erfreulich ist die Lage, die der Streik der Automobilarbeiter in Mailand geschildert hat. Hier betrug die Zahl der Streikenden ursprünglich nur 2000, da die Mailänder Automobilindustrie an Bedeutung weit hinter der Tuniser zurücksteht. Der Hartnäckigkeit der Unternehmer gegenüber hat die von Syndikalisten geleitete Organisation der Metallarbeiter die Ausdehnung der Bewegung auf alle Metallarbeiter der Stadt durchgesetzt. Seit drei Tagen stehen somit in Mailand 40 000 Metallarbeiter im Ausstand. Das Ausrückende an diesem Streik ist, daß er ausdrücklich von der Arbeiterkammer Mailands wider raten wurde, und daß die der Arbeiterkammer angeschlossenen Arbeiter sich nicht an ihm beteiligen. Es ist daher wiederholt zwischen diesen und den syndikalistischen Arbeitern zu mehr oder weniger ernstlichen Zusammenstößen gekommen. Die Arbeiterkammer bekämpft vor allem deshalb den Streik, weil sie weiß, daß er bei der augenblicklichen Konjunktur von den Unternehmern gewünscht wird und daß die großen Opfer, die er der Arbeiterschaft auferlegt, nur die Interessen der Kapitalisten fördern werden.

Soziales.

Einstampfung von Akten des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin.

Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht Berlin ersucht uns um Veröffentlichung folgender

Bekanntmachung.

Das unterzeichnete Gewerbe- und Kaufmannsgericht beabsichtigt, die geschlossenen Prozesse der Jahrgänge 1903 bis 1906 des Gewerbegerichts und 1905 und 1906 des Kaufmannsgerichts mit Ausnahme derjenigen, in denen auf Verurteilung ein landgerichtliches Urteil ergangen oder ein Vergleich vor dem Landgerichte abgeschlossen ist, durch Einstampfen vernichten zu lassen. Wir fordern daher alle diejenigen, welche an der längeren Aufbewahrung der Akten ein Interesse haben, hierdurch auf, daselbe innerhalb einer Frist von 4 Wochen bei uns anzumelden und zu beschleunigen.

Berlin, den 22. Mai 1913.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht
603 v. Schulz.

Zum Verfahren bei Kapitalabfindungen Unfallversicherter.

Nach dem bis zum 1. Januar d. J. geltenden Unfallversicherungs-gesetz konnten die Berufsgenossenschaften an Verletzte, die 15 oder weniger Prozent der Vollrente bezogen, eine entsprechende Kapitalabfindung zahlen. Daneben war es schon seit Jahrzehnten zu einem dem Gesetz und Recht ins Gesicht schlagenden, aber der

Nachspruchung des Reichsversicherungsamtes entsprechenden Grund-satz geworden, daß Renten unter 10 Proz. überhaupt nicht mehr gezahlt wurden. Verletzungen, die eine geringere Erwerbsbeeinträchtigung zur Folge hatten, wurden demgemäß von keiner Genossenschaft entschädigt. Beantragte nun ein Rentenempfänger die Abfindung, so wurde gemöhnlich der 2-7fache Betrag der Jahresrente gemährt; bei den einzelnen Genossenschaften waren geringe Abweichungen vorhanden.

Die Reichsversicherungsordnung sollte der egoistischen Eigenmacht der Genossenschaftsorgane bei der Bestimmung über die Höhe der Abfindungssumme einen kleinen Kiegel vorschieben. Es wurden die §§ 616 und 618 geschaffen. Danach können Renten bis zu 1/2 der Vollrente abgefunden werden; besonders wurde aber vorge-sehen, daß die Berechnung des Kapitalwertes des Abfindungs-betrages durch den Bundesrat geregelt werden sollte. Am 21. Dezember v. J. erließ der Reichskanzler die erforderliche Bekannt-machung. Der Beschluß des Bundesrats schreibt vor, daß der 5,70 bis 8,20fache Betrag der Jahresrente als Abfindung zu zahlen ist. Es wird dabei das Alter des Verletzten und die Dauer des Bezuges der bisherigen Rente in Betracht gezogen und danach die Abstufung vorgenommen. Wer aber annehmen sollte, daß jetzt das Abfindungs-verfahren einwandfrei geregelt sei und die Berufsgenossenschaften danach handeln, ist im Irrtum. In Wirklichkeit finden die Ge-nossenschaftsverbände auch jetzt Rat, die zu zahlenden Beträge möglichst herabzudrücken. Welche sonderbaren Wege dabei be-schritten werden, sei nachstehend kurz beleuchtet.

Einem Verletzten, der von der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft eine Rente von 10 Proz. bezog, wurde eine Abfindung von 150 M. d. i. die 5fache Jahresrente, angeboten. Nach längerem Sträuben willigte er ein. Inzwischen waren die neuen Vorschriften in Kraft getreten und hätte dem Rentenempfänger der 7,90fache Betrag zugestanden. Die Genossenschaft zahlte nun etwa nicht diese Summe (237 M.), sie holt vielmehr von dem Verletzten die Ein-willigung zu einer Herabsetzung der Rente auf 7 Proz. ein, wobei sie demselben eine gleichgeschriebene Karte zur Verfügung über-mittelt. In Unkenntnis seiner Rechte unterschrieb der Betreffende und wurde dann auch mit dem 7,90fachen Betrage der geminderten Rente abgefunden.

Ähnlich liegt der zweite Fall, der uns zur Kenntnis kam. Hier wurde dem Rentenbezieher das Angebot der Abfindung und gleichzeitig die Anfrage, welche Summe er fordert. Da weiteste Kreise keine Ahnung der geltenden Vorschriften haben und die Genossenschaft keine Belehrung gibt, beansprucht er den vollen Betrag. Auch hier erfolgte auf gleichem Wege die Herabsetzung der Rente und damit dementsprechende Abfindung, ohne in eine Prüfung einzutreten, ob der Zustand des Verletzten überhaupt sich ge-bessert hat.

Da auf dem einen Wege die Minderung der Ausgaben nicht mehr in gewissem Maße herbeigeführt werden kann, wird also durch Herabsetzung der Renten versucht, den früheren Zustand wiederherzustellen. So kommt es, daß Abfindungen gezahlt werden, die in keiner Weise den wirklichen Verhältnissen entsprechen. Die besten Absichten werden so durch die nichts weniger als schönen Tricks einzelner Berufsgenossenschaften zunichte gemacht. Ueber die Ansprüche der Opfer des kapitalistischen Systems schreiet man leichtes Fußes hinweg.

Sollte hier die Aufsichtsbehörde nicht einschreiten, so wird man es in Kürze wohl erleben, daß Bescheide erlassen werden, die Renten auf 1 Proz. und noch darunter festsetzen.

Es ist hier Aufgabe aller Organe der Arbeiterbewegung, dahin zu wirken, daß möglichst alle Beteiligten Kenntnis von den ihnen zustehenden Rechten erlangen und in Maßnahmen der Berufsgenossenschaften, welche ihre Rechte beeinträchtigen, nicht einwilligen.

Letzte Nachrichten.

Die Friedensverhandlungen.

London, 26. Mai. (W. L. V.) Wie das Reutersche Bu-reau erfährt, hat die Sitzung der griechischen, serbischen und montenegrinischen Friedensdelegierten anderthalb Stunden gedauert. Man entschied sich dahin, daß die Türkei und die verbündeten Balkanstaaten die Abänderungsvorschläge in Händen hätten, der Augenblick günstig sei, offiziell eine Kon-ferenz der Kriegsführenden einzuberufen, und daß man vor-schläge, daß Sir Edward Grey dies tun solle. Die bulgarischen Delegierten nahmen an der Sitzung nicht teil, wurden aber von der Entschließung unterrichtet.

Die Botschafterkonferenz abermals vertagt.

London, 26. Mai. (W. L. V.) Auf der heutigen Londoner Bot-schafterkonferenz, die etwa zwei Stunden dauerte, wurde wiederum keine Einigung erzielt. Hauptgegenstand der Besprechungen war der serbisch-bulgarische Konflikt. Der bulgarische Delegierte Dr. Danew erklärte, daß die augenblickliche Situation unhaltbar sei und daß sie, wenn der Friedensschluß nicht bald erfolge, die schlimmsten Folgen nach sich ziehen müsse. Sir Edward Grey nahm im Namen der Mächte Stellung zu der Aeußerung des bulgarischen Delegierten und erklärte, daß die Mächte eine ener-gische Mahnung an Griechenland und Serbien richten werden, um sie zu einer baldigen Unterzeichnung des Präliminarfriedens zu veranlassen. Sir Edward Grey erklärte weiter, daß die Mahnung zwar nicht den Charakter eines Ultimatum erhalten solle, sondern daß sie in freundschaftlicher, aber durchaus bestimmter Weise ab-zufassen sei.

Den Hauptstreitpunkt bei den Verhandlungen bildet jetzt die Zusatzfrage, zu deren Lösung man in der nächsten Sitzung der Botschafterkonferenz, die auf den kommenden Freitag festgesetzt ist, schreiten wird.

Bootsunlück.

Mülhausen i. G., 26. Mai. (W. L. V.) Gestern nachmittag unternahm zwei Herren mit einer Dame aus Mülhausen eine Ruderpastie auf dem Rhein. Bei Weisweiler unweit Karlsruhermündung das Boot infolge Antihörens an einen Brückenpfeiler um. Die beiden Herren konnten sich retten, während die Dame in einen Wirbel geriet und sofort unterging.

Ein Doppelmörder.

München, 26. Mai. (W. L. V.) In Neudorf bei Wiesbach hat ein 23jähriger Bursche während eines Bräutigamsbesuchs den Gast-wirt Weiß und einen Herrn Moser erschossen. Beide sind Familienväter. Der Täter wurde verhaftet.

Gräßlicher Unfall beim Böllerschießen.

Straubing, 26. Mai. (W. L. V.) In der Ortschaft Englmart wurde bei einem Böllerschießen einem Arbeiter der Kopf vollständig vom Rumpfe gerissen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Die Bagdadbahn.

Der Balkankrieg, der mehrere europäische Großstaaten zum Lösungsgegenstande gemacht hat, scheint wenigstens eine erfreuliche Folge nach sich zu ziehen: die Annäherung Deutschlands und Englands. Zum Teil als Folge, zum größeren Teil als Ursache dieser Verständigung ist die Beilegung der Differenzen zwischen beiden Staaten über die Bagdadbahn anzusehen.

Die Konzession für den Bau der Bagdadbahn war ursprünglich der Anatolischen Eisenbahngesellschaft übertragen worden. Diese seit 1889 bestehende Gesellschaft betrieb zunächst eine Linie von Konstantinopel über Eski Scheher nach Angora in Kleinasien (Anatolien). Seit 1893 hat sie die Konzession für den Betrieb einer zweiten Strecke von Eski Scheher nach Konia übertragen erhalten. Diese nach dem Südosten Anatoliens verlaufende Bahn, die 1896 eröffnet wurde, sollte nach einem weiteren Verträge der Gesellschaft mit der Türkei ihre Verlängerung nach dem Gebiet des Euphrat und Tigris, dem alten Mesopotamien, finden.

bauten) und den zu erwartenden Abgang wirtschaftlicher Güter zu profitieren hoffen. Für das Bankkapital hat der Bagdadbahnbau — trotzdem er erst bis zum oberen Euphrat vollendet ist — bereits reichlichen Profit eingetragen.

Sobald der Bahnbau durch englischen Widerspruch gehemmt wurde, war es nur zu natürlich, daß die beteiligten deutschen Kapitalisten ihre privaten Profitangelegenheiten zu politischen, nationalen umzuwerten suchten. Durch eine äußerst geschickte Kallamie, die wie das in neuerer Zeit üblich geworden, auch die Person des Kaisers dazu benutzte, ist das nur zu gut gelungen und ein großer Teil der Spannung zwischen Deutschland einerseits und England und Rußland andererseits ist eine Folge dieser Bestrebungen.

Die Kapitalinteressen der Deutschen Bank in der asiatischen Türkei haben den Kitt für die Tripleallianz geliefert! Mit Rußland kam Deutschland im Potsdamer Abkommen von 1911 glücklicherweise zu einer Verständigung. Deutschland erklärt darin ausdrücklich — zum Kerger der alldeutschen Heber —, daß es mit dem Bahnbau keinerlei politische Absichten verfolge. Dafür verpflichtete sich Rußland, dem Bahnbau nicht hinderlich in den Weg zu treten. Die Folge dieses Abkommens war die Konzessionierung einer Zweigstrecke nach Alexandrette am Golf von Syrien. Damit ist eine direkte Verbindung der neu zu erschließenden Gebiete mit dem Mitteländischen Meer erreicht worden, die von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Seit 1911 schweben auch die Verhandlungen mit England über den Bau der Strecke südlich von Bagdad. Damals dachte man daran, diesen Teil der Bahn einer neu zu bildenden Gesellschaft mit internationaler Kapitalbeteiligung zu übertragen. Durch die Niederlage der Türkei hat sich für England die Situation so gebessert, daß es den deutschen Kapitalisten nicht erwartete Zugeständnisse machen konnte. So viel man über die noch nicht ganz abgeschlossenen Verhandlungen erfahren kann, überläßt England der deutschen Bagdadbahngesellschaft den Bau der Strecke südlich von Bagdad am Euphrat entlang bis Basra. Dieser Ort liegt am Schot el Arab, dem vereinigten Euphrat und Tigris, nur noch 80 Kilometer vom Persischen Golf entfernt. Nach einzelnen Pressmeldungen wird auch die Endstrecke von Basra bis Koweit, dem Hafen am Golf, der Gesellschaft überlassen werden, während nach anderen Mitteilungen die Bahn in Basra enden soll. Für seine Zugeständnisse erhält England zwei Vertreter englischer Junge im Aufsichtsrat der Gesellschaft. Ferner werden ihm besondere Vorzugsrechte für die Schifffahrt auf dem Euphrat, Tigris und Schot el Arab bestätigt zugewiesen. Schließlich wird die Interessensphäre England am Persischen Golf ausdrücklich von der Türkei anerkannt — der für England wichtigste Erfolg. Schon seit langem hatte sich England durch Verträge mit dem Scheich von Koweit einen Einfluß auf dieses Gebiet gesichert. Da die Verträge aber vom Sultan als dem Schutzherrn des Scheichs nicht anerkannt waren, blieben Englands Interessen rechtlich zweifelhaft. Jetzt begünstigt sich die Türkei nur noch mit einer rein formalen Oberhoheit über Koweit. Die Türkei erhält für ihre Nachgiebigkeit die bei ihrer Finanzlage so dringende Erlaubnis, die Zölle erhöhen zu können, welches Recht ihr durch frühere Antikolonialisierungen beschliffen war. Ein Teil der neuen Zölle wird als Zinsendienst für die Bagdadanleihen Verwendung finden und damit auch der Bahnbau beschleunigt werden.

Abgesehen von den wichtigen politischen Folgen haben somit die neuesten Verhandlungen die wichtige Bahnverbindung zwischen Europa und Indien endgültig gesichert. Mit ganz unbedeutenden Lücken von ein paar Dutzend Kilometern ist heute bereits die Strecke von Konstantinopel bis zum oberen Euphrat vollendet. Sie umfaßt etwa 1400 Kilometer und durchschneidet Kleinasien (Anatolien) von Nordwesten bis Südosten, und ist dort durch zwei Zweigstrecken mit dem Mitteländischen Meer verbunden. Durch eine weitere Abweigung hat die Bahn Verbindung mit Aleppo und dadurch mit der Syrischen Bahn, die Damaskus berührt und das Rote Meer erreicht. In wenig mehr als 2 Jahren soll jetzt die Strecke vom oberen Euphrat

südlich bis zum Tigris, an diesem Flusse entlang bis Bagdad vollendet sein. Auch der letzte Teil von Bagdad westlich am Euphrat verlaufend nach Süden bis Basra wird nun in Angriff genommen und wahrscheinlich in ebenfalls 2 Jahren gefördert werden. Als Verbindung zwischen Europa und Arabien, Persien, Indien, kommt die Gesamtstrecke wohl nur für die Post und für den schnellen Personennverkehr in Frage. Waren werden immer möglichst lange den Schiffswege benutzen. Wirtschaftlich hat die ältere Strecke über Konia nach Alexandrette Anatolien erschlossen. Weizen und Baumwolle sind die Hauptgüter dieses Verkehrs. Die noch zu erbauenden Strecken werden die Reichtümer des alten Kulturlandes Mesopotamien neu erschließen lassen. Wo heute weite Strecken Wüste sich ausdehnen, bedarf es nur des Pfluges, um Getreideanbau treiben zu können. Die klimatischen Verhältnisse haben sich seit dem Altertum dort nicht geändert. Nicht der Mangel an Wasser hat diese Gebiete öde gemacht. Nur die unsicheren politischen Verhältnisse hindern den Ackerbau, dessen Früchte jederzeit von Herden bedroht waren. Andere Gebiete bedürfen zwar der Bewässerung, aber zum Teil sind die alten Anlagen noch brauchbar und bedürfen nur der Ergänzung. Auch hier erhofft man große Erfolge des Baumwollanbaus und Interessenten schwärmen, daß sich Europa einst vom amerikanischen Produzenten wird völlig betreiben können. So wird der Bahnbau Bewässerungsanlagen nach sich ziehen und mit der Eisenbahn wird die Schifffahrt zu konkurrieren streben. Die Schiffsmachung des Euphrat, Tigris und Schot el Arab und ihrer Nebenflüsse muß also die weitere Folge der Bagdadbahn sein. Kurz, Mesopotamien, Syrien, das schon jetzt mit der Anatolischen Bahn verbunden, und Persien, das durch bereits beschlossene Zweigstrecken mit der Bagdadbahn und später mit dem kaspischen Eisenbahnhub in Beziehung treten soll, wird in das weite Reich der Versorgungsgebiete Europas und damit in die entwickelte kapitalistische Kultur hineinbezogen werden. An die Stelle der eingeborenen Herden, die jetzt den Bauer in Anatolien, Sibirien, Syrien, Mesopotamien, Kurdistan, Armenien, Persien ausjagen, werden in Zukunft die kapitalistischen Ausbeuter Europas, an Stelle der rohen Gewalt die organisierte Macht des Finanz- und Industriekapitals treten. So öffnet die Bagdadbahn der kapitalistischen Kultur die Tore zu den weithinigen Gebieten Asiens.

Kreisgeneralversammlung des Wahlvereins Niederbarnim.

Am Sonntag fand im Café Bellevue in Rummelsburg (Lichtenberg) eine Generalversammlung des Kreiswahlvereins Niederbarnim statt. Als erster Punkt stand der Jahresbericht des Vorstandes auf der Tagesordnung. — Dem gedruckten Bericht, der die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 umfaßt, entnehmen wir, daß die Agitation für die Landtagswahl einen erheblichen Teil der Arbeitskraft in Anspruch nahm, daß aber auch die allgemeine Agitation nicht vernachlässigt worden ist. Es wurden abgehalten 10 Vorstandssitzungen, 9 Kreis Konferenzen, 6 Kreisgeneralversammlungen. — Ueber die Mitgliederbewegung sagt der Bericht: Bereits im letzten Geschäftsjahre wiesen wir auf die große Differenz zwischen den in den Mitgliederlisten aufgeführten und den Mitgliedern hin, die wirklich Beiträge bezahlten. Im vorliegenden Jahre wurde streng darauf geachtet, daß alle die Mitglieder, welche ohne zeitigen Grund länger als drei Monate im Rückstand sind, gestrichen werden. Dies konnte brechenweise durchgeführt werden, da ja die krank und arbeitslosen Genossen davon nicht betroffen werden, weil sie auf Antrag vom Beitrage befreit sind. Durch diese Streichungen hat der Wahlverein der Zahl nach um 84 Mitglieder abgenommen. Rechnet man aber nach den verkauften Beitragsmarken, so hat der Verein um 1458 vollzahlende Mitglieder zugenommen. Demnach betrug die Zahl der Mitglieder am Ende des Geschäftsjahres 1911/12 zahlenmäßig 18 117, am Ende des Jahres 1912/13 aber 18 033.

Bei den Kommunalwahlen hat unsere Partei wieder erfreuliche Fortschritte gemacht. Sie hat in 3 Städten 10 und in 5 Landgemeinden 18 Mandate gewonnen. Ingesamt haben wir in 5 Städten 45 und in 45 Landgemeinden 132 Vertreter.

Die im Herbst abgehaltenen Frauenversammlungen mit anschließender Hausagitation haben dem Verein 300 neue weibliche Mitglieder gebracht.

Die Kinderbeschäftigungsmission hat seit ihrer vorigen Ver-

Sammlungen deutscher Vorgeschichte und Volkskunde bleiben in dem alten Museum an der Königgräber Straße. In Dahlem soll die unbedingt notwendige Trennung in eine Stubensammlung für Gelehrte und eine Schaussammlung für das große Publikum durchgeführt werden.

Notizen.

Der „freie Architekt“, den das Abgeordnetenhaus für den Berliner Opernbau dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten beigelegt wünschte, ist noch nicht endgültig bestimmt, aber er soll bereits erkoren sein. Stadtbaurat Ludwig Hoffmann wird als der kommende Mann genannt. Man darf ihm ein gutes Werk zutrauen, wenn er in seiner Arbeit ein „Freier“ bleibt. Aber das eben ist die Frage.

Theaterchronik. Die Baupolizei verweigert dem Bauplan der von Viktor Holländer in der Nachbarschaft der Sezession geplanten Freilichtbühne die Genehmigung. — Das Lessingtheater hat den langjährigen Theaterkritiker der „Vossischen Zeitung“, Arthur Floeiser, für dramaturgische und weitere praktische und künstlerische Aufgaben gewonnen.

Hermann Riffen hat seinen Vertrag mit dem Deutschen Schauspielhaus auf gütlichem Wege gelöst, da ihm seine Stellung als befohlener Präsident der Bühnengemeinschaft ein ständiges Engagementverhältnis nicht mehr gestattet. Er wird aber insbesondere in den Strindberg-Aufführungen des Schauspielhauses auch in den nächsten Jahren tätig sein.

Rudolf Schildkraut, der ehemalige Darsteller des Deutschen Theaters, kehrt im Sommer von New York nach Berlin zurück. Er will zwei Dramen von amerikanischen Dichtern — Sheldon und Jones — importieren.

Eine Lesehalle, die Vorbildlich werden soll. Die Göttinger Stadtverwaltung hat sich im Prinzip bereit erklärt, mitten in der Stadt ein großes Gebäude zu schaffen, das der Nutzbarkeit gegen eine mäßige Entschädigung zur Errichtung einer akademischen Lesehalle großen Stils zur Verfügung gestellt werden soll.

Jensur wider Webedind. Die Münchner Zensurbehörde hat auch eine neuerliche Umarbeitung der Zulu- Tragödie von Webedind, die mit der Streichung der die angeseindeten Jod-Szene den Ansprüchen der Polizeibehörde Genüge tun sollte, jetzt endgültig verboten. Die Münchner Ortsgruppe des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller protestiert gegen dieses Verbot und tritt für eine sofort geplante geführte Zulu-Vorstellung ein, die am Donnerstag im Künstler-Theater stattfinden soll. In Bremen ist der Aufführung der neuen Fassung des Werkes nichts in den Weg gelegt worden.

Römerfunde von besonderem Wert wurden in einer Niedergrube bei Augsburg gemacht. Sie stammen aus der ältesten augusteischen Zeit und sind die ältesten Funde dieser Art in Bayern.

Funkensprüche. Der Physiker Professor Turpin in Potsdam entdeckte ein Verfahren zur Aufnahme von Funkensprüchen auf lange Strecken durch das Morse-Alphabet. Es soll sich bei den Proben vom Eiffelturm aus bewährt haben.

Kleines feuilleton.

Kinomüdigkeit. Die „Erste Internationale Filmzeitung“ widmet einer kleinen Glosse, die hier stand, zwei Seiten. Es ist das übliche: die Fabrikanten, die in unseren strikten Standpunkt der Ablehnung Befehle witterten, ließen schreiben, das Publikum langweilt sich gar nicht; dort in den Stenotopen sei Kunst, Unterhaltung, ...

Es ist weder das eine noch das andere. Der uns zugewandte Ausschnitt enthält etwas weit Interessanteres als die bestellte Arbeit gegen uns. Nämlich ein paar Ankündigungen neuer Filme. „Hilda. Drama aus dem Leben einer kleinen Straßenfängerin.“ Dazu zwei Bilder; oben jene, wie sie umdüsterten Augen von WM geumarmt wird, unten eine betende Gruppe, die in ihrer Schmalzigkeit Heilflecken in das geduldige Papier macht. ...

Glaubt ein Mensch im Ernst, daß dieser Kram das geringste mit Kunst zu tun hat? Warum sind die Fabrikanten so ehrgeizig? Warum sagen sie nicht einfach, daß sie Geschäfte machen wollen, mit welchen Mitteln, ob anständig, ob mit der widerlichsten Sensation, — das sei ganz gleich. Es ist ihnen gleich.

Der Ausschnitt enthält das Ende eines Aufsatze, der sich bitter über die Berliner Filmzensur beklagt. Sie sei so streng, so hart, — sie lasse nicht einmal strafbare Handlungen durch. Wer einmal gesehen hat, wie auf den Filmen derartige strafbare Handlungen gezeigt werden, der muß — ob er will oder nicht — eine preußische Verwaltungsbehörde loben. Ohne sie würden wir Scheußlichkeiten zu sehen bekommen, wie sie nur die gemeinste Spekulation auf die Sensation erfinden kann. Ich habe im Berliner Polizeipräsidium mitangesehen, was geschnitten wurde: eine Augenoperation, ein Fliegerabsturz, ekelhafte Kaufereien, Leichenhaufen nach einer Explosion, das waren so die Bestandteile einer Kunst, die das Maul voll nimmt, wenn es ihr an das Portemonnaie geht.

Hier zeigen sie sich in ihrer ganzen Größe. Hier und in den anderen Aufsätzen über ihre Verurteilungen. In einem kurzen Jahr hat sich die Grandats einen Namen geschaffen, der wohl kaum übertroffen werden kann. Wissen Sie, wer die Grandats ist? — Ja auch nicht.

Es hilft alles nichts. Wir haben jetzt 1913 — der Niedergang kommt. Wenn nicht heute, dann morgen — aber er kommt. Darüber sind sich die Einsichtigen schon längst klar. Nicht etwa, weil das Publikum diesen ganzen verlogenen Schwindel, der gestellte und minderwertige Szenen „aus dem Leben der Gesellschaft“ betitelt, empfindet, — sondern weil es sich langweilt. Nach ein Jahr, noch eins, noch eins, dann hat man es satt, dann haben es alle satt, wie es heute schon die Geschmacksvollen satt haben, sich von ungebildeten und spekulativen Köpfen mit Inhalten langweilen zu lassen, die wären sie gedruckt, kein Mensch mehr lesen würde. Der aufgeklärte Arbeiter liest ein gutes Buch, hört einen guten Vortrag und verzichtet auf „Einzug des Jaren in Berlin“ — Im

Wirbel des Schicksals“ — „Leo will dünner werden“. Das ist schon so, da ist nichts zu ändern.

Entlarvte diplomatische Doppelspieltakt. Bereits früher ist behauptet worden, daß das Wiener Kabinett in dem für die Geschichte Europas entscheidungsvollen Jahre 1812 ein Doppelspiel gespielt habe. Nunmehr veröffentlicht der Großfürst Nikolaus Michailowitsch neue Urkunden, die zu beweisen scheinen, daß Oesterreich 1812 neben dem amtlichen Bündnisse mit Frankreich noch einen geheimen Bündnisvertrag mit Rußland geschlossen, also eine „Rückversicherung“ größten Stiles vollzogen hat. Am 14. März 1812 hatte Oesterreich das Bündnis mit Napoleon geschlossen, durch das es zur Teilnahme am Feldzuge gegen Rußland sich verpflichtete. Daß die österreichische Führung in Rußland sehr zurückhaltend gewesen ist, steht fest, und die Tatsache scheint jetzt ihre Erklärung zu finden durch die von zahlreichen Depeschen usw. begleitete Autobiographie des Herrn von Lebzeltern, die der genannte Großfürst der Öffentlichkeit zugänglich macht.

Danach wurde nämlich Lebzeltern als persönlicher Vertrauensmann des Kaisers Franz unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges zum Jaren Alexander nach Wilna geschickt, und er schloß dort mit ihm den geheimen Vertrag ab, wodurch Oesterreich sich verpflichtete, gegen Rußland nur einen Scheinrieg zu führen. Nach der Ansicht des Herrn von Lebzeltern ist dieser Geheimvertrag von Wilna für den Ausgang des russischen Feldzuges entscheidend gewesen, indem Alexander seine Truppen ganz gegen den Hauptfeind konzentrieren und das riesige Gebiet seines Reiches unbesorgt von Truppen entblößen konnte. Lebzeltern sorgte nach seiner Rückkehr in steter Verbindung mit dem damals in Graz sich aufhaltenden russischen Vertreter für die genaue Ausführung des Vertrages. 1813 wurde dann Lebzeltern nach Kalisch gefandt, wo er dem Kaiser Alexander die österreichische Vermittlung anbot.

Das ist in den Hauptzügen der Inhalt der Autobiographie Lebzelterns. Der bekannte Napoleonsforscher Frederic Masson hält hierauf für erwiesen, daß Oesterreich trotz der Heirat Marie Luise mit Napoleon und trotz des Bündnisvertrages mit Frankreich vom 14. März 1812 in steter Fühlung und in ununterbrochenem Einverständnis mit Petersburg gestanden habe. Sind die mitgeteilten Tatsachen richtig, so würde allerdings auch auf das Verhalten Oesterreichs im Jahre 1812 ein neues Licht fallen. Der Waffenstillstand würde dann nur den letzten Akt einer Politik darstellen, durch die der fühne und skrupellose Spieler Napoleon von Petersburg einfach überspielt worden ist. Ein Grundprinzip der diplomatischen Kunst aller Zeiten enthält sich in dieser Aktion. Man betrügt und wird betrogen. Immer irgendwie mit der Bündnistreue im Herzen. Auch Bismarck verstand sich darauf.

Die Organisation der Berliner völkerverkundlichen Sammlungen wird, wie Wilhelm Vode jetzt in der „Voss. Ztg.“ zur Verrückung von allerlei Befürchtungen mitteilt, nach folgendem Plane gesehen: Die völkerverkundlichen Sammlungen der verschiedenen Erdteile außer Europa kommen in die Dahlemer Neubauten, von denen zunächst — bis 1915 — der umfangreichste, das Asiatische Museum, fertig werden wird; die

richterliche im Juli 14 Fälle von Kinderausbeutung, Verwahrlosung und Mißhandlung kontrolliert. Davon konnten auf Hochschulen 2, auf Sankt-Andreas 3, auf Sankt-Elisabeth 6 Fälle. Die meisten Fälle konnten durch das Eingreifen der Kommission erledigt werden.

Der Kreisbildungsausschuß, der erst im August ins Leben trat, hat seine Aufgabe in 15 Sitzungen erledigt. Er hat zwei Parallellkurse für Genossinnen und eine Jugendschriften- und Wanderschulausstellung veranstaltet. Der Erfolg der Kurse wird als ein durchaus befriedigender bezeichnet.

Der Kreisjugendausschuß hat Ende August seine Tätigkeit begonnen. Er hat zwei Konferenzen mit sämtlichen Jugendauschüssen des Kreises abgehalten, um ein einheitliches Arbeiten im Interesse der Jugend zu ermöglichen. In 20 Orten des Kreises bestehen Jugendauschüsse. In 34 Orten bestehen 41 Ausgabestellen für Jugendschriften. Die „Arbeiterjugend“ ist in 1763 Exemplaren verbreitet.

Der Abonnementstand der Parteipresse ist folgender: „Vorwärts“ 21 672, „Brandenburger Zeitung“ 46, „Neue Zeit“ 158, „Gleichheit“ 361, „Wahrer Jakob“ 3908.

Der Kassenertrag zeigt eine Einnahme von 55 175,51 M., eine Ausgabe von 44 821,25 M. und einen Bestand von 10 354,26 M.

Zu Beginn der Versammlung gab der Vorsitzende Lehmann einige Ergänzungen zu dem gedruckten Bericht. Besonders gab er der Befriedigung über den Ausfall der Landtagswahl im Kreise Ober- und Niederbarnim Ausdruck. Wie seien mit unseren Wahlmännern hart an der Grenze der absoluten Mehrheit und da nicht anzunehmen sei, daß alle freisinnigen Wahlmänner konsequent stimmen werden, so können wir auf die Eroberung des Kreises rechnen.

Brühl gab einige Erläuterungen zum Kassenertrag. Er bemerkte unter anderem, daß sich das Tätigkeitsgebiet des Kreises auf 5 Städte, 113 Landgemeinden und 83 Gutsbezirke erstreckt. In 113 Orten hat der Wahlverein Mitglieder.

Andree berichtete namens der Mandatprüfungskommission, daß 159 Delegierte, 25 Bezirksleiter, 16 Vorstandsmitglieder, 3 Vertreter von Oberbarnim anwesend sind. Es fehlt je ein Delegierter aus Bruchmühle, Hohenfischdörfchen, Oberdörfchen, Pantow, Petershagen, Röntgenal. Aus Herzfelde fehlt der Bezirksleiter. Nicht vertreten sind Friedrichsdorf und Neuenhagen.

Den Bericht der Treuhandsmission erhielt die Grundlitz. Das bemerkenswerteste sei die Herausgabe des Monatsblattes, welches eine sehr gute Aufnahme gefunden habe. Aus einigen Berliner Kreisen solle an die Verbandsgeneralsammlung wieder der Antrag auf Einführung des Wochenabonnements gestellt werden. Der Redner wandte sich gegen dies Verlangen und erwiderte die Genossen, soweit sie Delegierte der Verbandssammlung sind, gegen einen solchen Antrag zu stimmen. — In der Diskussion traten einige Redner für, andere gegen das Wochenabonnement auf. Ein Beschluß über diesen Punkt wurde nicht gefaßt. — Ein Genosse aus Borsigwalde verlangte eine Erweiterung der Befugnisse der örtlichen Zeitungsbeschwerdekommission.

Die Berichte der übrigen, im Geschäftsbericht erwähnten Kommissionen gaben zu einer Diskussion keinen Anlaß.

Nachdem Witzke den Bericht über die Tätigkeit des Schiedsgerichts für Groß-Berlin gegeben hatte, nahm die Versammlung die folgenden Beschlüsse vor, die folgendes Ergebnis hatten:

1. Vorsitzender Emil Lehmann, 2. Vorsitzender Otto Witzke, Kassierer Paul Brühl, Schriftführer Otto Glöckner, Kassierin Maria Schumann. Diese fünf Mitglieder bilden den Kreisvorstand. — Ferner wurden gewählt: Revisoren Fritz Berger, Gustav Koppitz, Emil Hengeler. — Gemeindevorstandskommission Julius Grunow, Wilhelm Düwelle, Kurt Fuhrmann. — Kinderbeschuldigungskommission Johannes Schulze. — Bildungsausschuß Gabel, Klause, Paul Schulz, Bergmann, Böllner, Jacobsen, Scheibenhuber, Heinsol, Nausch, Wischgar.

An die Generalversammlung von Groß-Berlin werden folgende Vorschläge gemacht: Aktionsausschuß Paul Brühl und Emil Lehmann. — Treuhandsmission Franz Gröndler, Oskar Witzke. — Schiedskommission Hermann Elias. — Sozialmission Ernst Bergmann. — Vertreterin der Frauen Martha Brendee. — Revisor Ernst Andree.

Nachdem die Wahlen vollzogen waren, schritt die Versammlung zur Erledigung der vorliegenden Anträge. — Zwei Anträge, welche sich auf die Regelung der Kostenbestreitung für die Landtagskandidaturen bezogen, wurden dem Vorstande überwiesen, der die Materie der nächsten Generalversammlung unterbreiten wird.

Nach längerer Diskussion wurde der folgende Antrag angenommen:

„Ueber die Höhe der Entschädigungen bei Delegationen zu Parteitagungen, Kongressen usw. entscheidet die Verbandsgeneralsammlung. — Sämtliche bei diesen Tagungen gegen Entgelt tätigen Genossen sind bezüglich der Entschädigung den Delegierten gleichzustellen.“

Schließlich wurden die am Tage der Abgeordnetenwahl notwendigen Arbeiten besprochen und die Bezirksleiter verpflichtet, dafür zu sorgen, daß alle unsere Wahlmänner auch zur Wahl erscheinen.

Damit war die Versammlung beendet.

II. Bundestag der Arbeiterturner.

Am Sonntag, den 25. Mai, hat in Mannheim in den Kaiserhöfen der erste Bundestag des Arbeiterturnerbundes begonnen. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen eine Reihe für die Turngenossen wichtige Punkte. Ueber die turnerischen Aufgaben des Bundes spricht Turngenosse Benedix, das Thema Spiel, Sport und deren Organisation behandelt Koppitz, Turngenosse Bildung referiert über Arbeiterport und Preise und Reichstagsabgeordneter Heine wird sich über die Rechtslage im Bunde und das Reichsvereinsgesetz verdrücken. Neben der Entgegennahme der Geschäftsberichte wird sich der Bundestag außerdem mit organisatorischen Fragen beschäftigen.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes, der sich über die beiden letzten Jahre erstreckt, bezeichnet als Signatur der Berichtzeit: Kampf auf der ganzen Linie. Auf der einen Seite die Polizeibehörden, vom Oberpräsidenten bis herab zum Dorfnachwächter, ausgerüstet mit allen Nachmitteln des modernen feudal-kapitalistischen Staates, von dem Zwangsmittel vorwärtiger Gesetz bis zur einfachsten Dorfpolizeiverordnung, unterstützt von der impudentesten juristischen Kniffligkeit exhumierter Kommentare einseitiger Jurisprudenz, im Hintergrunde die Reserven des Jungdeutschlandbundes und seines getreuen Stützpunktes, der zu jeder Demonstration bereiten Deutschen Turnerschaft, — auf der anderen Seite unsere wackeren Arbeiterturner, die, im Gefühl ihres heiligsten Menschenrechts, immer und immer wieder die Kampfgewohnheit und erprobte Kraft dieser Querschnittsarmee entgegenstellen. So charakterisiert der Vorstand den Kampf gegen den Bund, den Versuch, ihn zum politischen Verein zu stampfen, ihm die Jugend zu nehmen. Klein 200 Nachforschungsstellen wegen Verstoßes gegen die Vorschriften des Bundes im Jahre 1912 zu erledigen. Von einer Reihe Gerichte — auch außerhalb Preußens — wurde er als politischer Verein erklärt. Andere Gerichte haben aber auch bezügliche Klagen abgewiesen. Für den Bund bedeutet der Kampf gegen die beherrschenden Maßnahmen einen Kampf um die Jugend, um seine Zukunft.

Trotz dieser polizeilichen Schikanen hat sich der Bund in der Verbundzeit weiter zu fortentwickelt. Er hat gegenüber 1910 eine Zunahme von 416 Vereinen mit 29 801 Mitgliedern zu verzeichnen. Er zählte am Schlusse 1912 183 388 Vereinsangehörige über 14 Jahre in 222 Vereinen. Der Zuwachs in der Zeit erdittersten Kampfes um die Erringung des Bundes ist ein gewaltiger Erfolg der unermüdeten Tätigkeit des Bundes. Die Agitation war auch sehr intensiv. Der Kampf der Behörden in Verbindung mit der geradezu furchtbaren Angriffswelle der gegenwärtigen Verbände zwangen den Bund zu Massenaktionen und zu dem Appell an die befreundeten Volksteile, ihn in der Abwehr zu unterstützen. So

ist das Mittel der öffentlichen Versammlung reichlich angewandt worden, unterstützt durch die Massenverbreitung von Flugblättern. Mehr als 15 Millionen Flugblätter kamen zur Verbreitung.

Mit den befreundeten Arbeiterverbänden auf sportlichem und gesellschaftlichem Gebiet hat der Bund in den letzten Jahren in recht regem Verkehr gestanden. Die Verbände haben sich gegenseitig bei allen Aktionen verständigt. Auf dieses freundschaftliche Verhältnis ist zum wesentlichen die Bildung der Zentralkommission für Sport und Körperpflege zurückzuführen. Den Anlaß zur Bildung dieser Kommission gab das Bestreben, die Vereinsvereine durch örtliche Kartellierung zu bestricken, und zum anderen der immer stärker werdende Kampf der Behörden und aller gegenwärtigen Verbände, den abzuwehren die Solidarität aller Arbeiter-sportverbände Vorbedingung ist. Deshalb geht auch das hauptsächlichste Bestreben der Zentralkommission gegen die bürgerlichen Verbände, vor allem gegen den Jungdeutschlandbund.

Das Vermögen des Bundes hat sich im letzten Jahre um 20 696 M. vermehrt. Das Gesamtvermögen (inkl. Bundesgeschäft und außerordentliche Unterstützungskasse) betrug am Jahresschlus 1911 201 201 M. In Beiträgen wurden 1911 53 654 M. und 1912 58 515 M. vereinnahmt. Für Unfälle wurden in beiden Jahren rund 58 000 M., für Rechtschutz 9037 M., für Agitation 8837 M. ausgegeben.

Das Pressewesen des Bundes hat durch die Beschlüsse des letzten Bundestages eine wesentliche Erweiterung erfahren. Die „Moderne Körperkultur“ wurde neu geschaffen und liegt nun in zwei Jahrgängen vor. Sie hat eine gute Aufnahme gefunden. Die Auflage der „Arbeiter-Turnzeitung“ beträgt rund 120 000 Exemplare, der „Freien Turnzeitung“ 16 000 und der „Moderne Körperkultur“ 17 000. Vom 1. Juli ab — so beantragt der Vorstand beim Bundestag — soll noch eine weitere Zeitung, „Jugend und Sport“, mit vierzehntägigem Erscheinen herausgegeben werden.

Das Bundesgeschäft hat in den letzten Jahren eine weitere Steigerung seines Umsatzes zu verzeichnen. Im Jahre 1912 stieg der Umsatz um 75 311 M., 1908 betrug der Umsatz nur 44 788 M., 1909 81 374 M., 1910 bereits 135 354 M., 1911 283 286 M. und im Jahre 1912 355 597 M. In dieser rapiden Steigerung das Warenumfanges ist am meisten das Konto Turnkleidung beteiligt, das sich 1912 auf 259 007 M. belief. Der Umsatz für Spielgeräte beträgt 29 071 M. für 1912. Das Geschäft erzielte 1912 einen Reingewinn von 30 418 M.

Wie der Bund selbst ist also auch sein geschäftliches Unternehmen auf dem Wege stetiger Aufwärtsentwicklung. Hoffen wir, daß die Beschlüsse des Bundestages zum weiteren Fortschritt des Arbeiter-Turnerbundes beitragen.

Aus Industrie und Handel.

Die englische Konkurrenz.

Aus Solingen wird uns geschrieben: In den letzten Wahlen im Kreise Solingen haben die Fortschrittler vielfach versucht, die Notwendigkeit militärischer und maritimer Rüstungen mit den angeblichen Gefahren der englischen Konkurrenz zu begründen. Daß die Engländer in steigendem Maße ihre Kolonien gegen die Einfuhr fremder Waren abschließen, wurde durch einige Zufallsbeispiele „bewiesen“. Wie erfolgreich aber gerade die Solinger Stahlwaren-Industrie England sogar in englischen Kolonien Konkurrenz macht, konnte erst in den letzten Tagen wieder an der Hand von Konsulatsberichten festgestellt werden.

Da wurde über die Lage des Stahlwarengeschäfts in Italien berichtet: An der Einfuhr ist an erster Stelle Solingen beteiligt, das alle besseren Qualitäten liefert, nachdem England völlig vom Markte getrieben ist.

Eine sehr erhebliche Steigerung des Ablasses der Solinger Stahlwaren wurde für Ostindien-Südamerika bezeichnet. Den Anteil der Hauptlieferanten an diesem Geschäft zeigen folgende Ziffern:

	1906 (in 100 000 Stk.)	1911 (in 100 000 Stk.)	Steigerung in Proz.
England	51 258	82 943	62
Deutschland	18 873	25 911	87

In die Straits-S Settlements wurden 1911 Wasserwaren im Werte von rund 3 750 000 M. eingeführt. Daran waren beteiligt:

	mit Wert	in Prozent
Deutschland	1 250 000	33,3
England	1 100 000	29,3
Oesterreich	500 000	13,3
Belgien	500 000	10,4
Holland	250 000	6,6

Es ist hierbei zu beachten, daß deutsche Erzeugnisse in starkem Maße erst auf dem Umwege über die eingeführte holländische und belgische Exporthäuser nach Übersee ausgeführt werden. Sie erscheinen in dieser Statistik als Ausfuhrgegenstände dieser Länder. Der Anteil deutscher Waren ist also in Wirklichkeit noch stärker als aus den mitgeteilten Zahlen hervorgeht.

Deutschlands Industrie erlumpft sich also auf eigener Kraft in friedlichem Wettkampf ihren „Flag an der Sonne“. Und nicht kriegerische Eroberungen braucht sie, um weiter zu gedeihen, sondern die ungetrübte Ruhe des Friedens. Ihre Forderung formuliert schon 1897 ein bedeutender Exporteur: „Eroberung und Sicherung neuer Absatzmärkte nicht durch Waffengewalt, sondern durch höhere Anbahnung der wirtschaftlichen und technischen Leistungen.“

Reingewinn pro Arbeiter.

Den Kohlenaktionären geht es schlecht. Aus allen Geschäftsberichten läßt das Bedauern über zu hohe Löhne und zu — niedrige Gewinne hervor. Weitere Belastung irgend welcher Art sei unerträglich. Darum müsse ein sogenanntes Arbeitsmüllergesetz den Gewerkschaften die Fäuste stützen. Und die sozialen Kosten dürften auf keinen Fall gesteigert werden. So liest man im Bericht der Gewerkschaft Konstantin der Große, daß im letzten Jahre der Durchschnittslohn für sämtliche Arbeiter um 2,37 Proz. gestiegen sei. Zunächst muß dazu bemerkt werden, daß sich gleichzeitig der Kohlenablass um 12,04 Proz. der Kohlenablass um 31,97 Proz. hob, die Zahl der Beschäftigten sich dagegen nur um 8,3 Proz. vermehrte. Ein erheblicher Teil der Lohnsteigerungen entspringt erhöhter Arbeitsleistung. Das wichtigste aber ist: wie verhält sich der Lohn zum Profit? Die Arbeiter leisten mehr. Die Aktionäre jedoch nicht, sie leisten überhaupt nichts. Aber auch ihre Löhne“ stiegen, mehr, als wie die der Arbeiter! Die genannte Gesellschaft erzielte den Reingewinn von 5 500 701 M. auf 6 821 511 M., den Reingewinn von 4 980 520 M. auf 5 908 547 M., die Zahl der Arbeiter von 5030 auf 5489. Hieraus ergeben sich folgende Resultate: Pro Arbeiter betrug der

Reingewinn 1911	1002 M.	1912	1243 M.
Reingewinn	976	1076	

Danach ist der Reingewinn um 13,8 Proz., der Reingewinn um 10,2 Proz. gestiegen. Das Kapital kommt nie zu kurz. Lohnsteigerungen setzen gewöhnlich größere Gewinnsteigerungen gegenüber. Trotz erhöhter Löhne wird der Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage größer.

Deutsches Kapital in Ausland. Nach einer kürzlichen Erhebung des russischen Finanzministers ist deutsches Kapital in jedem Zweige gewerblicher Unternehmungen Russlands investiert. Die deutsche Beteiligung ist besonders groß in der Gas-, chemischen und Elektrizitätsindustrie, in der Petroleumproduktion und auch in der Maschinen- und Metallindustrie. Das in der Gasindustrie angelegte Kapital stammt zu 71 Prozent aus Deutschland, in der elektrischen Industrie zu 55 Prozent. — Und dennoch haben die Militärischen in beiden Ländern einen Krieg gefordert! — Schreibt mit Recht der Londoner „Economist“ zu diesen Zahlen.

Die Rüstungsindustrie sucht Kapital. Die Rüstungsindustriellen haben in der letzten Zeit so großen Erfolg gehabt, daß sich bei der

Rüstungsindustrie Kapitalbedarf einstellt. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ wird die Firma Krupp, der französische Krupp, ihr Aktienkapital von 27 Millionen auf 36 Millionen Franz. erhöhen.

Aus aller Welt.

Zur Katastrophe im Hafen von Smyrna.

Ueber die Schiffskatastrophe im Hafen von Smyrna werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die „Revada“ verließ am Sonntagabend um 10 Uhr morgens den Hafen mit dem Ziel nach Adalia an der Südküste Kleinasiens. Das Schiff sollte unterwegs verschiedene Häfen anlaufen. Die Mine, die bei der Explosion ein großes Loch in den Rumpf des Schiffes, durch welches das Wasser mit voller Gewalt eindrang, als die Wassermassen dem Maschinenraum erreichten, explodierte der Dampfessel. Eine Anzahl Personen wurde durch die Explosion getötet. Das französische Dampfschiff „Estrel“ sandte sofort zwei Rettungsboote zur Hilfeleistung ab. Ein Rettungsboot stieß ebenfalls auf eine Mine und lag mit allen darin befindlichen Personen in die Luft. Zwei Schleppboote mit Toten und Verwundeten sind im Hafen eingetroffen. Die größte Anzahl Personen wurde durch das französische Dampfschiff „Cruix“ gerettet.

Wie die letzten der Post zugewandten amtlichen Telegramme besagen, befanden sich auf der „Revada“ 128 Passagiere, von welchen 83 gerettet wurden. In dem Berichte des Hafenkapitäns von Smyrna wird der Kommandant der „Revada“ für das Unglück verantwortlich gemacht, weil er den neuen behördlichen Befehlen zuwider gehandelt habe.

Automobilkatastrophe.

In der Nacht zum Montag gegen 1 1/2 Uhr wollte ein mit fünf Personen besetztes Automobil von Tjehoe nach Wilker fahren, wofür ein Feuerwehrgesetz gefordert wurde. Obgleich eben außerhalb der Stadt Tjehoe der Bahnkörper gekreuzt werden muß, näherte sich ihm das Automobil mit unermindeter Geschwindigkeit, fuhr gegen die gut beleuchtete geschlossene Schranke und traf mit der Spitze des von West kommenden Sonntagszuges Nr. 1726 zusammen. Zwei Personen, die Witwe Anna Duckstein und der Buchbindergehilfe Johannes Claussen, wurden sofort getötet. Der Chauffeur Warbka starb bei seiner Einlieferung in das Krankenhaus. Der Zigarrenarbeiter Tietjens aus Tjehoe wurde schwer und der Maschinenmeister Jändling aus Tjehoe leicht verletzt.

Wie die Untersuchung ergeben hat, soll die Schuld an dem furchtbaren Unglück den Chauffeur treffen, der nach reichlichem Alkoholgenuss weder auf die Eisenbahnschranke noch auf den heranahenden Zug geachtet hat.

Endlich ein zufriedener Preusse.

Die Wahlmännerstimmen in Sichtenberg haben ein Geheul auf den Plan gerufen, das dem Herrn Finanzminister ungewohnt wertvolle Fingerzeige zur Regelung der allgemeinen Finanznot gegeben hat. Ein Lehrer, Wähler der 2. Abteilung, trat an den Wahlstisch heran, strubte und schien nicht recht zu wissen, was er tun solle. Schließlich nannte er von zwei liberalen Wahlmännern nur einen, nahm dann das Portemonnaie aus der Tasche und fragte: „Was habe ich zu zahlen?“

Und da behaupten gewissenlose Heher noch, das preussische Wahlrecht lauge nicht, es sei nichts wert. Vielleicht beachtet der Finanzminister die Anregung und besteuert die Ausübung des Wahlrechts. Eine solche Steuer könnte dazu dienen, ganz erheblich die Zufriedenheit mit den bisherigen gottgewollten Zuständen zu fördern. Wie wäre, wenn wenigstens die vaterlandlose Sozialdemokratie für jede auf sie entfallende Stimme drei Mark hiechen müßte? Das wäre doch nur recht und billig!

Zur Barbarei der Militärjustiz.

Aus Rom wird uns geschrieben: Der damals 23jährige Landarbeiter Biagioli befand sich im Mai 1911 als Soldat in einem besetzten Lager vor Vengasi und wurde wegen Diebstahls in Arrest erklärt, weil man das Portemonnaie eines Sergeanten bei ihm vorfand. Der Soldat behauptete, die Offizierskassette gefunden zu haben, man schenkte ihm aber keinen Glauben. Aus dem Gefängnis entwich er und flüchtete sich ins türkische Lager. Nach dem Friedensschluß war es nicht genug, sich dem italienischen Konsul in Konstantinopel zu stellen, um wieder in die Heimat abgeschoben zu werden. Der Lieferant der Biagioli dem Kriegsgericht von Vengasi aus, wo er sich wegen Diebstahls und Fahnenflucht verteidigen sollte. Von der Anklage des Diebstahls wurde er freigesprochen, weil das Gericht Hunderteinschätzung annahm. Wegen der Fahnenflucht wurde der Unglückliche aber unter Judikation mildernder Umstände zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Und der arme Teufel hatte sich ganz treuherzig dem Konsul gestellt und um Abschuß in die Heimat gebeten! Das Militärgericht hat nicht den in der Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten gesehen, der natürlich jede Gelegenheit zum Ausbrechen benutzte, sondern den Fahnenflüchtigen! In dieser Auffassung gehört ein Unverstand, den man eigentlich nur den Verurteilten zuweisen sollte. Man sieht: der Samajengeist macht diesen Konkurrenz!

Ein Edelmann.

Die unerhörte Handlungsweise eines bekannten Mitgliedes der Pariser Aristokratie gegen seine Gattin erregt gegenwärtig in der Pariser Gesellschaft großes und peinliches Aufsehen. Der als Lebemann sowie als Sportmann bekannte Graf v. B. hat es auf kaum glaubliche Weise verstanden, seine Gattin nicht nur um ihr ganzes Vermögen zu bringen, sondern außerdem die gerichtliche Scheidung von ihr zu erwirken, ohne daß die Bedauernswerte von den Nachschüssen ihres edlen Gemahls auch nur die leiseste Ahnung hatte. Unter der Vorpiegelung, daß er ihre Unterschrift zu geschäftlichen Unternehmungen brauche, ließ der Graf von seiner Gattin verschiedene Schriftstücke unterzeichnen, ohne daß sie in ihrer Vertrauensseligkeit auch nur einen Blick darauf geworfen hatte. Durch einen Zufall hat die Unglückliche in Erfahrung gebracht, daß sie damit in eine Abtretung ihres ganzen Vermögens eingewilligt hatte, sowie sich als den allein schuldigen Teil in der Scheidungsfrage erklärt hatte. Der Fall wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

Gobelinshofen.

Frankreich hat wieder sein Museumsbüchlein, das aller Welt ein herzliches Waden abnötigt. Vor fünfzig Jahren ward dem Museum zu Pau ein kostbares Geschenk in Gestalt einiger kunstvollen Gobelins zuteil. Vor kurzem revidierte nun ein Inspektor der französischen Museumsverwaltung das Museum zu Pau und siehe da, es stellte sich heraus, daß die Gobelins veräußert worden waren. Nach langem Suchen fand sich endlich ein Teil der kostbaren Wandteppiche in einem alten Bauwerk, in einem Schranke, in dem gewöhnlich der Museumsführer zum Besen usw. aufbewahrt. Aber das war nur ein Teil! Wo aber der andere? Endlich, nachdem man ihn eindringlich ins Gebet

genommen hatte, gestand der Museumsdiener, daß seine Frau die Gobelins in Beschlag genommen hatte. Beide hatten gedacht, die „Dinger“, die nach ihrer Meinung nur wenig Wert besäßen, nützlich verwerten zu können. Die teure Gattin und liebevolle Mutter hatte damit für den Gatten und Sohn die Hofen gefüttert und zuletzt war noch soviel übrig geblieben, daß sie selbst einen Interesod und ein Paar vorzügliche Hosen daraus bekommen konnte.

Keine Notizen.

Lufmord in Mülheim. Am Sonntagabend ist in Mülheim a. Rhein die neun Jahre alte Tochter des Gastwirts Klein ermordet aufgefunden worden. Dem Mörder war die Kehle durchgeschnitten, der Unterleib zeigte eine Schnittwunde auf. Anscheinend liegt Lufmord vor. Unter dem Verdacht, den Mord an dem Kinde begangen zu haben, wurde der Bruder des Vaters, der Webergeselle Meier, ein arbeitsfähiger 29-jähriger Mensch, verhaftet.

Schreckensstunde einer Geistesgehörten. In einem Anfälle geistiger Störung hat die Frau des Lokomotivführers Lindenberg in Altona ihre beiden Kinder und sich selbst durch Einnehmen von Salzsäure getötet.

Ungetreue Schwalter. Die Vorsteher der Lauenburger Depositenkasse der Danziger Privatbank, Hinz und Wiltbig, sind unter der Beschuldigung, Veruntreuungen begangen zu haben, verhaftet worden.

Schweres Straßendunnglück in Wien. Bei der Fronleichnamprozession im siebenzehnten Wiener Bezirk ereignete sich eine Schreckensszene. Ein Motorwagen der Straßenbahn fuhr in eine Gruppe Zuschauer hinein. In fünf Personen wurden niedergestoßen und verletzt.

Krawalle unter sich. Nach einer Meldung aus Lodz kam es in der Datschka Pionet zu blutigen Zusammenstößen zwischen einer katholischen und einer Mariabildigen Prozession. Auf beiden Seiten zählte man Schwerverletzte.

Frauen-Leseabende.

Johannisthal. Heute Dienstag, 8 1/2 Uhr, im Arbeiterheim. Vortrag des Genossen Lehner über „Die Goldstücke“.

Niederbichselweide. Heute Dienstag, 8 1/2 Uhr, bei Bengig, Striege Straße 17.

Waldmannsdorf. Mittwoch, den 28. Mai ca. 8 Uhr, im Schweizerhaus, Pianastr. Genossin Demming über „Die sozialistische Erziehung des Kindes im Hause“.

Briefkasten der Redaktion.

Die hiesige Sprechstunde findet Lindenstraße 60, vorn vier Treppen — 7. Stock —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Quittung und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwässerung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Tamenschneder. Mit Wasser und Seife. Will man den Stoff nicht feucht machen, dann trägt man biden Drei aus guter Seifenlösung an und läßt ihn trocknen und bürstet gut aus. — **G. M. I.** Ob schädlich oder nicht, darüber freuten sich selbst noch die Fachleute. Vertreiben kann man sie durch lothendes Wasser oder Petroleum. — **P. M. 100.** Dabei können nur Privatinstanzen und ebenfalls auf konfessioneller Grundlage bewirkende in Betracht, deren Empfehlung wir natürlich ablehnen müssen. — **Krank.** Siehe Seite 10. Sie bei der Zentralkommission der Krankenkassen, Alexanderstraße 39/40, beraten werden. — **H. 2. 3 M. Rein.** — **M. 375.** 1 u. 2. Ueber beides findet eine Verständigung zwischen der Versicherungsanstalt Berlin und des betretenden Krankenkasse statt. In besonderen Fällen übernimmt die Anstalt beides. 3. Der Verband der Landarbeiter, Reichelsplatz 1, kann Ihnen vielleicht geeigneten Rat geben. — **H. Baumhüterweg.** Scheint nicht der Fall zu sein. Sie können sich in unserer Expedition.

Kinderstr. 60. Laden, die Velle zum Kochschlagen vorlegen lassen. — **H. 2. Neufeld.** 1. Ja. 2. Magistratskommissar für Krankenkassen, Berlin, Stralauer Str. 3/6. — **Fr. M. 25.** Eine beratige Anordnung ist demgemäß. — **G. 3. 101.** 1. Ja. 2. und 3. Die Steuer kann mit einem Male gefordert werden. Es empfiehlt sich ein Gesuch um Gewährung von Ratenzahlungen. — **M. 8. 100.** 1. bis 4. Ja. — **G. 110.** Der Wandlheber ist zur Verabfolgung anderer Waren nicht verpflichtet, Sie haben jedoch noch Anspruch auf die gefasste Rente, sofern Sie den Festbetrag zahlen. — **G. M. 72.** 1. An das Vormundschaftsgericht unter Sachdarsstellung. 2. Die Kinderrechtskommission hat in dem Orte keine Befugnis. Wachen Sie derselben zu Händen des Obmannes Böde, Lindenstraße 2, Mitteilung. 3. Ohne Anordnung des Vormundschaftsgerichts nein.

Mitter, Dausigertrake. Ein Rekl. die Rente einzubehalten, haben Sie nicht. Fordern Sie von der Vermittlerin Beilegung innerhalb einer Frist von 14 Tagen und drohen Sie an, nach Ablauf der Frist, den Vertrag zu lösen und Schadenersatz zu verlangen. — **Z. 31.** Es ist uns unbekannt. — **H. R.** Beschädigte Gebäude werden nicht repariert. — **G. 3. 121.** Rein. — **Wein 100.** Finden Sie im 2. Band des Adreßbuchs, Teil IV Seite 518 verzeichnet. — **Abstinenz 3. 39.** Bei Herrn August Neumann, Engelauer 10, können Sie näheres erfahren. — **303. Geist.** Darüber haben wir nicht zu bestimmen. Wenden Sie sich bitte selbst an die betreffende Stelle. — **Zahlend. Bezirk 219.** Spielfragen entscheiden wir nicht. — **Z. 3. 17.** Zentralstelle für Auswanderer, Reichsbah 9/10.



Josefelli
Velo Gold
 QUALITÄT 3 GIGARETTE

KON-LINON

In Ihrem Genossen
Gustav Kuhn
 und der Genossin
Auguste Kuhn
 die herzlichsten Glückwünsche
 zur Silberhochzeit.
 Die Genossen der 22. Abteil.
 778. Bezirksk.

In Freien Stunden
 Die
 Wochenschrift für Arbeiterfamilien
 Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

H. Pfau, Bandagist
 Berlin, Direksenstraße 20
 am Bahnhof Alexanderplatz und
 Holzschlamm. — Amt Kat. 3808.
 Für Damen Frauen-Bedienung.
 Lieferant für alle Krankenkassen.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Bruchbandagen,
 Leibbinden, Geradhalter,
 Irrigatoren, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
 alle Artikel z. Krankenpflege
 empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
 jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
 Eigene Werkstatt. Lieferant für
 Krankenkassen. Fachgem. Bedienung.

Radjahretarten
Wanderkarten
 hält stets vorräthig
Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 60 (Coblen)

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE Diese Woche ALEXANDERPLATZ soweit Vorrat FRANKFURTER ALLEE

Wirtschafts-Artikel

Reibemaschinen 85 Pf. 1 ¹⁰ 1 ⁰⁰	Spiritusplatten vernick. 3 ⁷⁵ 5 ²⁵ 6 ⁵⁰	Waschwannen } Zink m. 5 ⁷⁵ 7 ²⁵ 9 ²⁵	Gazeschränke Blech, 6 ²⁵ 9 ²⁵ 11 ²⁵
Fleischhackmaschin. u. 4 versch. Messern 3 ⁷⁵	Spirituskocher 25, 35, 55 Pf.	Waschzober } Holz- 7 ²⁵ 9 ²⁵ 11 ⁰⁰	Gazeschränke Holz 3 ⁰⁰ 4 ⁷⁵ 5 ⁷⁵
Wirtschaftswagen 1 ⁶⁵ 2 ⁰⁰	Spirit.-Gaskoch. mit Ballon 4 ⁰⁰ zwei Kochst. 9 ⁰⁰	Waschtöpfe mit Blech und Deckel 2 ⁴⁵ 2 ⁹⁰ 3 ⁴⁵	Gazeglocken 20, 28, 35, 40 Pf.
Eismaschinen 5 ⁵⁰ 7 ⁰⁰ 8 ⁵⁰	Petroleumkoch. m. Messingbase u. amper. Mangel 1 ⁷⁵ 3 ²⁵	Wringmaschinen 39 cm Walzenl. 8 ⁰⁰	Gurkenhobel 30, 60, 65 Pf.
Eisformen 95 Pf. 1 ⁵⁰ 1 ⁷⁰	Gaskocher 3 ⁷⁵ 6 ⁵⁰ 8 ⁵⁰	Waschmaschinen 8 ⁵⁰	Limonadenlöffel Stück 7 Pf.
Messingkessel 3 ²⁵ 3 ⁷⁵ 4 ²⁵	Messerputzmaschinen auf Brot 4 ²⁵ 5 ⁰⁰	Wäschemangel 17 ⁵⁰ mit Gestell 35 ⁵⁰	Eierschränke 1 ⁰⁰ 1 ⁰⁰
Buttermaschinen 1 ⁹⁰ 1 ⁹⁰ 2 ⁵⁰	Plättbretter 1 ⁶⁵ 2 ⁴⁵ 2 ⁷⁵	Badewannen 16 ⁵⁰ 17 ⁵⁰ 19 ⁰⁰	Wäscheleinen Aloe 1 ⁷⁵ 2 ²⁵
Picknickbüchsen 95 Pf.	Aermelplättbretter 38, 75 Pf.	Schaukelbadew. 24 ⁰⁰ 26 ⁰⁰ 28 ⁵⁰	Pelzkapseln 33 ⁰⁰ 42 ⁰⁰ 56 ⁰⁰
Kohlenplatten vernickelt 3 ⁵⁰	Aermelplättbretter zusammenlegbar 75 Pf.	Sitzbadewannen 8 ⁰⁰ 9 ⁷⁵ 10 ⁵⁰	

Spargelkocher emailliert 2 ⁹⁰ 3 ⁰⁰ 3 ⁷⁵ verzinkt 2 ³⁵ 2 ⁶⁰ 3 ¹⁰	Einkoch-Apparate m. Therm. und Frischhalt compl. 9 ⁷⁵	Kochkisten Heinzelmännchen 1 Kochstelle 16 ⁰⁰ 18 ⁰⁰ 2 Kochstellen 31 ⁰⁰ 34 ⁰⁰
---	---	---

Glas — Porzellan — Steingut

Tafelgeschirr echt Porzellan <i>Peston mit Goldrand</i> Speiseteller 25 Pf. Suppenteller 25 Pf. Abendbrotteller 18 Pf. Kompotteller 14 Pf. Terrinen 2 ⁸⁵ 3 ⁴⁵ Ragoutschüsseln 2 ²⁵ Saucieren 78, 95 Pf. Bratenplatten oval 30 Pf. bis 2 ⁸⁵ Gemüseschüsseln rund . 1 ⁹⁵	Kaffeegeschirr echt Porzell. <i>moderne Form, mit Goldrand</i> Kaffeekannen 95 Pf bis 1 ⁰⁵ Teekannen 1 ⁴⁵ bis 2 ⁷⁵ Zuckerdosen 60 Pf. bis 1 ²⁵ Milchgiesser . 35 Pf. bis 1 ²⁵ Tassen 28 Pf. Teller 15 cm 23 Pf. Teller 19 cm 28 Pf. Teller 21 cm 38 Pf. Kuchenteller gross 1 ⁵⁰	Spezial-Angebot <i>für die</i> heissen Tage Zitronenpressen kl. 7, gr. 10 Pf. Zitronenpressen 2 teilig 12 Pf. Milchsaften 1/2 Liter 7 Pf. Gelaegläser 8, 10 Pf. Weißbiertgläser 18, 33 Pf. Landwehrtöpfe 18, 33 Pf. Grätzer Biertulpen 28 Pf.	Trinkglasgarnitur <i>Papin de roche</i> <i>feinstes Kristall, Fabrikat St. Louis</i> <i>bekannte Form und Graur</i> Bowlenglas 45 Pf. Rotweinglas 42 Pf. Rheinweinglas 42 Pf. Portweinglas 35 Pf. Likörglas 30 Pf. Sektkelch 42 Pf. Bierbecher 45 Pf. Teebecher 40 Pf. Selterbecher 35 Pf.	Pressglas „Frankfurt“ <i>vorzögl. schwere Qualität</i> <i>amerikanische Pressung</i> Kompotteller 6 Pf. Kuchenteller 43 Pf. Kuchenteller 85 Pf. Kompottieren 10 bis 68 Pf. Käseglocken 85 Pf. Butterdosen 68 Pf. Zuckerschalen 28 Pf.
--	--	--	--	---

Wäsche-Atmosphäre

Verkauf zu enorm billigen Preisen

Knabenwaschanzüge

- Blusen-Anzüge gestreifter Waschestoff, 3-8 Jahre durchweg **55 Pf.**
- Blusen-Anzüge Waschestoffe, in vielen Mustern, 3-8 Jahre durchweg **1 65**
- Blusen-Anzüge gestreifter Waschestoff mit schöner Garnierung, 3-8 Jahre, durchweg **2 65**
- Blusen-Anzüge gestreifter Waschestoff mit Ueberkragen, 3-8 Jahre durchweg **4 10**
- Blusen-Anzüge weiße und gestreifte Waschestoffe, Aermel mit Stick, 3-8 J., durchweg **5 25**
- Einzelne Muster-Anzüge 9-14 Jahre durchweg **7 50**

Kieler u. Prinz-Heinrich-Anzüge

- Gestreifte Waschestoffe, Kragen und Manschetten, blauer Satin, 3-8 Jahre durchweg **2 75**
- Gestreifte Waschestoffe, Kragen und Manschetten zum Abknöpfen, Aermel mit Stickerei, 3-8 Jahre **4 15**
- Kieler Anzüge gestreifte Waschestoffe, Aermel mit Abzeichen, 9-14 Jahre, durchweg **3 60**
- Kieler Anzüge gestreift oder weißer Waschestoff, Kragen u. Manschetten z. Abknöpfen, 9-14 Jahre, durchweg **4 95**
- Imitierte Bast-Anzüge Form Prinz Heinrich, 3-8 Jahre durchweg **5 50**
- Imitierte Bast-Anzüge Form Prinz Heinrich, 9 bis 14 Jahre durchweg **6 50**

Praktische Schul-Anzüge

- Joppe und Hose derber Waschestoff, 9-14 Jahre durchweg **1 45**
- Joppe und Hose Waschestoff, in verschiedenen Mustern, 9-14 Jahre .. durchweg **2 10**
- Joppe und Hose Waschestoff, sehr haltbar, aparte Muster, 9-14 Jahre . durchweg **3 60**
- Joppe und Hose schwerer Waschestoff, Joppe mit Falten, 9-14 Jahre, durchweg **4 85**
- Sport-Hemden für Knaben, in den neuesten Mustern von **1 55** an
- Knaben-Mützen kleidsame Fas- **50 Pf.** sons und Muster

Knaben-Wasch-Blusen
aus Resten gearbeitet, für 3-8 Jahre
1.45, 95 Pf. 70 Pf. 30 Pf.

Blaue Satin-Sport-Hosen
waschecht
f. 3-8 Jahre **1.35** f. 9-15 Jahre **1.55**

Knaben-Wasch-Hosen
aus Resten gearbeitet, für 3-8 Jahre
90 Pf. 65 Pf. 30 Pf.

Bestellungen nach außerhalb werden prompt ausgeführt. Von 20 Mark an franko. Angabe d. Alters erforderlich

BaerSohn

An Wiederverkäufer findet der Verkauf obiger Artikel nicht statt

Spezialhaus grössten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung

Sonntags nur von 9-10 geöffnet

Chaussestrasse 29/30
Große Frankfurter Str. 20

BERLIN
Gegr. 1891

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntags nur von 9-10 geöffnet

Der reichillustrierte Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenfrei

Flugwoche Johannisthal

Heute 5-8 Uhr und täglich bis 1. Juni.
Mark 3,-, 1,-, 0,50.

Wettbewerbe: Kürzester Anlauf - Kürzester Auslauf - Dauer - Zum ersten Male gleichzeitiger Start auf **≡ 6 ≡** Anlaufbahnen!

Theater.
Dienstag, den 27. Mai 1913.
Anfang 7 Uhr.
Neues Opern (Kroll). Die Meisterfinger von Krollberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Sigaros Hochzeit.
Königl. Schauspielhaus. Volksvorstellung: Balkensteins Lager. Die Biccolomini.
Oper. Das Dummelmädchen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Die Nordseeinsel Spli.
Vesna. Alt-Wien.
Deutsches. Faust 1. Teil.
Kammerspiele. Die Einnahme von Berg-op-Zoom.
Berliner. Jimyander.
Königsgräber Straße. Die fünf Kranführer.
Schiller O. Moral.
Schiller-Charlottenburg. Zwei Hapfen.
Theater des Westens. Der liebe Augustin.
Montis Cyperetten. Der lachende Ehemann.
Deutsches Schauspielhaus. Ein idealer Gatte.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Eugen Onegin.
Komödienhaus. Hochherrschafliche Wohnungen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Trianon. Madame I.
Thalia. Pappchen.
Zulien. Die drei Schwestern Rumbold.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater am Kollendorplatz. Extrazug nach Nizza.
Freibr. Wiltb. Schauspielhaus. Das Farmermädchen.

Residenz. Die Frau Präsidentin. Lustspielhaus. Der lustige Kalabu. Stole. Krone und Fessel.
Folies Caprice. Die Banf. Sein letzter Wille. Der Comdog.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Graf sein.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Eisballett: Pilot in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidentheater. 57-62.
Schiller-Theater O. Bühnen
Dienstag, abends 8 Uhr:
Moral.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Moral.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Moral.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Berliner Theater.
Täglich 8 Uhr:
Filmzauber.
Theater in der Königsgräzter Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Ein idealer Gatte.
Theater des Westens.
8 Uhr. Volkstüml. Vorstellung:
Der liebe Augustin.

Kroll-Oper
7 Uhr:
Die Meisterfinger v. Nürnberg
Mittwoch: Lohengrin.
Donnerstag: Tannhäuser.
Freitag: Bajazzo. Samstag: Cavalleria rusticana.
Residenz-Theater.
Schluss der Spielzeit am 31. Mai.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwanz in 3 Akten v. H. Denniquin und G. Weber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Theater am Kollendorplatz
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Extrazug nach Nizza.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Stucke's Pfingstfahrt“
Berliner Burleske von Meysel.
Anfang 8 Uhr.
Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Del: Ernst Liebig.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree.

Montis Cyperetten-Theater
(fr. Neues Theater). Am Nordsee 1141.
Sommerpreise! Abends 8 Uhr:
Gastspiel Julius Spielmann:
Der lachende Ehemann.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Krone und Fessel.
Anfang 8 1/2 Uhr:
Mittwoch: Krone und Fessel.
Auf der Gartenbühne:
Achtung! Es geht los!
Gr. Hofe. Konz. Sämt. Teil. Anf. 4 1/2.
Metropol-Theater.
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Konfinski.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
Anfang 8 Uhr:
Admiralpalast.
Eis-Arena. - Allabendlich das gr. erfolgreiche Eisballett **Fiert in St. Moritz.**
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Nordsee-Insel Sylt.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppelkonzert
Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Jahresabonnements an allen drei Schalterkassen.
Folies Caprice.
Die Novitäten:
• Die Bank. •
• Sein letzter Wille. •
• Der Cowboy. •
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.
Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 108-114
Heute Dienstag:
Gr. Konzert u. Vorstellung.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Voranzeige! Morgen Mittwoch, den 28. Mai:
Großes Kinderfest.

Passage-Panoptikum
Der weltberühmte amerikanische **Negerboxer** **Andrea Johnson** bei sein. Training zum Kampf um die Weltmeisterschaft.
Jon Got, der akrobatische Schlafwandler! Der Mann mit der eisernen Hand. **Aga, Jungfrau!** Alles lebend! Alles ohne Extra-Entree!
Boigt-Theater.
Badrstraße 38.
Sente sowie täglich:
Auf nach Amerika. Spezialitäten allererst. Ranges. Straßenöffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
LUNA PARK
Saisonkarten alle Tage gültig
auch für **Elitetage**
Mark 3,-
Für den Inhalt der Zierate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

„Tut nichts — der Jude wird verbrannt.“

Wegen eines Gerichtsberichts, dem eine kritische Bemerkung angefügt war, hatte sich unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Wielepp, gestern vor der ersten Strafkammer zu verantworten.

Der Bericht ist am 6. November 1912 im „Vorwärts“ erschienen. In dem Bericht wurde mitgeteilt, daß das Schöffengericht in Hannover-Münden zwei Streikende verurteilt hätte, von denen der eine eine Koufierung zu Streibrechern tat, die das Gericht als Drohung auffaßte, während der andere nur dabei stand und nichts sagte. Auch die Berufung des Letzteren — so hieß es in dem Bericht — habe ihm nichts genutzt. — Die Tatsache, daß der streikende Arbeiter, der gar nichts sagte, mit seinem Kameraden gemeinsam verurteilt wurde, veranlaßte uns zu einer kritischen Bemerkung, die hiermit, daß solch Urteil nur durch Voreingenommenheit gegen die Interessen und Rechte der Arbeiter erklärlich wird.

Diese Bemerkung hat den Landgerichtspräsidenten in Göttingen veranlaßt, Strafantrag wegen Beleidigung der betreffenden Richter zu stellen.

In der gestrigen Verhandlung wurde festgestellt, daß die tatsächlichen Angaben unseres Berichts vollkommen zutreffend sind.

Der eine Arbeiter hat — wie in dem Urteil der Göttinger Strafkammer festgestellt wird, eine Drohung gegen die Streikbrecher ausgesprochen, während der andere Arbeiter schweigend dabei stand.

Aus dem Schweigen haben die Richter geschlossen, daß er mit der Absicht seines Kameraden, die Streikenden zu bedrohen, einverstanden war. Durch zustimmendes Schweigen — sagt das Göttinger Urteil — habe der Angeklagte die Drohung unterstützt und sie dadurch noch wirksamer gemacht.

Dah ein derartiges Urteil zur schärfsten Kritik herausfordert und es für ein Arbeiterblatt geradezu eine Pflicht ist, dagegen Stellung zu nehmen, betonte Genosse Wielepp als Angeklagter mit aller Schärfe.

Doch der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Garßen, bemerkte dazu, es sei doch nichts außergewöhnliches, sondern häßliche Rechtspraxis, daß in solchen Fällen wie dem vorliegenden, beide Angeklagte als gemeinsame Täter angesehen werden.

Wie gesagt, waren es nur die dem Bericht angefügten kritischen Bemerkungen, auf die sich die Anklage stützte und da drehte es sich im wesentlichen um den Begriff des Wortes „Klassenjustiz“. Der Staatsanwalt stellte sich auf den Standpunkt, unsere Bemerkung sei so zu verstehen, daß den Richtern der Vorwurf der bewußten Rechtsbeugung gemacht und ihnen nachgesagt werde, sie hätten die Angeklagten nur deshalb verurteilt, weil es streikende Arbeiter seien. Eine Geldstrafe von 200 Mark beantragte der Staatsanwalt.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, wandte sich gegen die Auffassung des Staatsanwalts, indem er darlegte, daß in der Sozialdemokratie der Ausdruck „Klassenjustiz“ stets in dem Sinne gebraucht werde, daß die Richter, unbewußt unter dem Einfluß ihrer Erziehung und ihres Milieus stehend, Handlungen, welche der Ausfluß der Arbeiterolidarität sind, anders beurteilen, als Solidaritätsbefundungen von Angehörigen anderer Klassen. Der Verteidiger erinnerte daran, daß zahlreiche Arbeiter wegen Erpressung verurteilt worden sind, weil sie andere zum Eintritt in die Organisation durch Drohung zu bewegen suchten. In allen derartigen Fällen habe die Erpressung nur dadurch konstruiert werden können, daß angenommen wurde, man habe, indem man einen anderen zum Eintritt in die Organisation zu bewegen suchte, der Organisation einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zuwenden wollen. Derartige Urteile seien ein Beweis dafür, wie wenig die Richter die Denkweise der Arbeiter verstanden und wie falsch sie die Befundungen der Arbeiterolidarität beurteilten. Wenn beispielsweise ein Regimentskommandeur einem Offizier mit Entfremdung aus dem Offizierskorps drohe für den Fall, daß der Offizier seine Wucherschulden nicht bezahle, so werde kein Richter und kein Staatsanwalt auf den Gedanken kommen, der Oberst habe dem Wucherer einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zuwenden wollen, was ja auch nicht der Fall sei. Ebensonstige aber dächten die Arbeiter, wenn sie andere für die Organisation gewinnen wollen, an die Beiträge, die der Verstoßene zu leisten habe. Diese verschiedene Beurteilung analoger Vorgänge in verschiedenen Bevölkerungsklassen durch die Richter, die ihnen gar nicht als verschiedene Beurteilung zum Bewußtsein käme, sei das, was man in der Sozialdemokratie Klassenjustiz nenne. Gerade deshalb, weil diese Erscheinung eine allgemeine sei, während bewußte Rechtsbeugung nur vereinzelt vorkommen könne, träte die Sozialdemokratie auf. In seinen weiteren Ausführungen legte der Verteidiger dar, daß der Angeklagte als Redakteur eines Arbeiterblattes sowie als Mitglied einer Gewerkschaft in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Auch handle es sich um die Kritik eines Urteils, als einer Leistung, die mindestens einer wissenschaftlichen Leistung ähnele, der Artikel enthalte keine Beleidigung. Es müsse also Freisprechung erfolgen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 200 Mark. — In der Begründung wurde gesagt, der Angeklagte habe in diesem Falle keine berechtigten Interessen zu vertreten gehabt. Das Urteil der Göttinger Strafkammer sei durchaus sachgemäß und stehe mit der Freisprechung in Einklang. Aus dem Anfang und dem Schluß des Artikels gehe hervor, daß den Richtern der Vorwurf gemacht werden sollte, sie hätten bewußt das Recht gebeugt.

Wunderliches Urteil! Kein Wort von Rechtsbeugung oder gar von bewußter Rechtsbeugung enthält unser Artikel. Hätten wir angenommen, die Richter hätten in diesem Falle das Recht bewußt gebeugt, so hätten wir es gesagt. Aber das geistige Urteil „stills“ einfach „fest“, in dem Artikel habe gestanden, was, wie jeder, der lesen kann, klar sieht, nicht darinnen steht. Gegen solche „Feststellungen“ ist der Angeklagte machtlos. Das Reichsgericht erklärt

in solchen Fällen: es kommt nicht darauf an, ob des Vorderrichters tatsächliche Feststellung richtig oder unrichtig ist, sondern ob sie auf Rechtsirrtum beruht. Eine schnurige Rechtsmittelkonstruktion, aber eine vom Gesetz gewollte.

Wie schlimmer als wir je konnten, charakterisiert das Berliner Urteil das Göttinger Erkenntnis und die gesamte Rechtsprechung — diese soll ja mit der Göttinger Ansicht übereinstimmen — durch die Verfassung des § 193 des Strafgesetzbuches. Nach § 193 steht der Schutz der Wahrnehmung berechtigter Interessen „abwärtigen Urteilen über wissenschaftliche, künstlerische, gewerbliche Leistungen, ingleichen . . . ähnlichen Fällen“ zu. Es handelt sich in unserem Artikel um solch tadelndes Urteil. Nach unserer Meinung sind gerichtliche Urteile wissenschaftliche Leistungen. Vor 25 Jahren betrauerte das Reichsgericht auch noch jedes gerichtliche Urteil für eine wissenschaftliche Leistung. Vor fünf Jahren hat es allerdings in einem Fall seine richtige Ansicht ins Gegenteil gewandelt. Wie wird es nun urteilen?

Gerichts-Zeitung.

Bestrafter Versammlungsbesuch.

Im April 1912 fand in Lichtenberg eine Versammlung für Jugendliche statt. Sie war auf den Einladungzetteln ausdrücklich als unpolitisch bezeichnet. Als Thema waren die Schillerischen Worte angegeben: „Ans Vaterland, ans teure schließ Dich an!“ — Der zur Ueberwachung erschienene Polizeileutnant teilte dem Versammlungsleiter mit, daß er, der Polizeileutnant, die Versammlung für eine politische halte. Denn — der Reichstagsabgeordnete Stadthagen habe kurz vorher über dasselbe Thema einen politischen Vortrag gehalten. Obgleich diese Meinung des Beamten recht haltlos war, wählte der Referent, Bernhard Düwel, um alle Schwierigkeiten zu vermeiden, ein anderes Thema. Er sprach über das Lehrlingswesen und die Versammlung nahm unter polizeilicher Ueberwachung einen ungeordneten Verlauf.

Trotzdem wurde eine Anzahl jugendlicher Teilnehmer der Versammlung wegen Uebertretung der §§ 17 und 18 des Reichsvereinsgesetzes angeklagt. Für einen Teil der Angeklagten war das Schöffengericht Lichtenberg, für den anderen Teil das Schöffengericht Berlin-Mitte zuständig. — In Lichtenberg wurden die Angeklagten freigesprochen, weil das Gericht die Versammlung für keine politische hielt.

Die Jugendabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter dem Vorsitz des aus der Jugendgerichtsbewegung bekannten Amtsgerichtsrats Dr. Köhne hat die jungen Leute verurteilt. — In der Urteilsbegründung heißt es: „Schon aus der Anknüpfung war zu ersehen, daß die Versammlung trotz ihrer Bezeichnung als einer unpolitischen, als politische gedacht und beabsichtigt war, denn wenn von Angehörigen der sozialdemokratischen Partei vor der Arbeiterjugend über das Thema: „Ans Vaterland, ans teure schließ Dich an“, gesprochen werden soll, so ist für jeden Beteiligten ohne weiteres klar, daß nicht Ausführungen im Sinne Schillers beabsichtigt sind, sondern im Gegenteil die Absicht besteht, den Hörern zu beweisen, daß bestehende oder vermeintliche Schäden in der Gesehgeltung, Verwaltung und sozialen Gliederung des Volkes dieses Anschließ zurzeit unendlich machen. . . . Es ist ganz deutlich, daß Zweck und Ziel der Veranstaltung dahin ging, die jungen Leute den politischen Ideen der sozialdemokratischen Partei zugänglich zu machen, sie für diese einzufangen, damit sie unmittelbar nach erreichter Volljährigkeit der Partei beitreten und in ihr tätig würden. Wenn das Reichsvereinsgesetz die Teilnahme Minderjähriger an politischen Vereinen und Versammlungen verbietet, so geschieht es zum Teil deswegen, weil es für die Jugend selbst beklagenswert erscheint, im Alter der Entwicklung in die parteipolitische Schablone gespannt zu werden.“

Die Urteilsgründe sind ein Schulbeispiel dafür, zu welchen jeder realen Grundlage entbehrenden Phantasien ein Richter durch seine Weltfremdheit gelangen kann. Der Richter hätte ja die Möglichkeit gehabt, durch Vernehmung der Personen, die den früheren Vortrag gehört hatten, zu erfahren, in welcher Weise das Thema behandelt war. Es wäre ihm dann klar geworden, daß jener Vortrag ganz im Sinne Schillers die Betätigung der Wahrheit gegen andere und sich forderte. Aber was tut es? Gründe sind billiger als Brombeeren, wenn an Stelle der Wahrheit allgemeine der Wahrheit zuwiderlaufende Phantasereien treten.

Die von der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Lichtenberg eingelegte Berufung ist vom Landgericht III verworfen worden. Auch diese Instanz kam zu dem Ergebnis, daß die fragliche Versammlung keinen politischen Charakter hatte.

Wie urteilte das Landgericht I gegen das Erkenntnis mit der phantasiervollen Begründung?

Gegen dies Urteil des Schöffengerichts Berlin-Mitte haben die Angeklagten Berufung eingelegt. Es kam deshalb gestern zu erneuter Verhandlung vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I. Hier vertrat der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, den Standpunkt, daß keine politische Versammlung vorgelegen habe, wie das Landgericht III zutreffend festgestellt habe. Sollte aber jetzt angenommen werden, daß die Versammlung eine politische gewesen sei, dann müsse geprüft werden, ob die jugendlichen Angeklagten die erforderliche Einsicht besaßen hätten, um das zu erkennen. Man könne aber unmöglich annehmen, daß die jungen Leute eine Versammlung, die selbst das Landgericht für unpolitisch erklärte, für politisch halten könnten, um so weniger, da sie ja ausdrücklich zu einer unpolitischen Versammlung eingeladen worden seien und der überwachende Polizeileutnant die Versammlung habe zu Ende gehen lassen, ohne einzuschreiten. Wenn das Gericht heute feststellen sollte, daß die jungen Leute die erforderliche Einsicht besaßen hätten, um zu erkennen, die Versammlung sei politisch gewesen, dann würde damit gesagt werden, daß die Strafkammer des Land-

gerichts III diese Einsicht nicht besaßen habe. — Da aber die Versammlung gar keine politische war, so müßten die Angeklagten freigesprochen werden.

Auch der Staatsanwalt beantragte Freisprechung, weil die Angeklagten sich nicht bewußt gewesen seien, einer politischen Versammlung beizuwohnen.

Das Gericht aber verwarf die Berufung.

Es bleibt also dabei, daß jeder der drei Angeklagten von Besuch der fraglichen Versammlung mit 3 M. zu büßen hat. Das Gericht nahm an, daß die Versammlung eine politische gewesen sei und daß die Angeklagten sich auch dessen bewußt gewesen seien.

Das ist doch wohl etwas viel verlangt, daß jugendliche Arbeiter zu einer zutreffenden Ansicht kommen sollen in einer Frage, in der sich sogar zwei Strafkammern widersprechen. Das Amtsgericht Berlin-Mitte und die 7. Strafkammer haben die Wahrheit nicht erkannt. Und die Jugendlichen sind bestraft, weil sie die Wahrheit erkannten. In Preußen-Deutschland ist demnach die Erkenntnis der Wahrheit strafbar.

Wegen 10 Pfennigen — 3 Wochen Gefängnis.

Wegen eines geringfügigen Beitrages hat sich der Bahnsteigschaffner Eugen Nestor um seine Stellung gebracht und seine herbeigeführt, daß er sich jetzt auch noch unter der Anklage der Unterschlagung und der Urkundenunterdrückung vor dem Strafrichter zu verantworten hatte.

Der Angeklagte war bei der Hochbahngesellschaft als Bahnsteigschaffner angestellt gewesen und zwar hatte er auf dem Bahnhofs Leipziger Platz Dienst zu tun. Bekanntlich besteht auf der Hoch- und Untergrundbahn die Einrichtung, daß Fahrgäste, die versehentlich oder aus anderen Gründen über die Station, bis zu der ihre Fahrkarte gilt, hinausgefahren waren, diese Fahrkarte und den mehr zu zahlenden Betrag des Fahrpreises in einen an der Bahnsteigsperre befindlichen Kasten werfen müssen. Es kommt nun häufig vor, daß Fahrgäste, die es besonders eilig haben, die Fahrkarte und das Geld dem Bahnsteigschaffner auszubändigen, trotzdem dieser die ausdrückliche Instruktion hat, unter keinen Umständen Geld und Fahrkarte anzunehmen. Der Angeklagte war schon früher einmal in den Verdacht geraten, sich die ihm ausgedändigten 3 und 10 Pf.-Stücke angeeignet zu haben. Nach längerer Beobachtung gelang es den Angeklagten auch zu überführen.

Der Staatsanwalt erblickte ein besonders erschwerendes Moment darin, daß der Angeklagte in einem beamtenähnlichen Verhältnis gestanden habe und beantragte 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht hielt nur einen Fall für festgestell und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen.

Vertrauensbruch.

Gegen den Gutbesitzer Karl Griegull hatte gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts II zum zweiten Male eine Anklage wegen Betruges zu verhandeln. Der Angeklagte ist verheiratet. Das verheiratete er einem älteren Fräulein v. J., das er in Berlin kennen gelernt hatte. Ende Februar 1911 verlobte er sich mit der vertrauensvollen Dame. Von seinem Gut in Westpreußen aus schrieb er an sie ab und ab glühende Liebesbriefe, dann lehrte er nach Berlin zurück und erleidete seine „Braut“ erst um 33.000 M., dann um 4000 M., zuletzt um 1500 M. Zu spät erfuhr die Geprüelte, daß ihr „Bräutigam“ verheiratet ist.

Das Gericht hatte den Angeklagten auf Grund der Beweisaufnahme zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die Revision hatte das Reichsgericht das erste Urteil aufgehoben. So mußte die Strafkammer die ganze Angelegenheit noch einmal eingehend erörtern. Die viele Stunden währende Verhandlung endete abermals mit der Verurteilung des Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Unterjuchungshaft.

Schuh der Rollmöpse.

Wegen Uebertretung des Kinderschutzes war Kofyl, der Prokurist einer Berliner Butter-Großfirma (Schraum u. Co.), angeklagt worden, weil ein schulpflichtiger Knabe in dem Betriebe länger, als das Gesetz es zulasse, beschäftigt worden sei. Der Junge hatte nachmittags als Wagenbegleiter (Rollmöpse) mitzufahren. Die Jungen sind den Kutschern beigegeben und die Kutscher haben unterschrieben, daß sie sich verpflichten, ihre jugendlichen Begleiter nicht länger als 3 Stunden (die gesetzliche Zeit außerhalb der Ferien) zu beschäftigen. Den Wochenlohn für die Rollkutschen gibt die Firma den Kutschern.

Das Landgericht Berlin verurteilte den Angeklagten Kofyl. Es sei zunächst davon auszugehen, daß die Jungen nicht als von den Kutschern beschäftigt angesehen werden könnten. Sie seien vielmehr als von der Firma beschäftigt anzusehen. Bei dem Revers, den die Kutscher unterschrieben, handelte es sich nur um ein Schein-Geschaft, um die Firma vorkommenden Falles nach außen zu decken. Da dem angeklagten Prokuristen die Leitung der Expedition oblag, so hatte er für die Uebertretung des Kinderschutzes gemäß § 161 der Gewerbeordnung.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die vom Angeklagten eingelegte Revision. Die Vorentscheidung lasse einen Rechtsirrtum nicht erkennen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	25. 5.	24. 5.	25. 5.	24. 5.		25. 5.	24. 5.	25. 5.	24. 5.
Remel, Tiltz	189	+2	189	+2	Saale, Großh.	110	-10	110	-10
Bregel, Juchenburg	43	+11	43	+11	Havel, Spandau ¹⁾	—	—	—	—
Beißel, Thorn	118	-2	118	-2	Havel, Rathenow ²⁾	19	+2	19	+2
Oder, Rathor	182	-21	182	-21	Spree, Spremberg ²⁾	78	0	78	0
Strosen	117	+4	117	+4	Beelow	82	0	82	0
Frankfurt	118	-6	118	-6	Weser, Minden	166	-2	166	-2
Wartbe, Schrumm	110	-4	110	-4	Minden	247	-1	247	-1
Landenberg	72	-7	72	-7	Rhein, Maximilianbau	434	-2	434	-2
Rehe, Verdamm	-16	-6	-16	-6	Raub	280	-8	280	-8
Elbe, Zeitersitz	-37	-10	-37	-10	Küst	238	-9	238	-9
Dresden	-141	-5	-141	-5	Redar, Dellbrom	70	-4	70	-4
Sachs	113	-1	113	-1	Rain, Qannu	—	—	—	—
Magdeburg	114	+18	114	+18	Wosel, Trier	81	-4	81	-4

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall, - ²⁾ Unterpegel.



Sunlicht Seife

ermöglicht die Herstellung einer sehr billigen, reinen Schmierseife mit ausserordentlicher Reinigungskraft ohne die sonst diesen Seifen anhaftende ätzende Schärfe. Ein halbes Doppelstück feingeschabt löst man in 1-1/2 Liter heissem Wasser unter fleissigem Rühren. Ein viertel Liter genügt zu einem Eimer Wasser!



Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlungen

der sechs Berliner Wahlkreise und für Neukölln.

1. Wahlkreis

in
C. Haberlands Festsälen (früher Dräsel),
Neue Friedrichstraße 35.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Bericht der Revisoren.
3. Bericht der Kommissionen.
4. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionen.
5. Bestätigung der Abteilungs- und Bezirksführer.
6. Verschiedenes.

3. Wahlkreis

im **Dresdener Kasino**, Dresdener Straße 96.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Bericht der Kommissionen und Wahl derselben. 4. Die Verbandsgeneralversammlung und Bestätigung der Delegierten zu derselben. 5. Vereinsangelegenheiten.

5. Wahlkreis

in den **Berliner Musikersälen**,
Reiter-Wilhelms-
Straße 18 m.

Tagesordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Diskussion. 4. Vorstandswahl. 5. Verbandsangelegenheiten.

2. Wahlkreis

im **Hofjäger-Palast**, Hasenheide 52/53.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, sowie Bericht der Kommissionen.
2. Aufstellung der Kandidaten zum Vorstand und zu den Kommissionen zu der am 1. Juni stattfindenden Urwahl.
3. Wahl des Kreisbildungsausschusses sowie des Zentralwahlkomitees.
4. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.
5. Vortrag des Genossen Wilhelm Schenk über: „Die Notwendigkeit der Jugendbewegung“.
6. Kreisangelegenheiten.

4. Wahlkreis

in den
Konzert- und Festsälen, Koppenstraße 29.

Tagesordnung:
1. Vorstands-, Kassen-, Revisions- und Kommissionsbericht. 2. Aufstellung der Kandidaten zum Vorstand und zu den Kommissionen. 3. Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung. 4. Beratung und Beschlussfassung über eingegangene Kreis- und Ausschulungsanträge und Verschiedenes.
Nachstehende Anträge stehen zur Verhandlung:
Einführung eines 25-Pfennig-Wochenabonnements für den „Vorwärts“. — Sammellisten sollen nur bei Reichstags-, Landtags-, Stadterverordnetenwahlen u. Streiks n. v. ausgegeben werden. — § 11 der Ausführungsbestimmungen, Absatz a, soll in Zukunft lauten: Auf je 50 Mitglieder entfällt ein Delegierter. — Anstellung eines Sekretärs. — Dinerje Anträge.

6. Wahlkreis

in den
Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110.

Tagesordnung:
1. Bestätigung der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Wahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionen. 5. Erledigung der gestellten Anträge.

Neukölln

bei **Wartsch**, Germaniastraße 49.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbuch resp. Delegiertenkarte legitimiert!
Die Vorstände.

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 14. Ziehungstag 26. Mai 1913 Nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer aus die Höhe gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Für die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Die Gewinne u. St. M. f. S.) (Nachdruck verboten)

28 133 32 (500) 804 705 945 55 1235 73 424 543 714 48 855 71
2106 497 530 49 (1000) 676 708 42 77 950 922 3141 210 17 77
202 454 623 88 653 4177 540 613 1800 944 48 5140 352 858
834 648 71 743 (500) 508 84 6012 174 218 344 458 939 40 (3000)
635 742 (500) 419 515 721 (1000) 8027 71 198 516 743 34 809
6259 342 864 82 610 43 (1000) 712 35 30 64
10373 425 73 573 715 35 50 82 97 11073 489 676 970 12 462
611 307 26 733 661 13031 271 479 696 755 (1000) 599 14099
41 62 404 84 887 643 945 15113 268 348 411 97 738 16019
81 130 255 (3000) 386 596 644 830 83 928 17026 95 (1000) 253
74 306 (1000) 95 408 44 723 18058 108 69 535 475 50 3 63
201 709 65 929 18007 300 (1000) 400 524 621 44 61 753 630
49 953 71 96
20017 (1000) 141 46 (500) 389 378 445 827 756 21013 63
101 621 69 761 832 22115 221 43 422 98 555 616 730 805
(1000) 99 23090 184 227 507 46 713 901 (500) 24038 63
121 30 585 312 19 (5000) 938 25140 217 35 62 887 807
20014 (500) 35 83 120 654 (500) 81 (1000) 908 919 27129 49
812 648 63 819 67 20010 190 325 (3000) 897 74 84 717 848
638 530 32 29013 49 84 647 54 83 933
20017 219 67 370 487 740 859 31123 333 613 701 22137
40 352 457 683 637 74 757 830 32115 432 (3000) 70 658 771
820 85 34291 32 861 634 (500) 41 747 88 928 34 350 2020
228 530 314 34 (1000) 90 91 744 35000 71 493 813 (3000) 18
904 37096 401 898 38044 103 302 37 324 62 683 726 40 84
80 820 970 99 39118 (1000) 43 329 90 454 (500) 89 648 87 787 87
40061 63 179 306 428 87 5013 83 712 87 95 (3000) 41302
800 32 609 756 628 84 42013 (5000) 144 (1000) 49 86 260
(1000) 424 738 (3000) 59 641 974 43067 73 226 (1000) 378
(500) 97 435 661 806 87 927 44113 168 (1000) 326 51 432
891 700 89 910 23 45304 480 591 734 550 (1000) 880 912 37
48611 65 (1000) 150 55 89 339 436 44 50 676 746 846 (500) 81
919 47038 165 90 237 41 43 (500) 381 73 400 80 (3000) 700
(1000) 878 48113 38 798 48168 (1000) 327 84 385 804 99 73
705 25 853 (3000) 613 46 79 81
80098 100 210 65 (500) 404 32 80 (500) 859 711 82 834
(1000) 51144 350 417 41 604 854 52110 228 382 623 44 952
819 53944 928 89 54081 337 62 401 84 62 85 825 78 800
(500) 730 907 70 55483 877 979 63 58161 73 304 39 (500) 804
797 835 928 24 87004 210 48 348 441 804 25 30 (1000) 786
(500) 85127 304 36 37 (1000) 315 660 738 70 89181 641 838
61 603 15 48 (1000) 888
80041 79 (1000) 281 833 456 81 705 80 (15 000) 88 843
72 826 80 94 80380 (3000) 77 106 388 426 35 83 778 80 851
877 92198 204 494 670 (3000) 75 784 854 938 48 (1000) 83040
599 539 69 741 67 839 957 84169 417 (5000) 648 49 20 88
85070 151 329 425 (1000) 37 654 707 71 97 659 90048 94
88007 208 605 89095 930 794 967
70028 349 (1000) 447 882 904 64 71016 83 120 338 308 47
401 45 82 (75 000) 457 (500) 980 72012 170 318 750 880 87
945 73280 84 416 (3000) 36 750 14 876 78 956 74312 510 11 844
80 78051 118 61 483 822 (3000) 738 808 977 (500) 81 70038
609 80 (10 000) 27013 194 253 63 69 340 454 513 71 (500)
608 33 789 876 76 78080 332 (3000) 455 74 80 (500) 838 803
40 84 64 907 78000 481 640 901 (1000)
80015 94 128 370 684 69 786 87 800 815 87 81006 371
88 89 37 816 80 493 621 34 793 82002 (500) 21 25 104 39
648 794 980 88078 138 231 (1000) 601 775 943 71 812 84236
(5000) 413 512 737 880 85125 159 444 75 800 42 85 73 843
74 80784 88984 89810081 431 773 923 87290 489 836 70
612 60 809 954 80035 219 33 61 720 943 44 70 89130 204
401 603
80014 21 99 306 425 73 (500) 560 732 83 858 81081 285
813 (500) 35 81 424 (1000) 80 807 786 (10 000) 853 82038 105
889 526 966 83181 442 809 748 85 815 39 84031 138 76
86 (500) 348 87 424 629 609 783 864 611 89 56 74 (500)
85021 94 43 47 65 571 89 859 12 28 550 (1000) 89024
137 284 409 15 (1000) 87 81 844 (3000) 800 38 87138 67
137 (500) 41 389 490 634 804 80072 130 95 207 39 38 353
400 13 88 581 612 (1000) 744 947 80011 826 45 704 878 95
101172 200 347 33 486 803 31 74 (3000) 758 824 (3000) 26
(8000) 73 74 91 908 (1000) 64 10374 370 418 56 457 (500)
74 (500) 733 102588 842 45 76 103076 169 75 345 811 66
644 728 34 826 76 104040 291 452 606 776 894 105180
74 600 (500) 271 106031 (1000) 84 83 94 221 318 (500) 17
481 76 514 874 836 107402 36 (500) 855 898 95 841
(1000) 102079 318 20 480 603 85 815 49 400 109035 603 821
110296 74 95 944 (1000) 49 (1000) 94 402 91 60 620 771 98

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 14. Ziehungstag 26. Mai 1913 Nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer aus die Höhe gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Für die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Die Gewinne u. St. M. f. S.) (Nachdruck verboten)

903 25 62 96 11126 440 525 80 83 638 871 (1000) 99 112061
115 276 (1000) 462 72 547 87 438 741 (1000) 98 513 31 942
(1000) 67 11304 255 62 62 408 300 58 624 706 86 79 833 80
11479 436 44 652 61 750 115039 187 293 453 804 32 740 87
88 509 110147 61 852 815 39 938 117150 204 14 321 600 713 821
88 509 110208 173 97 891 405 886 67 694 74 708 91 831 42 940
(1000) 119171 216 348 487 (500) 574 522 35 70 748 74 88
120148 62 335 (1000) 401 818 684 748 870 939 120205 290
887 532 827 (1000) 748 688 801 18 29 48 5000 122040 202
343 (1000) 428 517 27 80 28 33 47 (500) 123028 113 47
327 (1000) 467 (500) 685 887 849 897 (3000) 124034 (500) 39
186 (500) 61 (500) 276 306 40 74 835 640 (500) 774 937 70
125009 40 182 468 890 889 717 876 (1000) 910 123108 249
365 500 727 127058 210 89 (3000) 303 72 85 637 60 737
128091 99 111 21 61 66 3209 84 330 718 129128 306 317
464 517 10 69 71 (500) 98 620 854 926 61
130003 187 73 208 318 436 (1000) 75 826 93 685 822 24
912 (1000) 131338 304 526 (500) 63 520 87 760 88 904 132068
55 413 57 (500) 675 765 79 959 133974 142 210 348 85 412 81
648 794 816 916 134038 236 413 (500) 661 707 500 133804
(500) 43 153 221 69 457 739 513 64 520 133923 63 (3000)
81 415 873 812 31 751 858 63 977 137184 284 28 521 688 888
916 99 80 (1000) 138004 83 287 72 350 42 (1000) 667 959
138003 354 77 493 502 503
140233 131 240 485 848 81 786 885 141278 318 698 715
984 51 142077 601 44 644 78 718 64 91 859 74 143146 235
642 670 79 88 700 144231 358 495 641 600 5 14 726 804
148004 194 697 641 (3000) 823 30 131 148117 201 330 659 13
728 821 979 147266 314 700 23 (500) 78 327 780 148018 17
140 74 800 (500) 18 434 724 56 81 947 87 149142 81 308 305
63 486 (500) 630 46 734 847 (3000) 540 (1000) 47 89 (500)
150040 145 85 314 450 510 55 605 773 81 950 151112 39
353 504 721 84 553 60 974 152220 7 58 78 70 861 85 896
(500) 998 153020 103 580 745 843 154184 369 579 641 (500)
155032 361 424 25 47 731 85 (500) 89 351 58 156026 (500)
82 268 405 (500) 71 790 157534 816 89 818 88 933 70 (500)
158003 150 80 918 61 849 744 78 918 63 93 159045 64 179
284 312 643 797 829 929
160006 125 (1000) 398 838 (500) 18 614 723 288 924 48
160637 172 300 613 (1000) 43 854 776 (1000) 553 162003 91
134 47 80 318 90 580 (3000) 70 439 844 160322 (500) 267 422
89 (1000) 90 703 816 164186 489 85 (500) 603 165810 17 284
668 168002 77 269 838 703 73 99 (500) 789 888 167123
205 424 610 (1000) 38 785 (40 000) 883 950 168064 90 333
404 643 702 80 880 870 92 168886 427 930
170136 97 334 324 44 740 (1000) 927 71 171075 84 233
(500) 381 489 625 733 172006 48 184 238 498 877 733 81 817
35 912 43 173003 186 (500) 273 60 330 520 51 47 738 843 66
174292 319 29 439 538 58 719 804 975 175358 434 673 730
651 178897 354 408 35 84 890 909 803 96 177072 186 281
348 512 25 (500) 710 36 45 178031 180 (500) 358 809 93 (1000)
921 179132 33 83 238 (500) 341 66 33 703 95 839 323
180001 345 63 790 (500) 341 64 82 180038 158 73 309
505 (500) 41 62 344 43 182128 327 (500) 376 458 294 900
180011 73 78 180 (1000) 97 859 333 71 184180 375 332 782
185807 173 220 37 66 310 70 808 12 188001 436 43 85 32
779 869 789 187100 81 332 480 548 838 188037 114 38 273
482 529 738 92 804 87 189133 225 520 485 611 718 28 (1000)
850 918
190004 (500) 268 787 191031 267 88 63 411 833 (500)
670 868 192 130 (500) 207 303 438 96 96 194301 181 193034
(1000) 292 308 82 78 66 664 626 883 901 194203 452 870 82
656 727 93 843 44 90 920 92 195158 410 617 80 736 51 84
1961 97 908 43 48 196000 8 110 81 372 308 (500) 412 31 611
802 814 98 (1000) 197365 318 473 (1000) 700 86 854 (1000) 43
927 198044 148 65 421 80 4000 97 834 (1000) 43 95 678 782
93 981 199075 295 854 62 478 84 201080 128 266 387 (500)
2001 702 302 11 64 84 778 201080 128 266 387 (500)
847 (500) 702 202167 84 329 22 82 424 623 844 924 32
(40 000) 203360 497 660 841 33 204033 130 217 74 420
543 73 852 84 747 71 856 78 205001 82 385 494 551 73 89
787 835 965 206030 330 829 642 772 207128 94 302 433
74 857 95 631 899 95 208028 53 (3000) 254 (1000) 457 530
691 672 86 208184 97 396 562 608 (1000) 888
201000 110 (500) 56 334 74 431 600 41 612 763 917
211800 373 (500) 633 69 702 888 212470 657 70 77 718 93
(500) 821 48 62 83 213015 182 230 305 624 51 695 767 882
641 (500) 214032 51 93 119 (5000) 249 481 601 40 787 603
81 25 216236 89 319 49 481 594 (3000) 689 (1000) 921 75
216099 (3000) 30 213 144 427 812 820 48 (1000) 217018 183
62 92 99 (500) 303 (1000) 477 (500) 829 91 218098 55 135
(300) 311 320 321 33 575 (1000) 795 826 809 19 219047 138
356 311 (3000) 28 437 39 535 867 (500)
220130 467 849 61 (1000) 611 777 815 85 806 45 221008
(500) 61 133 420 65 80 (500) 579 808 56 813 32 64 222195
(500) 285 372 490 684 690 (500) 787 800 (500) 222355 369
(1000) 77 (500) 749 224061 (500) 133 274 309 458 542 734 803
22508 109 35 152 229 489 879 226057 167 352 310 452 (3000)
79 886 788 227011 17 631 76 981 228005 65 596 630 734
881 228036 (500) 71 238 348 808 (500) 47 63 949 (500) 714
(500) 40 78 (500) 62
230186 287 520 82 825 724 868 231058 207 356 85 483
808 811 13 31 61 734 (500) 858 978 232127 (500) 28 30 905
60 (500) 789 233014 107 241 320 409 22 619 840 944

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 14. Ziehungstag 26. Mai 1913 Nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer aus die Höhe gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Für die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Die Gewinne u. St. M. f. S.) (Nachdruck verboten)

224 305 48 427 70 682 (500) 84 889 1011 28 82 287 33 (3000)
34 (3000) 74 322 314 37 59 776 804 39 941 84 (500) 2120 268
326 96 (300) 411 35 528 693 811 (1000) 41 79 2180 98 670 685
95 729 89 808 90 904 40 4008 124 45 (1000) 276 348 483 896 908
86 5028 105 66 207 26 423 41 844 947 63 6031 124 287 335 78
626 30 38 43 842 74 95 903 35 7931 (500) 345 408 695 709 61
913 8048 226 (1000) 77 (1000) 87 577 701 27 61 8134 (1000)
89 302 30 (500) 80 489 612 760 815 84 981 80
100238 38 101 37 291 333 427 718 834 11158 79 373 401
(500) 906 (3000) 641 66 99 898 12001 164 553 (500) 828 78 708
951 13007 349 63 431 74 882 805 (1000) 14042 85 118 34 218
22 407 6

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. d. Berl. Reichstagswahlkreis.
Petarburger Viertel. (Bez. 342, II.)
Dem Wohlwollen zur Nachricht,
daß unsere Genossin
Frau Berta Diesler
geb. 1848
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 27. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
214/2

Sozialdemokratischer Wahlverein
Grünau.
Am Sonnabend, den 24. Mai,
verstarb nach kurzem Kranken-
lager an der Lungenerkrankung
unser Genosse, der Metallarbeiter
Wilhelm Borchert
im Alter von 25 Jahren. Wir
verlieren in ihm einen modernen,
opferbereiten Genossen.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt am
Donnerstag, den 29. Mai, nach-
mittags 5 Uhr, auf dem neuen
Grafen-Friedhof, Neukölln, Her-
mannstraße.
Rege Beteiligung erbetet
Der Vorstand.
201/20

Am 23. d. Mts., nachmittags
3 Uhr, verschied nach kurzem
Leiden unser lieber Vater,
Schwiger- und Großvater
Karl Butry
an Schlaganfall.
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 27. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Sebastian-Kirchhofes,
Reinickendorfer, Humboldtstraße,
aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen
Hanna Korte,
Karl Korte,
Karl Korte,
Stettiner Str. 24.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.
Am 22. Mai starb nach längerem
Kranksein unser aller Verbands-
bruder, der Zigarrenarbeiter
Karl Butry
aus Neumied nach vollendetem
75. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienst-
tag, nachmittags 4 Uhr, von der
Halle des St. Sebastian-Kirchhofes,
Reinickendorfer-Str. aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
157/9 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Sektion Ost- u. Jüterbockstraße.
Bezirk Neukölln.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Einholer
Emil Bergemann
Jüterbockstr. 23
am 24. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 3 Uhr von der Halle
des Mariendorfer Friedhofes aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
142/20
Der Vorstand.

**Verband der Buch- und Stein-
druckerel- u. Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Ortsverwaltung Berlin.
Am 24. d. Mts. verstarb nach
schwerem Leiden unser Mitglied
Hermann Weiland
im Alter von 55 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 27. Mai, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem Wilm-
shofen-Kirchhof, Wilmshofen-
straße, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Zimmerer
Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk O.
Den Schriftgelehrten zur Nach-
richt, daß unser Mitglied
August Kolbe
am 24. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 28. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle
des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
hagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
254/5
Der Vorstand.

Am 24. Mai, abends 6 1/2 Uhr,
verstarb nach langem, schwerem
Leiden mein lieber Mann, unser
geliebter Vater, Bruder und Schwager,
der Maler
Max Schade
Köllner Str. 9.
Um stille Teilnahme bittet im
Namen der Hinterbliebenen
**Ww. Franziska Schade
und Tochter.**
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 28. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Wilmshofen-Kirchhofes,
Wilmshofenstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
207/8

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. d. Berl. Reichstagswahlkreis
Am 24. Mai verstarb unser Ge-
nosse, der Schenkwirt
Max Schade
Köllner Str. 9, Bezirk 176a.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mit-
woch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von
der Halle des Wilmshofen-Kirchhofes,
Wilmshofenstraße, aus auf dem südlichen
Friedhof in der Wilmshofen-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Max Schade
Köllner Str. 9, Bezirk 2,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 28. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Wilmshofen-Kirchhofes,
Wilmshofenstraße, aus auf dem südlichen
Friedhof in der Wilmshofen-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
75/2 Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern des Spar-
vereins „Nord“ die traurige Nach-
richt, daß unser Freund und
Sparbruder
Max Schade
am Sonnabend, den 24. Mai,
nach langem, schwerem Leiden
sanft entschlafen ist.
Wir verlieren in ihm einen
Freund von selten guten Eigen-
schaften. — Sein Andenken wird
sich in Ehren halten.
Sparverein „Nord“.
Unsere Mitglieder die traurige
Nachricht, daß am 24. Mai unser
langjähriger Vereinsmitglied und un-
ser geliebter Freund
Max Schade
nach langem, schwerem Leiden sanft
entschlafen ist.
Sein Andenken werden wir
sich in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Mit-
woch, den 28. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Wilmshofen-Kirchhofes,
Wilmshofenstraße, aus auf dem südlichen
Friedhof in der Wilmshofen-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand
des Arb.-Schwimmvereins Nord.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Am 24. Mai verstarb unser
Vereinsgenosse, der Tischler
Adolf Borkenhagen
(Schöneberg Str. 7, 11a, Bezirk).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 28. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Wilmshofen-Kirchhofes,
Wilmshofenstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
207/8
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Otto Rauch
Schöneberg,
im Alter von 54 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 28. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem alten
Gemeinde-Friedhof in Schöneberg.
Um rege Beteiligung ersucht
237/4
Die Ortsverwaltung.

Hierdurch die traurige Mit-
teilung, daß meine liebe Frau
Hedwig Gernhardt
nach kurzem, schwerem Leiden
verstorben ist.
Dies ist teilnehmend an
Willi Gernhardt.
Die Beerdigung findet statt am
Mittwoch, nachmittags um 3 Uhr
von der Leichenhalle des südli-
chen Friedhofes in Neukölln,
Gottlieb-Dunckel-Straße, aus. 142

**Vornehme
Herren
Kleidung
fertig und nach Maß**
erhalten Sie in der modernen
**Mass-Schneiderei
J. Kurzberg**
Nicht verwechseln
mit ähnlich lautenden Firmen
Gegründet 1898
Auf Wunsch Wochenrate

von
1 Mark
an

Nur:
Rosenthaler Strasse 36
1. Etage.
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstraße,
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz

Vorwärts-Bibliothek.
Eine Sammlung volkstümlicher
Romane und Erzählungen.
— Neuerscheinung —
Mutter.
Ein Frauenschicksal
von J. Ferch.
Preis gut gebunden 1 M.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Linienstr. 83-85.
Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 188. Revisionsmitglied: Amt Norden 1989, 9714.
Montag, den 28. Mai 1913, abends 6 Uhr,
Versammlung
der **Metallschleifer, Galvanisierer, Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen**
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59
(Großer Saal):
Tagesordnung: 118/16
1. Jahresbericht. 2. Neuwahl des Branchenrates und der geleiteten
Kommission. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Mittwoch, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
Versammlung
der **Graveure und Zifeleure**
in den
Corona-Prachtzälen, Kommandantenstraße 72.
Tagesordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Genossen Schütte:
„Vor hundert Jahren“.
3. Diskussion und Verschiedenes.
Mittwoch, den 28. Mai 1913, abends 6 Uhr,
Branchen-Versammlung
der **chirurgischen Branche**
im **Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.**
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Neuwahl des Branchenrates. 3. Branchenange-
legenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Mittwoch, den 28. Mai 1913, abends 8 1/2 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
der **Gold- und Silberarbeiter und verwandten
Berufsgenossen**
im **Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.**
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Bising:
„Werkstatthygiene“.
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Jahresbeitrag Beitrag obiger Versammlungen erbetet
Die Ortsverwaltung.

Schöneberg
Sozialdemokratischer Wahlverein.
Dienstag, den 27. Mai 1913, abends 8 Uhr, in den „Neuen Rathausfälen“,
Meininger Str. 8:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Außerfall der Sonntagswahlen. 2. Bericht der Verbands-Generalversammlung. 3. Vereins-
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Am 22. Urwahlbezirk in der 3. Abteilung steht der Genosse Odenberger August Hinz in Stichwahl. Die
Genossen müssen alles daran setzen um diesen Wahlmann mit zum Siege zu verhelfen. Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.
Unsere Mitglieder zur Nach-
richt, daß der Kollege
Albert Stahn
welcher im Betriebe Englische Wasch-
anstalten beschäftigt war, ver-
storben ist.
Wir werden ihm ein ehrenvolles
Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Dienst-
tag, den 27. Mai, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Wilmshofen-Kirchhofes in der
Köllner Straße aus statt.
24/9
Die Ortsverwaltung.

Anton Bookers Festsäle
Weberstr. 17.
Tel.: Amt Köpenick 13 414.
Empfehle seine Säle zu Versammlungen
und Festlichkeiten jeder Art.
Kleine und große Säle, großer Garten
mit festlicher Theaterbühne sowie
große Vereinszimmer stehen den ge-
ehrten Genschaftern und Vereinen
jederzeit zur Verfügung. Ergaben!
Anton Becker, Weberstraße 17.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
fertigt schnell und billig **Paul
Gross, Lindenstr. 89, Tel. Köpenick 7203.**

Spezialarzt
i. Haut-, Gyn., Frauenleiden,
neurologische, Zahnkrankheiten
u. Co. lang-
u. Co. lang-
Dr. Homeyer
Klinik-
untersuchung, Fäden i. Hernien,
gegenüber
Friedrichstr. 81, Genossenschaft.
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Mittwoch, den 28. Mai 1913,
abends von 5 1/2 bis 8 Uhr:
Urabstimmung
über die
fernere Höhe der Beiträge.
Abstimmungslokale:

1. Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
 2. Ecke, Schönleinstr. 6.
 3. Märkischer Hof, Admiralsstr. 18a.
 4. Bodach, Waldemarstr. 75, im Tunnel.
 5. Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147.
 6. Hermsel, Holzmarktstr. 21.
 7. Merkowski, Andreasstr. 26.
 8. Grünwald, Remise Str. 67.
 9. Prachtzälen des Ostens, Frankfurter Allee 153.
 10. Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5-6.
 11. Docter, Weberstraße 17.
 12. Obiglio, Schwedter Str. 23.
 13. Olische, Köpenicker Str. 74.
 14. Kaczorowski, Radenstr. 6.
 15. Hartmann, Putzstr. 10.
 16. Wiemer, Bülowstr. 57.
 17. Kugler, Neukölln, Weichselstr. 8.
 18. Schenk, Neukölln, Rosenstr. 24.
 19. Hentel, Schöneberg, Meininger Str. 8.
 20. Thunack, Charlottenburg, Wielandstr. 4.
 21. Prälaten, Weichselstr. 122.
 22. Warncke, Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstr. 18.
 23. Becker, Tempelhofer, Berliner Str. 41/42.
- Die Abstimmung wird pünktlich eröffnet und geschlossen.
Stimmrecht sind alle Mitglieder, die nicht mehr als acht
Wochenbeiträge restieren.

Mitglieder-Versammlungen
Mittwoch, den 28. Mai 1913:
Jalousie-Arbeiter
abends 8 1/2 Uhr bei Docter, Weberstr. 17.
Tagesordnung:
1. Der gegenwärtige wirtschaftliche Niedergang. 2. Bericht von der
Generalversammlung.

Bürstenmacher
abends 8 1/2 Uhr bei Preuß, Holzmarktstr. 65.
Tagesordnung:
1. „Ist das Wäckerfischdenkmal in Leipzig ein Freiheits-
denkmal?“ Referent: Kollege G. Späth. 2. Bericht von der General-
versammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

**Perlmutter-, Horn-
u. Steinnußarbeiter**
abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 5.
Tagesordnung:
1. „Die materialistische Geschichtsauffassung und der Klassen-
kampf.“ Referent: Genosse Alth. 2. Bericht von der Generalversam-
lung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Die Kollegen der Firma Crossinsky & Eisenack sind
hierzu besonders geladen.

Donnerstag, den 29. Mai 1913:
Stellmacher
abends 8 1/2 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler
Straße 11/12.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Max Schütte: „Der Allgemeine Deutsche
Arbeiterverein und seine Entwicklung in 50 Jahren. 2. Bericht
von der Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegen-
heiten.“
Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder, Berlin 80. 16,
Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kanntesten Zigaretten zu **Originalpreisen.**
Amt 4, 3014.

Vom Gemeininn der Besitzenden.

Die Opferwilligkeit der Besitzenden ist beinahe überschwänglich, solange sie auf Kosten anderer Leute geübt werden kann; sie vermag hingegen automatisch, sobald das eigene Profitinteresse auch nur von ferne bedroht wird. Dies tritt von neuem in einer Angelegenheit zutage, von der die beiden Nachbarstädte Schöneberg und Wilmersdorf gemeinsam berührt werden. Wilmersdorf hat sich Schöneberg gegenüber verpflichtet, seinen Seepark, der sich an den vor zwei Jahren fertiggestellten Schöneberger Stadtpark anschließt, zu einem bald heranrückenden Zeitpunkt wenigstens teilweise fertigzustellen. Die städtischen Körperschaften zeigen auch den besten Willen dazu, aber sie haben ihre Rechnung ohne die in Betracht kommenden Wilmersdorfer Grundeigentümer gemacht. Es sind dies sämtlich sehr reiche Leute, denen es ein leichtes wäre, der Stadt das für den Park benötigte Gelände beileibe nicht umsonst, sondern zu einem Preise abzutreten, für den anderes Gelände in nächster Nachbarschaft zu dem erwähnten gemeinnützigen Zweck bereits erworben worden ist. Die reichen Grundbesitzer denken aber nicht daran, sondern stellen Forderungen, die drei- bis vierfach so hoch sind wie die bisher von der Stadt berücksichtigten. Nun kann man sagen, daß eine solche Ausnutzung der kommunalen Notlage nichts Verwunderliches an sich hat; Stadt und Staat haben für besonders beschlagene Patrioten ja nur als Ausbeutungsobjekt ein Interesse. Was aber auffallen muß, ist die Stellung der für das Enteignungsverfahren zuständigen Gerichtsinanz. Der Bezirksauschuh, der in dem Streit, den die Stadt gegen vier Anlieger führt, als erste Instanz zu entscheiden hatte, glaubte sich durchaus auf dem Standpunkt der Eigentümer stellen zu müssen. Er billigte ihnen Preise für den in Betracht kommenden Grundbesitz zu, die ungefähr den erhobenen Forderungen gleichkommen. Die Erfahrung lehrt, daß der Bezirksauschuh in Enteignungsverfahren häufig das Privatinteresse ungemein berücksichtigt; und im vorliegenden Falle kann der Wilmersdorfer Magistrat wohl erwarten, daß das Landgericht als Berufungsinstanz die Entschädigungssätze ganz erheblich herabmindern wird. Sind doch Erkenntnisse vorhanden, in denen diese Instanz die vom Bezirksauschuh gutgeheißene Forderung auf mehr als die Hälfte ermäßigte. Aber ein solches Gerichtsverfahren zieht sich gewöhnlich jahrelang hin, und darauf spekulieren die Eigentümer. Nun gibt es allerdings nach dem Gesetz für die Stadtgemeinde den Ausweg, daß sie die vom Bezirksauschuh gutgeheißenen Entschädigungen vorläufig auszahlt und dann das Dringlichkeitsverfahren einleitet. Wer aber bürgt dafür, daß bei der rein persönlichen Fassung der Eigentümer das Geld der Steuerzahler wieder einfließt, wenn die Berufungsinstanz das Urteil des Bezirksauschuhes zugunsten der Stadtgemeinde aufhebt? Man sieht, daß die reichen Grundbesitzer mit dem öffentlichen Interesse nach Wohlgefallen spielen und die Zwangslage der Stadt nach Kräften auszunutzen versuchen. Den Schaden von diesem Verhalten trägt nicht nur die Stadtgemeinde, sondern die gesamte Bevölkerung des Ortes, der eine im Interesse der Volksgesundheit dringend notwendige Anlage dank dem Eigennutz elischer Grundbesitzer vorhalten wird. Für Wilmersdorf kommen insbesondere noch die Unannehmlichkeiten in Betracht, die sich daraus ergeben, daß der Magistrat eine der Stadt Schöneberg gegenüber eingegangene Verpflichtung allem guten Willen zum Trotz vielleicht nicht rechtzeitig erfüllen kann.

Um solchen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, hat der Magistrat sich dieser Tage entschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung mit den Eigentümern einen Vergleich einzugehen. Danach erhält der eine der Grundbesitzer, dem der Bezirksauschuh 456 650 M. zugesprochen hat, 350 000 M., der zweite Eigentümer, dem 746 960 M. zugesprochen sind, 500 000 M., und ein dritter, der laut Urteil 427 850,55 M. erhalten soll, 400 000 M. Für den Fall aber, daß die höheren Instanzen den Eigentümern höhere Summen zusprechen sollten, muß die Stadt ihnen diese nebst Zinsen zahlen.

Am Mittwoch dieser Woche wird die Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Charité und Magistrat

liegen seit langem in Streit wegen der Unterbringung von Geisteskranken. Es besteht zwischen Stadtgemeinde und Charitéverwaltung ein Vertrag, der die Charité zur vorläufigen Aufnahme Geisteskranker verpflichtet und ihr Recht zur späteren Ueberweisung in Irrenanstalten der Stadt regelt. Der Magistrat hat jetzt der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, die die Fortdauer dieses Zustandes als unmöglich hinstellt und um Einwilligung in die Kündigung des Vertrages ersucht.

Als Berlin die Irrenanstalt Daldorf errichtete, erschien es zweckmäßig, noch in der Stadt selber ein „Depot“ zur vorläufigen Unterbringung Geisteskranker zu schaffen. Der Charité wurde die einstweilige Aufnahme aller Geisteskranken aus Berlin gestattet, womit man auch dem Interesse der Charité, ihr zu einem reichhaltigen Interimsmaterial zu verhelfen, entgegenkam. Ein Vertrag von 1879 vereinbarte unter anderem, daß Geisteskrante, bei denen die Fürsorgepflicht der Stadt Berlin atemnach waltet, von der Charité ohne vorherige Genehmigung der Armenverwaltung oder der Irrenanstaltsleitung nach Daldorf zu überweisen sind. Im Jahre 1892 wurde dieser Vertrag, weil das in der Charité eingerichtete „Depot“ nicht mehr nötig schien, dahin abgeändert, daß nur noch aus einem kleinen der Charité umgebenden Stadtteil ihr die Geisteskranken zugeführt werden sollten. Verbleiben wurde die Vertragsbestimmung über das Recht der Charité, die der Fürsorgepflicht Berlins unterliegenden Geisteskranken nach eigenem Ermessen an die Irrenanstalt zu überweisen. Der Magistrat ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß das nicht länger aufrecht erhalten werden kann.

Die Vorlage führt aus, an dem neuen Vertrag von 1892 habe von vornherein mehr als die Stadtgemeinde die Charité ein Interesse gehabt, da er ihr immer noch eine Quelle für Interimsmaterial sicherte. Der Charitédirektion könne aber der Vorwurf nicht eripart werden, daß sie dauernd jene Vertragsbestimmung zum Schaden der Stadt mißbraucht, indem sie immer wieder auch Geisteskrante, die der Fürsorge der Stadt Berlin nicht unterliegen, im besonderen Auswärtige, in die Anstalten der Stadt abführt. Der Magistrat hat sich dagegen geweigert, der Charité die Kosten für solche Kranken zu erstatten und diese zur weiteren Fürsorge auf die Stadt zu übernehmen. Daraus sind zahlreiche Konflikte zwischen Stadtgemeinde und Charité entstanden. Mehrfach hat der Magistrat die Charité auf den Klageweg verwiesen, sie hat aber versucht, durch die

Kommunalaufsichtsbehörde die Stadt zur Uebernahme auch solcher Kranken anhalten zu lassen. Der Oberpräsident hat die Beschwerde der Charité zurückgewiesen und ihr Verschleppung des Rechtsweges anheimgestellt, sie hat aber dann die Polizei dazu benützt, abgelehnte Kranke den Anstalten der Stadt zu überweisen. Der Polizeipräsident hatte früher bereits zugefagt, derartige Ueberweisungen nicht mehr auszuführen, doch ist das neuerdings wieder in zahlreichen Fällen geschehen. „Wir haben“, sagt der Magistrat in seiner Vorlage, „deswegen Beschwerde erhoben, da der Polizei zu einem Eingreifen jede gesetzliche Autorität fehlt. Sie magt sich nach unserer Auffassung vielmehr die vorläufige Entscheidung in einer Rechtsfrage an, über welche ausschließlich die Gerichte zu befinden haben. Wir haben ferner unsere Anstalten angewiesen, derartige Zuführungen seitens der Polizeibehörden nicht zu dulden, sondern es auf Zwangsmahregeln der Polizei ankommen zu lassen, damit wir in der Lage sind, die Frage zum Austrag vor den Verwaltungsgerichten zu bringen.“ Dem Magistrat sei es, fährt er in seiner Vorlage weiter aus, bei Fortdauer des Vertrages nicht möglich, die auswärtigen Geisteskranken den Anstalten der Stadt fernzuhalten. Wiederholt sei Zuführung sogar erfolgt, obwohl die Armenverwaltung ausdrücklich widersprochen. Günstige Vorstellungen bei der Charitédirektion seien erfolglos geblieben, auch Androhung der Vertragskündigung habe nicht genügt, eine Beschwerde an den Minister solle noch beantwortet werden. Der Magistrat will daher jetzt den ganzen Vertrag beiseitigen und ist entschlossen, sogar vor Ablauf der Kündigungsfrist von ihm zurückzutreten, wenn nach erfolgter Kündigung erneute Verhandlung gegen jene Vertragsbestimmung vorkommt. Der Magistrat ist zu diesen Beschlüssen gelangt, weil er in den geschilderten Zuständen eine unerträgliche Belastung der Berliner Kommune sieht.

Die sonstigen Beziehungen zwischen Stadt und Charité, wie sie aus den Vorstufen der Kabinettsorder von 1895 sich ergeben, werden durch die Aufhebung des Vertrages nicht berührt. Nach wie vor muß die Charité für die Kranken der Stadt jährlich 100 000 M. Verpflegungstage leisten. Die Vorlage schließt mit der Versicherung, daß die Stadt wie bisher durchaus bereit sei, den Bedürfnissen der Charité nach ausreichendem Interimsmaterial Rechnung zu tragen, soweit das den Interessen der Stadt nicht widerspricht. Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenwirken mit der Charité sei aber die Forderung, daß die Charité, soweit sie Leistungen der Stadt beanspruchen will, den aus dem Gesetz sich ergebenden Rahmen der Berliner Armenpflege ausreichend respektiert.

Partei-Angelegenheiten.

Neuland. Heute abend findet bei Partsch, Hermannstr. 49, unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Diskussion. Neuwahl des Gesamtvorstandes und Stellungsnahme zur Kreis-Generalversammlung am 8. Juni.

Pantow. Die heute fällige Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet umständlicher nicht statt.

Adlerhof. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Kaut, Bismarckstr. 16, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 3. Anträge und Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes.

Nieder-Schönhausen-Kordend. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Ranke, Charlottenstraße, Ecke Beuthstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht der letzten Verbandssitzung sowie der Kreisgeneralversammlung. 3. Die stattgefundene Landtagswahl. 4. Verschiedenes. Der Frauenleseabend fällt diesen Monat aus; die Genossinnen wollen deshalb an der Versammlung teilnehmen.

Königental, Hesperid, Buch. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Lange, Siemenstr. 9: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Landtagswahlen. 2. Abrechnung von der Kasse. 3. Bericht von der Kreisversammlung. 4. Bericht von der Generalversammlung. 5. Parteiangelegenheiten. 6. Verschiedenes. Zahlreiche und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Hochzeits-Ausstellung.

Die Hohenzollern-Spektakelwoche liegt glücklich hinter uns. Es ist aber auch die höchste Zeit, daß die bizantinische Lindenzäum-Galerie aus der Festwoche allmählich wieder zur Bestimmung kommt. Sonntag und gestern gab's noch ein Nachspiel, und zwar aus Anlaß der Ausstellung der Hochzeitsgeschenke und vor allem der Brautkleider im Kunstgewerbemuseum. Tausende, Zehntausende laufen hin, lassen sich von Schuppleuten in Reih und Glied schieben, harren stundenlang des wohnsamen Augenblicks, einen winzigen Teil der Schätze der Großmächtigen sichtlich bewundern zu dürfen. Am Mittag ist der Zutritt zu dem Land gestattet. Schon um 9 Uhr stehen Hunderte da. Mit jeder Viertelstunde schwillt die Gassenfülle an bis die westliche Prinz-Albrecht-Straße einer Menschenmauer gleicht. Selbst der Vorplatz des Abgeordnetenhauses ist dicht besetzt. Der Fahrverkehr stockt. Man sieht fast nur Frauen, durchweg elegant gekleidete Frauen, die sich drüben auf der Museumsrampe wie die Bahnsünnigen gebärden. Das große Schupplemannsangebot ist gegenüber den mehr kriegerisch als sonst was gekleideten Bürgeramazonen fast machtlos. Auf der Freitreppe stehen noch fünfzig Fußpolizeier in Reserve. Ränder Bedrohung wird unter wütendem Protest vorweg eingelassen, und schließlich wird der überwachende Polizeileutnant ungeschicklich. Ritten unter der edlen bürgerlichen Weiblichkeit hat ein volles Dugend Verittener Posto gefaßt. Ein herrliches Vergnügen muß es sein, diese freischwebenden, schubsenden, aufeinandergepreßten, schwindenden Menschenleiber unter — Apfelsäuren! Ja, was tut man nicht alles aus „inniger Anteilnahme“! Nur immer etwa 40 Frauen werden in auffallend großen Zeitabständen eingelassen. Dann drängt das Amazonenheer mit wütendem Geschrei gewaltsam vor. Die Schuppleute müssen sich anfassen, um nicht niedergetrampelt zu werden. Kostbare Hüte und Kleiden werden verbeult, geknickt, elegante Roben zerrissen... alles aus Patriotismus. Sie weichen und wanken nicht, die kompakt gekleideten Frauenmassen. Ohnmächtige sind gar nicht heraus zu holen, keinen Zoll Boden gibt die Blüte des Bürgerturns frei. Von einem Kollwagen schallt's herunter: „Neht lieber nach Hause und stoppt Strümpfe!“ Trennendes Gelächter erhebt sich... sie lachen sich selbst aus. So stehen sich die Nachtstür bis zur fünften Stunde, als die Museumslokale schließt zum Zeichen, daß es für heute

mit dem Ableben der Hochzeitsfeier vorbei ist. Und wenn man ein paar Dugend verirrte Frauengestalten sieht, die das Hochzeitsmunder „unseres Prinzeßchens“ geschaut haben, so wird grenzenloses Mitleid rege mit diesen Armen im Geiste.

Eine Erinnerung taucht auf. An der Mauer stehen auch Tausende, standen hier schon die ganze Nacht hindurch. Nicht zum Vergnügen, nicht aus Neugier... nein, vor Hunger. An der Berliner Freibank war's, wo die Tausende sich drängten, um für Pfennige ein Stück minderwertiges Fleisch zu ergattern. Von dem Wert der Hochzeitschätze, hingeben an Menschen, die mehr als Ueberfluß besitzen, hätten alle die Tausende, die hungerten und heute noch hungern, lange Zeit gesättigt werden können.

Unfälle vor dem Kunstgewerbemuseum.

Eine bürgerliche Korrespondenz berichtet: „Zu einem geradezu beängstigenden und gefahrdrohenden Gedränge haben heute Montag vormittag vor dem Kunstgewerbemuseum in der Prinz-Albrecht-Straße die Menschenansammlungen geführt, welche durch die öffentliche Schauausstellung der Brautausstattung der Prinzessin Viktoria Luise angeleitet waren. So sehr man das Interesse weiter Kreise, insbesondere der weiblichen Großstadtbewölkerung verstehen kann, so muß es doch Befremden, zu hören, was sich nicht nur während der Stunden, in denen das Museum geöffnet ist, zugetragen hat, sondern auch, daß sich zahllose Damen selbst der guten Gesellschaft finden konnten, die bereits um 5 Uhr morgens von der zum Eingang emporkührenden Rampe Besitz ergriffen hatten, obwohl das Museum erst um 10 Uhr vormittags geöffnet wird. Im Laufe des Morgens und des Vormittags schwoh trotz der sich bemerkbar machenden großen Schwüle die Menschenmasse, fast durchweg aus Frauen bestehend, derartig rapide an, daß 80 Schuppleute zu Fuß und 6 Verittene mit 2 Offizieren aufgeboden werden mußten, um die sich zum Teil in wenig erbaulicher Weise drängende und stoßende Frauenmenge in Schach zu halten. Der unbefangene Beobachter sah kopfschüttelnd diese Tausende von Frauen jeden Standes sich in dem lebensgefährlichen Engpaß der Rampe vorwärts quetschen, und bald erlegnete sich, was nicht ausbleiben konnte. Das Gedränge wurde zu einem Kampf aller gegen alle, bei dem Hüte, Frisuren, Plüsches in Fetzen gingen. Die Folge war, daß die von Anfang bis zu Ende äußerst langmütige Polizei Nordens von je 5 Schuppleuten in die Menge postierte, die nun ihrerseits dem wilden Andrängen der mit hochroten und verzerrten Gesichtern um ihr bißigen Flag kämpfenden Frauen einen Damm entgegenzusetzen versuchten. Vergeblich! Es mußten erst Unglücksfälle und schwere Ohnmachten entstehen und nach Arzt und Krankenwagen gerufen werden. Fünf Damen erlagen an der Stelle, wo die Sonne zwischen Kunstgewerbe-Museum und Völkerkunde-Museum den wühlenden Schatten der Gebäude durchbricht, der unerträglichen Schwüle, und brachen zum Teil unter Schreikrämpfen zusammen. Sie mußten auf Anordnung der inzwischen herbeigerufenen Ärzte der Unfallstation in der Eichhornstraße und des Hauses der Abgeordneten, nachdem sie im kühlen Vorraum des Parlamentshauses gelabt worden waren, mit Drosglen fortgeschafft werden. Inzwischen steigerte sich die Hitze und damit die Zahl der Ohnmachtsfälle und so hatte der mittlerweile requirierten Wagen des Verbandes für erste Hilfe reichlich zu tun, um Erkrankte fortzubringen. Obwohl die angesammelten Frauen mit eigenen Augen sahen, was ihnen eventuell bevorstand und obwohl sich Offiziere und Aufsichtsbeamte mit Lammesgebild Mühe gaben, die Menge zu berrnünftigen Verhalten zu ermahnen, wich und wankte kein Mensch. Jedesmal aber, wenn wieder ein neuer Trupp in das Museum Einlaß fand, erneuerte sich der Gefahrenpunkt durch wildes und rücksichtsloses Stoßen und Drängen. Und wer das „Glück“ hatte, sich bis zum Verlassen des Museums nach Besichtigung des Trouffeaus hindurch zu kämpfen, der kam am anderen Ausgange in der Königgräber Straße und in der Prinz-Albrecht-Straße als „Brad“ zum Vorschein. Schachmatt mit zerrissenen Kleidern und Hüten lehrten sie in das behagliche Heim zurück.“

Zur Polizeihund-Gefahr

wird uns ein neuer Fall bekannt. In der letzten Woche gab es im Treptower Park wieder mal eine sogenannte Razzia, bei der auch Polizeihunde benützt wurden. Wenn sie galt, ist nicht recht klar; hineingeraten kann aber in so ein Stelletreiben jeder Parkbesucher. Das Befremdliche dabei ist, daß — wie schon öfter im Treptower Park — diese Razzia nicht etwa in der Nacht, sondern am hellen Tage in den Mittagsstunden veranstaltet wurde. Da können auch Erholungssuchende, wenn sie keine die Polizei befriedigende Legitimation bei sich haben, sich den Unannehmlichkeiten ausgesetzt sehen, die der Transport zur Wache mit sich bringt. Es sollen wieder zahlreiche Personen fiktirt worden sein, die dann gemeinsam in geordnetem Zuge dem Treptower Rathaus zugeführt wurden, wo man ihre Personalien feststellte. Wir wissen nicht, wer die Razzia für nötig gehalten und angeordnet hat und welche Polizeibehörden an der Ausführung beteiligt waren. Es scheint aber, daß auch Beamte der Treptower Gemeindepolizei mitwirkten.

Ein Mann, der gleich anderen ein Opfer dieser Razzia wurde, erzählt Wunderbares über seine Erlebnisse. Auf einer Bank sitzend sei er von einem Beamten in Zivilkleidung, der eine Art Legitimationskarte vorwies, kurz aufgefordert worden, seinerseits sich zu legitimieren. Weder mit der Invalidentarte, noch mit einer amtlichen Wählerkarte, die er bei sich hatte, habe er den Beamten zufriedenstellen können, so daß er genötigt war, ihm zu folgen. Es seien dann zwei andere Männer in Zivilkleidung, vermutlich gleichfalls Beamte, dazugelommen mit Hunden, in denen er Polizeihunde vermuten mußte. Diese Männer hätten sich seiner sofort angenommen und sich an dem Transport so energisch beteiligt, daß er über ihren aufgeregten Eifer ganz verblüfft war. Die Polizeihunde, die aus dem Verbalten ihrer Führer wohl schlössen, daß sie einen gefährlichen Verbrecher vor sich hätten, seien auf ihn losgesprungen, wobei sie zupackend ihm Kopf und Nase zerrissen. Als er sich über diese Attade beklagte, sei ihm geantwortet worden: „Sie sehen doch, daß das Diensthunde sind.“ Wie wenn man sich gefallen zu lassen brauchte, daß „Diensthunde“ der Polizei einem die Kleider zerreißten! Das Ende vom Liede war, daß der Mann obenein gefesselt wurde und so den Weg zum Treptower Rathaus antreten mußte.

Solche Razzien mögen der Polizei nötig scheinen, um die „Sicherheit“ im Park zu wahren. Aber für den, der als harmloser Passant hineingerät, sind sie eine schlimme Veräufung, die ihm und anderen den Besuch des Parks gründlich verleben kann. Auch wer stets eine ausreichende Legitimation bei sich trägt, wird schließlich kein Verlangen danach haben, sich seinen Spaziergang — jene Razzia fand, wie gesagt, um die Mittagszeit statt —

In dieser Weise führen zu lassen. Werden gar Polizeihunde dazu benutzt, so kann die „Sicherheitsmaßregel“ zu einer Quelle der Unsicherheit werden und die Belästigung geradezu in eine Gefahr für das erholungsreiche Publikum ausarten. Nach den Erfahrungen, die mit Polizeihunden gemacht worden sind, hat die Bevölkerung allen Grund, mehr Schutz vor Polizeihunden zu fordern. Daß übrigens in der Zeit der Zollwaufrucht und der polizeilich angeordneten Hundepferre die Polizeihunde ohne Maulkorb umherlaufen dürfen, darüber wundern sich andere Hundebesitzer nicht wenig.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir feststellen, daß zu unseren Mitteilungen (in Nr. 194) über die Polizeihundaffäre im Friedrichshain das Polizeipräsidium sich bisher nicht geäußert hat. Herr v. Jagow ist sonst rasch zu „Berichtigungen“ bereit, aber diesmal scheint er schweigen zu wollen. Hält er es nicht für nötig, die Bevölkerung darüber aufzuklären, wie das von uns geschilderte Wüten eines Polizeihundes möglich geworden ist? Wenn der Hund nicht toll war, wird dann der Schutzmann, der ihn führte, von seiner Behörde zur Rechenschaft gezogen werden?

Ein Stückchen Wohnungspolizei.

Die Staatsregierung hat nunmehr dem Oberbürgermeister der Stadt Berlin bezw. dem für diesen zu bestellenden Stellvertreter vom 1. Juli 1913 ab die Ortspolizei-Verwaltung auf dem Gebiete der Wohnungspolizei widerruflich insoweit übertragen, als ihm die Befugnis zusteht, innerhalb der gesetzlichen Grenzen bei etwaigen Widerstände der Hauseigentümer oder der Wohnungsinhaber zur Erzwingung des Zutritts der mit der Wohnungsaufsicht betrauten städtischen Beamten zu den Wohnungen Zwangsverfügungen gemäß §§ 132 ff. des Landesverwaltungs-Gesetzes vom 30. Juli 1883 zu erlassen.

Waffenabfütterung.

Bei der Hochzeit der Kaiserstochter am letzten Sonnabend sind 1100 Personen im Schlosse zum Essen gewesen und haben sich dort gelächelt. Je nach Rang und Stand wurden die zum Essen Geladenen in die einzelnen Räume verteilt und demnach abgefüttert.

Welche Summe mag dieser eine Abend verschlungen haben?

Zur Landtagswahl.

Nicht zustande gekommen sind in verschiedenen Wahlbezirken Wahlen von Wahlmännern für die 1. und 2. Abteilung. Der Magistrat hat für die in Betracht kommenden Wahlbezirke für den 28. Mai Neuwahlen ausgeschrieben und zwar für folgende Wahlbezirke:

1. Wahlbezirk. Im 62. Wahlbez., 2. Abt. für 1 Wahlmann; im 66. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann; im 72. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann; im 100. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann; im 109. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann; im 1163. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann.
2. Wahlbezirk. Im 20. Wahlbez., 2. Abt. für 1 Wahlmann; im 22. Wahlbez., 2. Abt. für 1 Wahlmann.
5. Wahlbezirk. Im 312. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann; im 335. Wahlbez., 2. Abt. für 1 Wahlmann; im 347. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann.
8. Wahlbezirk. Im 810. Wahlbez., 2. Abt. für 1 Wahlmann; im 925. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann.
9. Wahlbezirk. Im 933. Wahlbez., 2. Abt. für 1 Wahlmann; im 1062. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann; im 1436. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann.
10. Wahlbezirk. Im 1074. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann.
12. Wahlbezirk. Im 1244. Wahlbez., 1. Abt. für 1 Wahlmann; im 1303. Wahlbez., 2. Abt. für 1 Wahlmann.

Von brütenden Adlerweibern im Zoo erzählt der „Berliner Lokalanzeiger“ seinen Lesern. Noch niemals sollen Adler in der Gefangenschaft Junge zur Welt gebracht haben. Die Berliner Zooverwaltung habe nun den beiden Adlerfrauen ohne Mann, die sich mühsam ein Nest bauten, zur Anerkennung für die Frühlingsproduktion eines Brutastes ein paar — Enteneier untergelegt. Sollte es zum Brüten kommen, dann werden es sicher byzantinische Zergewässerungs-Eier, wie solche das Scherblatt für sein geistig anspruchsvolles Publikum während des Berliner Hochzeitsfestivals massenhaft ausbrütete. Den Scherleuten ist es sogar zugutrauen, daß die wunderbare Geschichte aus der Kinderstube des Zoo eine „innige“ Anspielung auf den preussischen Adler sein sollte.

Karl Wutry.

In einem Alter von 75 Jahren ist der in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung Berlins bekannte Genosse Karl Wutry gestorben. Der Verstorbene trat in den 60er Jahren in die proletarische Bewegung ein, weil er erkannte, daß die von den „Hilfs“-Dankreichen gepredigte Harmonie zwischen Kapital und Arbeit eitel Humpung war. Seitdem hat Wutry in der tatkräftigsten und opferfreudigsten Weise für die Arbeiterbewegung gewirkt. Von Beruf Tabakarbeiter, ließ sich Wutry die Wahrung der Interessen seiner engeren Berufskollegen besonders angelegen sein. Nebenbei, wo es galt, für die schicksal losen Tabakarbeiter zu wirken, ihre Lage zu verbessern, war der Verstorbene zu finden. In allen Kämpfen stand er mit in vorderster Reihe. In wirksamer Weise führte er vornehmlich die schweren Kämpfe der Tabakarbeiter gegen die Steuervorlagen der Regierung, die auf eine Besteuerung des Tabaks und Verteuerung der Gemahnteil breiter Volksmassen hinausliefen und schwere Gefahren für die Tabakarbeiter in Bezug auf Entlohnung und Beschäftigung Hunderttausender von Berufskollegen in sich bargen. Und wenn so mancher Mitstreiter müde beiseite trat, ermahnte Wutry nimmer. Immer war er auf dem Posten mit Zähigkeit und Ausdauer. Das gilt auch für die politische Bewegung. Wo es galt für unsere Sache zu kämpfen, verlagte Wutry nie. In den letzten Jahren ging das nicht mehr so wie früher, weil die Kräfte mit dem Alter abnahmen. Aber auch noch in dieser Zeit war Wutry für seine Berufskollegen tätig, solange er irgend konnte. Ihm fehlte etwas, wenn er sich nicht betätigen konnte. Am Sonnabend hat der Tod seinem Wirken ein Ziel gesetzt. Die Arbeiterbewegung Berlins und insbesondere die Tabakarbeiter sind dem Toten verbunden. Alle, die den draven Genossen gekannt haben, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr auf dem Sebastian-Kirchhof in Reinickendorf statt.

Ein Siebzigjähriger.

Heute feiert wiederum ein alter Kämpfer unserer Bewegung, der in Charlottenburg und Berlin bekannte Bezirksvorsteher Genosse Ador Rosenthal seinen hiesigsten Geburtstag. Derselbe ist am 27. Mai 1843 zu Danzig geboren, siedelte im Jahre 1868 nach Berlin über und ist seit 15 Jahren ununterbrochen in Charlottenburg; er trat im Jahre 1863 sofort der sozialdemokratischen Partei bei, kam in engsten Beziehungen zu den Genossen Max Kayser, Theodor Wehner, Ignaz Kuer, Ed. Bernstein, Heintz u. a. Auch das Sozialistengesetz ging nicht an Rosenthal vorüber und bereitete ihm diese Stunden durch Hausdurchsuchungen und sonstige Schikanierungen. Manchen ausgewiesenen Genossen hat er mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Für Jubiläum bekleidet noch heute das Amt eines Bezirksvorstehers und sonstige Ehrenämter in Charlottenburg in dem Wahl-

verein Charlottenburg ist er seit Jahren Revisor, auch Kandidat bei den Stadtverordnetenwahlen.

Möge es unserem wackeren Genossen Ador Rosenthal noch vergönnt sein, viele Jahre für unsere Partei zu wirken und zu streben.

Doppelselbstmord von Ostel und Richte. In der Nähe von Köpenick wurden gestern vormittag die Leichen des Kronenaffenkontrollieurs Timus aus der Birchowstr. 8 in Berlin und seiner 20 Jahre alten Richte Klara Schimming aus der Reichenberger Straße aus der Spree gelandet. Wie berichtet, hatten sich beide am vergangenen Dienstag in den Langen See gestürzt, da Frau Timus von dem Liebesverhältnis zwischen Ostel und Richte Kenntnis erhalten hatte. Die beiden Leichen, die mit einem Strick zusammengebunden waren, wurden polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhanse in Köpenick gebracht.

Auf die Taschendiebe an den Straßenbahnhaltestellen sollen auch die Angestellten der Straßenbahn aufpassen. Der Polizeipräsident hat folgende Bitte an das Fahr- und Aufsichtspersonal der Großen Berliner Straßenbahn gerichtet: „Der in letzten Jahren gesteigerte Jargon von internationalen Taschendieben und die damit für das Publikum verbundene Unsicherheit lassen es geboten erscheinen, in erhöhtem Maße gegen diese Diebe vorzugehen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß der größte Teil der begangenen Taschendiebstähle an den Haltestellen beim Besteigen der Wagen ausgeführt wird. Meistenteils herrscht dann ein lebhaftes Gedränge, so daß es den Taschendieben leicht gemacht wird, ihre Arbeit auszuführen. Da naturgemäß nicht an allen gefährdeten Punkten Kriminalbeamte zur Beobachtung von Taschendieben aufgestellt werden können, bleibt eine große Anzahl von Diebstählen unaufgeklärt. Zeigt doch das Publikum selbst beim Besteigen der Wagen eine große Sorglosigkeit, die den Dieben ihre Tätigkeit nur erleichtert.“

Es wäre im Interesse der Sache freudig zu begrüßen, wenn die Schaffner die Tätigkeit der Beamten unterstützen, bezw. selbständig eingreifen wollten. Es ist schon öfters vorgekommen, daß Schaffner die Bahnnehmung gemacht haben, daß an besonders gefährlichen Stellen immer wieder dieselben Leute sich unter das, den Wagen besteigende Publikum drängen, ohne aber selbst den Wagen zu besteigen.

Die Straßenbahnschaffner werden daher gebeten, gegebenenfalls auf verdächtige Personen zu achten und im Falle, daß diese eine strafbare Handlung begangen haben, ihre Festnahme zu veranlassen. Für die Fälle, wo mit Hilfe eines Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn Taschendiebstahl ergriffen werden, wird eine entsprechende Belohnung in Aussicht gestellt.“

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einer Pferdewandse ereignete sich am gestrigen Montagmorgen gegen 3 Uhr am Kaspianischen Platz. Dort wollte eine Pferdewandse die Schienen unmittelbar vor einem heran-nahenden Wagen der Linie 14 kreuzen, wurde jedoch erfasst und so heftig bei Seite geschleudert, daß der Aufsicht Otto Wesel vom Kopf herge und schwere Verletzungen, insbesondere eine Gehirnerschütterung erlitt. Der Verunglückte wurde in benutzlosem Zustande in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

In der Havel ertrunken.

Ist am Sonntag der jugendliche Arbeiter Walter Kurze, Kiehlholzstraße 15a wohnhaft. Der junge Mensch hatte gemeinsam mit einer Jugendabteilung Süd-Ost einen Ausflug nach Stolpe unternommen. Unterwegs ging er mit noch einem jungen Mann bei Henningsdorf an die Havel, um zu baden. Als sich Kurze inmitten des Gewässers befand, sank er plötzlich in die Tiefe. Nach einkündigem Suchen gelang es, die Leiche des Ertrunkenen zu bergen. Allem Anschein nach ist der junge Mensch von einem Herzschlag erlitten worden.

Geschehert. Einem Stadtbahnpassagier ist am Sonnabend abend auf der Fahrt von Friedrichshagen die Uhr aus der Bresttasche gestohlen worden. Die Uhr trägt die Nummer 4855 196 P. Vor-kommendenfalls ist dem nächsten Polizeibureau Anzeige zu erstatten.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Aus der Magistrats-Sitzung. Um die Abhaltung der bevorstehenden Sportfeste auf dem Herzbergplatz zu ermöglichen, soll die Rosenbahn nach Aufgabe des Projekts des Gartendirektors sofort auf der nördlichen Seite verlängert werden. Die weitere Ausgestaltung des Herzbergplatzes gemäß dem vorgelegten Projekt soll in diesem Jahre nicht mehr zur Ausführung gebracht, sondern nach entsprechender Vorbereitung in den zuständigen Deputationen für das nächste Jahr in Aussicht genommen werden. Das auf der nördlichen Seite der Wegherstraße belagene städtische Grundstück soll durch Aufstellung eines Parkes in der Weise geteilt werden, daß der engere Teil als Spielplatz für jüngere Kinder und der breitere Teil ausschließlich als Platz für Sportspiele Verwendung finden kann. Die Straßenreinigungsgesellschaft wird beauftragt, den Sportplatz von Steinen und anderem Material zu säubern und ihn auch regelmäßig in Ordnung zu halten. Der Magistrat erklärt sich mit dem vom Tiefbauamt vorgelegten Entwurf für die Veränderung der Fluchtlinien zwischen Tempelberger Straße und Straße 35 sowie Weigandstraße einverstanden und stimmt einer entsprechenden Erweiterung des Hofens der Gas-anstalt zu.

Charlottenburg.

Vortrag. Mittwoch, den 28. Mai, pünktlich 1/2 9 Uhr, findet im Volkshaus, Rosinestr. 8, ein Vortrag der Genossen Dunder statt: „Ueber gegenseitige Hilfe in der Tierwelt.“ Der Eintritt ist unentgeltlich. Es wird erwartet, daß sich vor allem die jugendliche Arbeiterschaft recht zahlreich beteiligen.

Für die Hinterbliebenen der verunglückten vier Sanifikationsarbeiter soll — nach einer der am Mittwoch stattfindenden Stadtverordnetenversammlungen zu unterbreitenden Magistratsvorlage — noch in der Weise gesorgt werden, daß die Stadt den Witwen widerrufliche Zuschüsse zu den Reichsversicherungsrenten zahlt. So sollen zwei der Witwen je 850 M. und die dritte Witwe 200 M. Zuschuß zu ihren Renten erhalten. Danach würden bezüchlich — nach den Verdiensten der Verunglückten berechnet: eine Witwe mit drei Kindern 1042 M., die zweite Witwe mit drei Kindern 1044 M. und die dritte Witwe mit zwei Kindern 882 M. — Außerdem zählte die Stadt zum Begräbnis eines jeden der Verunglückten 200 M.

Schöneberg.

Im 92. Wahlbezirk 2. Abteilung ist der Genosse Osenleher August Hinz ausgelost worden. Darum ist notwendig, daß alle Genossen und Wähler nochmals am Dienstag, den 27. d. M., nachmittags von 2—3/2 Uhr, an der Stichwahl sich beteiligen und zeitig zur Wahl gehen.

Friedenau.

Eine Verschlechterung der Geschäftsordnung verfaßt der Gemeindevorstand in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung durchzusetzen. Nach der geltenden Ordnung müssen Vorlagen und Anträge einer nachmaligen Kommissionsberatung unterzogen werden, wenn es von mindestens vier Mitgliedern der Gemeindevertretung verlangt wird. Diese Bestimmung, von der bei der miserablen Beschaffenheit fast aller Vorlagen des Gemeindevorstandes unsere Genossen gemeinsam mit zwei bürgerlichen Vertretern des stieren Gebrauch machen mußten, bereitete den Herren des Gemeindevorstandes naturgemäß großen Kummer. Da man, wie die Herren Walger und Brochmann sich ausdrückten, von vier Mann sich nicht terrorisieren lassen könne, müsse in dieser Bestimmung die Mitgliederzahl der Antrag-Inserenten vermindert werden. Genosse Richter wandte sich entschieden gegen jede Verschlechterung der Geschäftsordnung, insbesondere aber gegen eine Verminderung in der vorgeschlagenen Richtung. Er wies darauf hin, daß gerade in Friedenau, wo in den Vorlagen des Gemeindevorstandes niemals eigene Gedanken verarbeitet, sondern alles abgeschrieben würde, den wenigstens denkenden und arbeitenden Mitgliedern der Versammlung die Möglichkeit bleiben müsse, eine sorgfältige Durchsicht der Vorlagen in einer Kommission zu erzwingen. Wer nicht im Kopfen und Stellen von Schlüsseln seine Aufgabe als Gemeindevorsteher als erschöpft ansehe, müsse die vorgeschlagene Änderung ablehnen. Nachdem sich die Herren Walger und Ott in ähnlichem Sinne ausgesprochen hatten, wurde der Antrag des Gemeindevorstandes mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Dasselbe Schicksal erlitt ein Antrag des Gemeindevorstandes, der dem Gemeindevorsteher bei allen Beratungsgegenständen das Schlusswort zusprechen sollte, unbekümmert darum, ob er Referent resp. Antragsteller sei oder nicht. Zum Verhandlungs der größeren preussischen Landgemeinden, der in diesem Jahre in der Zeit vom 10.—12. Juni in Breslau stattfindet, wurde Bürgermeister Walger delegiert; zu einem Kommittee des Jungendlandbundes in Stettin v. Brochmann und ein Gemeindevorsteher. Nach der Tagesordnung dieses Jugendtages, die mitgeteilt wurde, stellt das, was dort an Jugendverbildung geleistet werden soll, alles bisher Dagewesene in Schatten und die Arbeiterkassen hat alle Ursache, energisch gegen die Verwendung von Gemeindevorstandes für solche Zwecke zu protestieren. Bei der Beratung der Kartvorlage für die Rheinungsaufträge holte sich der Gemeindevorstande Berger, weil er den Schöpfen Lichtlein wiederholt der Unwahrheit beschuldigt, drei Ordnungstufen. Im Kampfe gegen diesen Markt und gegen diejenigen, die ihn befürworten, bedienten sich die Gewerbetreibenden am Ort, wie Schiffe Lichtlein an verschiedenen Beispielen nachweis, der unaufrichtigen Mittel.

Der Jahresanfang der Elektrischen Straßenbahn in der Rheinstraße soll eine Aalenbede erhalten, und wird mit den Arbeiten schon in nächster Zeit begonnen werden. Gelegentlich der Bewilligung von Mitteln für Elektrizitätszähler, die bisher ausschließlich von der K. E. G. geliefert wurden, eruchte Genosse Hahn, einmal von Kon-kurrenzunternehmen dieser Firma Offerten einzufordern, da die jetzt gezahlten Preise für Zähler unermesslich hoch seien.

Treptow-Baumschulenkamp.

Die vorjährigen Vorträge für Treptower Einwohner werden auch in diesem Jahre wieder gewährt. Einheimische zahlen danach in den beiden am Orte befindlichen Sprechabendstellen nur die Hälfte bezw. 1/3 des gewöhnlichen Preises und zwar im Deutschen Bade: Erwachsene 20, Kinder 10 Pf.; im Kaiserbad: Erwachsene 10, 2 Kinder 15 Pf. Die Abgabe der Badekarten erfolgt erstmals nur gegen Legitimation (Meldechein, Steuerzettel). Ausgabestellen sind: Kiehlholzstr. 4, Fabrikant Jahn; Kiehlholzstr. 33/34, Lehrer Schütz; Kiehlholzstr. 35, Lehrer Jerning; Kiehlstr. 101, Kaufmann Kempe; Kiehlstr. 2, Wirt Geier; Baumschulenkamp 102, Lehrer Schumann; Schreberstr. 2, Kalkulator Wille; Schreberstr. 15, Lehrer Kusch. Nun bleibt noch zu hoffen, daß auch das Wetter den Vadelustigen günstig wird.

Potsdam.

Aus der Stadtverordneten-Sitzung. Die Kommission, die zur Beratung des städtischen Fleischverkaufs eingesetzt worden war, macht den Vorschlag, vorläufig von dem Verkauf abzusehen und in den Wintermonaten nur dann wieder mit demselben zu beginnen, wenn die Preise eine unangemessene Höhe erreichen sollten. — Die Kommission für den Landerverwerb auf dem Brauhausberge empfiehlt eine Beschäftigung des Terrains sowohl durch die Stadtverordneten wie den Magistrat. — Zur Jubiläumssfeier Argentiniens war der Freiberger v. d. Goly im Auftrage des deutschen Kaisers dahin geschickt worden. In den nächsten Tagen trifft eine Sondergesandtschaft aus Argentinien in Berlin ein, um dem deutschen Kaiser den Dank für die Entsendung des v. d. Goly abzusprechen. Da diese Sondergesandtschaft auch nach Potsdam kommen wird, verlangt es die „eigenartige Charakter“ der Stadt, daß diese auf Kosten der Steuerzahler in Potsdam empfangen und bewirtet wird. Die Summe kann noch nicht genau angegeben werden und wird nachträglich bewilligt. — Ein Antrag des Stadtv. Wiedemann verlangt Anbringung von Wegweisern in verschiedenen Stadtteilen, auf welche der Stadtv. Wiedemann auch das städtische Wappen (S) gemalt haben möchte. Der Magistrat wird erwogen, wo diese Wegweiser notwendig sind. — Der Jahresbeitrag des Tierchutzvereins wird von 200 auf 300 M. erhöht. — Die Weiterführung der Straßenbahn nach Bockum wird mit unwesentlichen Änderungen entsprechend dem Antrage des Magistrats gutgeheißen. — Das Statut der gewerblichen Fortbildungsschule soll einige Änderungen erhalten. Hierbei werden vom Stadtverordneten Baumbach Änderungen der Magistratsvorlage vorgeschlagen, nach denen bei verschiedenen Schülern Befreiungen vom Schulbesuch eintreten würden. Der Magistrat ist aber mit diesen von den Handwerksmeistern gewünschten Änderungen nicht zufrieden und d. Vorlage wird schließlich einer Kommission überwiegen. — Da die Stelle des zweiten Bürgermeisters von Potsdam bis zur Festlegung des neugewählten Dr. Ober undesetzt ist, macht es sich wegen Arbeitsüberhäufung notwendig, einigen Magistratsassessoren Zeilungsberechtigt für einige Wochen zu geben. Sie erhalten dafür 300 M. aus dem Gehalts des Bürgermeisters, das zurzeit nicht aufgewendet wird.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Zeiten. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Rathaus. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizumohnen.

Briefkasten der Expedition.

Bestellen in Berlin, auch und anderen Heftzahlen. Bestellungen anderer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heftzahl bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freigekampfen sofort ihre Adresse einleiden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleidet werden.

Marktpreise von Berlin am 24. Mai 1913, nach Ermittlungen des hiesig. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,64 bis 20,70, mittel 20,53—20,58, geringe 20,40—20,45. Roggen, gute Sorte 16,98—17,70, mittel 16,64—16,68, geringe 16,00—16,62. (ab Dahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,70, mittel 15,90—16,10, geringe 15,10—15,50. Hafer, gute Sorte 17,00—19,20, mittel 16,50—17,50 (frei Wagen und ab Bahn). Mais (unreb), gute Sorte 15,00—15,50. Mais (runder), gute Sorte 00,00—00,00. Rindfleisch 4,90. Fett 6,20—8,40.

Witterungsübersicht vom 26. Mai 1913.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Swinemünde	769,5	SW	4	17	Kabardanda	760,0			8
Dammsburg	770,5	SW	3	17	Petersburg	761,0			11
Berlin	771,5	SW	2	17	Sellin	767,0			10
Frankfurt a. M.	771,0	SW	1	16	Aberdeen	768,5			12
Wilmshagen	770,0	SW	1	15	Paris	768,0			19
Stettin	770,5	SW	1	16					

Wetterprognose für Dienstag, den 27. Mai 1913. Etwas kühler, vielwolke, mit ziemlich frischen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.